Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

1. Dezember 1980
Jg. 8 Nr. 49

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D21060C

Regierungserklärung: Leere Phrasen, vage Drohungen, dürftige Versprechen

Koalition begräbt Reformversprechen / Aber die Kapitalistenverbände sind noch nicht zufrieden

bep. Voller Allgemeinheiten und vager Ankündigungen ist diese Regierungserklärung, nur in wenigen Sachpunkten über die schon vorher bekannten Koalitionsvereinbarungen hinausgehend.

Die wichtigsten dieser Punkte:

- Der Rüstungshaushalt soll möglicherweise stärker steigen als bisher geplant. „Unsere Verteidigungsausgaben sind in den letzten 10 Jahren durchschnittlich pro Jahr um knapp 3% gestiegen. Wir haben uns verpflichtet, uns auch in Zukunft um einen gleichen Anstieg bemühen zu wollen. Wir werden unsere Verpflichtungen erfüllen.“ Vorgesehen waren zuletzt 1,8% Steigerung. Weitere Steigerungen bedeuten Kürzungen anderer Haushaltsposten.
- Eine Reform des EG-Agrarhaushalts soll durchgesetzt werden. Verlangt werden eine „vorsichtige Preispolitik“, Auflockerung der Interventionsmechanismen, Verringerung der Überschüsse durch Beteiligung der Produzenten an entstehenden Kosten. Das läuft auf eine größere Senkung der bäuerlichen Einkommen hinaus. Anscheinend auch noch nicht vom Tisch ist die Streichung der Steuervergütungen für den Dieselverbrauch der Bauern, wenn es kategorisch heißt, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen „keine Subventionierung des Ölverbrauchs mehr zu rechtfertigen“ sei.
- Die versprochene Wiederherstellung der Bruttolohn-Anpassung der Rentensteigerung ab 1984 ist eindeutig fallengelassen worden. Ob bei der Einführung der Teilhaberrente der hinterbliebene Partner die versprochenen 70% des gemeinsamen Rentenanspruchs erhalten wird, ist offen.
- Das Krankenhausfinanzierungsgesetz soll neu vorgelegt werden – „und zwar unter Konzentration auf die Kostendämpfung“. Über die Leiharbeit, deren Verbot von den Gewerkschaften immer dringender gefordert wird, heißt es vage: „Wir werden uns bemühen, illegale Leiharbeit und Schwarzarbeit einzudämmen“.

Die Debatte im Bundestag war zahm, auch wenn sich Lambsdorff einmal mehr als Provokateur betätigte. Die christliche Opposition strich ihre Bereitschaft zur Gemeinsamkeit bei der Außen- und Deutschlandpolitik, aber auch bei der Sicherung der Staatsfinanzen heraus. Die Reaktionen innerhalb der Sozialdemokratie beschrieb die „Süddeutsche Zeitung“ so: „Die Gewerkschaften waren enttäuscht, die Linken verbittert, aber auch die Vertreter der Mitte und des rechten Fraktionsflügels verbargen ihre Unzufriedenheit nicht“. Unzufriedenheit zeigten aber auch die Kapitalistenverbände: „Das Präsidium des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) vermißte den Hinweis darauf, daß entscheidende Schwierigkeiten für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie in binnenwirtschaftlichen Faktoren wie der Kostenbelastung lägen. Der Verband forderte konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Konkurrenzfähigkeit“ (SZ 26.11.) Ein Kommentator der FAZ wurde noch etwas deutlicher: „Immer wieder haben sich die Folgen einer überzogenen Lohn- (vor allem einschließlich der vom Gesetzgeber zu verantwortenden Lohn-Nebenkosten) und Arbeitszeitverkürzungspolitik noch leidlich hinausschieben lassen. Nun ist das Debakel da ...“ (26.11.)

Nun hat die Regierung schon einige Schritte in die verlangte Richtung getan, und es ist natürlich noch nicht abzusehen, wieweit sie etwa in bezug auf Reformen des Versicherungswesens oder der Arbeitszeitordnung noch gehen wird. Gegenwärtig taktiert sie immer noch mit einer gewissen Vorsicht. Wahrscheinlich irrt sich, wer hinter der Vagheit der Absichten der Regierung, hinter der Zahmheit der Opposition, hinter dem Einspruch der Kapitalistenverbände ein ausgefeiltes Konzept, einen hinterlistigen Trick vermutet. „Wir sind nicht Objekt der Geschichte. Wir sind handlungsfähig“, verkündete Schmidt im Parlament. Wohl – aber im Handlungsspielraum äußerst eingeschränkt durch unkontrollierte wirtschaftliche und politische Entwicklungen. Die gegenwärtige Unsicherheit über diese Entwicklungen, vor allem die wachsende Konfrontation der Supermächte und der Verlauf der Wirtschaftskrise, bewegt die Parteien zur Vorsicht. Und noch am Tag vor Abgabe der Regierungserklärung mußte der Abschluß bei der Post geschluckt werden, der bei den Kapitalisten einige Proteste hervorrief. Sicher würde es die Sozialdemokratie vorziehen, mit Rücksicht auf ihre Parteibasis und die Gewerkschaften die in den letzten Jahren praktizierte Form des Entspannungskurses nach Außen und nach Innen noch etwas fortzusetzen. Aber die Aussichten dafür sind schlecht. Nach der kommenden NATO-Ministerratstagung und vor allem den Haushaltsberatungen im Januar wird man klarer sehen.



Insgesamt 70000 beteiligten sich am Freitagnachmittag in Dortmund an Demonstrationen und Kundgebungen unter der Forderung „Stahlwerk bauen – Arbeitsplätze sichern“. Die Betriebsräte der drei Hoesch-Hüttenwerke und die IGM Dortmund hatten dazu aufgerufen, um zu verhindern, daß der Hoesch/ESTEL-Konzern die Stahlproduktion in Dortmund Stück für Stück stillegt. Massenentlassungen und Verödung der Region wären die Folgen. (Siehe auch S. 6)

Angespannte Lage in Polen

Arbeiter fordern demokratische Freiheiten / Provokationen der Reaktionäre im Zusammenspiel mit den „Verbündeten“

gek. Im Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), das an diesem Montag zusammentritt, wird sich möglicherweise schon die erhebliche Zuspitzung der Widersprüche in Polen selbst wie im östlichen Militärblock widerspiegeln, die letzte Woche eingetreten ist.

In der Nacht zum Donnerstag war 2 Stunden vor Beginn der Generalstreik, den ein Kongreß aller Warschauer Betriebe beschlossen hatte, abgesagt worden; am Freitag früh nahm nach erregter nächtlicher Diskussion auch die Warschauer Stahlhütte die Arbeit wieder auf, nachdem die Regierung zugesagt hat, über den ganzen Katalog der aufgestellten politischen Forderungen zu verhandeln: Freilassung *aller* wegen „anti-sozialistischer Aktivität“ Inhaftierten; Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der die Rechtmäßigkeit der Tätigkeit von Justiz, Polizei und Sicherheitsorganen überprüft; Verfahren gegen die für die Niederschlagung der Unruhen 1970 und 1976 Verantwortlichen; u.a.

Anlaß dieser Streikbewegung war die Verhaftung eines Mitarbeiters von „Solidarität“, des KOR-Mitglieds Narozniak, sowie eines Justizangestellten wegen Verrats und Verbreitung eines geheimen Rundschreibens des Generalstaatsanwalts an die nachgeordneten Dienststellen, worin er diese aufforderte, nach Kräften gegen alle politischen Organisation vorzugehen, die sich außerhalb der staatlich zugelassenen Parteien gebildet haben. Der Generalstaatsanwalt schlug regelmäßige Razzien, Verhaftungen auf 48 Std. (ohne Begründung) und sofortige Wiederverhaftung als Maßnahmen vor.

Sowohl die Verhaftung Narozniaks aus der Warschauer Gewerkschaftszentrale heraus wie die in dem Dokument selbst angegebenen Maßnahmen tragen den Stempel einer geplanten politischen Provokation. Das paßt dazu, daß die Sozialimperialisten und noch eifriger ihre Vasallen in Ost-Berlin und Prag unübersehbar bemüht sind, innerhalb der PVAP die Differenzen zu schüren, um Gelegenheit zu einem Eingreifen zu erhalten. Das „Neue Deutschland“ beispielsweise kolportiert täglich, teils aus dem Zusammenhang gerissen, teils auch nicht, einzelne Äußerungen aus Polen, in denen die PVAP-Führung zu einem entschiedeneren Vorgehen gegen die als „anti-sozialistisch“ bezeichneten Kräfte aufgefordert wird. Besonders häufig wird die Armeezeitung „Zolnierz Wolności“ zitiert, z.B. mit einem Kommentar vom 16.11., in dem es hieß, Verfassung und Bündnis Polens seien „übergeordnete Güter der Nation“, für deren Schutz die Armee „unmittelbar verantwortlich“ sei.

Am Mittwoch gaben Kommentare gleicher Art in TASS, „Neues Deutschland“ und „Rudé Pravo“ dem Besuch des tschechoslowakischen Außenministers Chnoupek in Warschau fast den Charakter einer direkten letzten Warnung an die Bruderpartei. „Rudé Pravo“ verglich im namentlich gezeichneten Artikel des Politbüromitglieds Auersperg die jetzige Führung der PVAP kaum verhüllt mit Dubcek 1968; auch damals sei unter der Losung „Erneuerung des Sozialismus“ eine Lähmung der Staatsmacht und Lockerung der „internationalistischen Bindungen“ des Landes eingetreten, hätten sich die „marxistisch-leninistischen Kräfte“ in der Partei vergebens an die Parteiführung gewandt und schließlich ein Hilfeersuchen an die Sowjetunion und die nächsten Verbündeten richten müssen.

Die polnische Arbeiterbewegung hat ihre nächsten demokratischen Forderungen klar angemeldet, ohne sich einschüchtern zu lassen. Aber sie braucht die demokratischen Freiheiten gerade, um ihre politische Zerfahrenheit zu überwinden und ihren Zusammenschluß zu festigen. Sie braucht Zeit. Das wissen auch ihre Feinde. Walesa hat in den letzten Tagen den streikenden Belegschaften wieder und wieder gesagt: „Laßt uns nicht vergessen, daß auch Panzer und Raketen die Antwort sein können. Wir werden nicht in der Lage sein, uns zu verteidigen, während jene Herren uns vernichten können.“ Die Arbeiter könnten alles verlieren, was sie bisher gewonnen haben.

Das Oberkommando der US-Armee hat mitgeteilt, seiner Information nach seien 30 sowjetische Divisionen im Militärbezirk Wilna marschfertig. Die US-Regierung hat erklärt, ein sowjetischer Einmarsch in Polen sei nicht der Kriegsfall; man werde aber auch nicht untätig zusehen.

Aus dem Inhalt:

Kürzungen anderer Haushaltsposten.
- Eine Reform des EG-Agrarhaushalts soll durchgesetzt werden. Verlangt werden eine „vorsichtige Preispolitik“, Auflockerung der Interventionsmechanismen, Verringerung der Überschüsse durch Beteiligung der Produzenten an entstehenden Kosten. Das läuft auf eine größere Senkung der bäuerlichen Einkommen hinaus. Anscheinend auch noch nicht vom Tisch ist die Streichung der Steuervergütungen für den Dieselverbrauch der Bauern, wenn es kategorisch heißt, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen „keine Subventionierung des Ölverbrauchs mehr zu rechtfertigen“ sei.
- Die versprochene Wiederherstellung der Bruttolohn-Anpassung der Rentensteigerung ab 1984 ist eindeutig fallengelassen worden. Ob bei der Einführung der Teilhaberrente der hinterbliebene Partner die versprochenen 70% des gemeinsamen Rentenanspruchs erhalten wird, ist offen.
- Das Krankenhausfinanzierungsgesetz soll neu vorgelegt werden – „und zwar unter Konzentration auf die Kostendämpfung“. Über die Leiharbeit, deren Verbot von den Gewerkschaften immer dringender gefordert wird, heißt es vage: „Wir werden uns bemühen, illegale Leiharbeit und Schwarzarbeit einzudämmen“.

Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) vermißte den Hinweis darauf, daß entscheidende Schwierigkeiten für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie in binnenwirtschaftlichen Faktoren wie der Kostenbelastung lägen. Der Verband forderte konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Konkurrenzfähigkeit“ (SZ 26.11.) Ein Kommentator der FAZ wurde noch etwas deutlicher: „Immer wieder haben sich die Folgen einer überzogenen Lohn- (vor allem einschließlich der vom Gesetzgeber zu verantwortenden Lohn-Nebenkosten) und Arbeitszeitverkürzungspolitik noch leidlich hinausschieben lassen. Nun ist das Debakel da ...“ (26.11.)

Nun hat die Regierung schon einige Schritte in die verlangte Richtung getan, und es ist natürlich noch nicht abzusehen, wieweit sie etwa in bezug auf Reformen des Versicherungswesens oder der Arbeitszeitordnung noch gehen wird. Gegenwärtig taktiert sie immer noch mit einer gewissen Vorsicht. Wahrscheinlich irrt sich, wer hinter der Vagheit der Absichten der Regierung, hinter der Zahmheit der Opposition, hinter dem Einspruch der Kapitalistenverbände ein ausgefeiltes Konzept, einen hinterlistigen Trick vermutet. „Wir sind nicht Objekt der Geschich-

Insgesamt 70000 beteiligten sich am Freitagnachmittag in Dortmund an Demonstrationen und Kundgebungen unter der Forderung „Stahlwerk bauen – Arbeitsplätze sichern“. Die Betriebsräte der drei Hoesch-Hüttenwerke und die IGM Dortmund hatten dazu aufgerufen, um zu verhindern, daß der Hoesch/ESTEL-Konzern die Stahlproduktion in Dortmund Stück für Stück stillegt. Massenentlassungen und Verödung der Region wären die Folgen. (Siehe auch S. 6)

te. Wir sind handlungsfähig“, verkündete Schmidt im Parlament. Wohl – aber im Handlungsspielraum äußerst eingeschränkt durch unkontrollierte wirtschaftliche und politische Entwicklungen. Die gegenwärtige Unsicherheit über diese Entwicklungen, vor allem die wachsende Konfrontation der Supermächte und der Verlauf der Wirtschaftskrise, bewegt die Parteien zur Vorsicht. Und noch am Tag vor Abgabe der Regierungserklärung mußte der Abschluß bei der Post geschluckt werden, der bei den Kapitalisten einige Proteste hervorrief. Sicher würde es die Sozialdemokratie vorziehen, mit Rücksicht auf ihre Parteibasis und die Gewerkschaften die in den letzten Jahren praktizierte Form des Entspannungskurses nach Außen und nach Innen noch etwas fortzusetzen. Aber die Aussichten dafür sind schlecht. Nach der kommenden NATO-Ministerratstagung und vor allem den Haushaltsberatungen im Januar wird man klarer sehen.

Angespannte Lage in Polen

Arbeiter fordern demokratische Freiheiten / Provokationen der Reaktionäre im Zusammenspiel mit den „Verbündeten“

gek. Im Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), das an diesem Montag zusammentritt, wird sich möglicherweise schon die erhebliche Zuspitzung der Widersprüche in Polen selbst wie im östlichen Militärblock widerspiegeln, die letzte Woche eingetreten ist.

In der Nacht zum Donnerstag war 2 Stunden vor Beginn der Generalstreik, den ein Kongreß aller Warschauer Betriebe beschlossen hatte, abgesagt worden; am Freitag früh nahm nach erregter nächtlicher Diskussion auch die Warschauer Stahlhütte die Arbeit wieder auf, nachdem die Regierung zugesagt hat, über den ganzen Katalog der aufgestellten politischen Forderungen zu verhandeln: Freilassung aller wegen „anti-sozialistischer Aktivität“ Inhaftierten; Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der die Rechtmä-

ći“ zitiert, z.B. mit einem Kommentar vom 16.11., in dem es hieß, Verfassung und Bündnis Polens seien „übergeordnete Güter der Nation“, für deren Schutz die Armee „unmittelbar verantwortlich“ sei.

Am Mittwoch gaben Kommentare gleicher Art in TASS, „Neues Deutschland“ und „Rudé Pravo“ dem Besuch des tschechoslowakischen Außenministers Chnoupek in Warschau fast den Charakter einer direkten letzten Warnung an die Bruderpartei. „Rudé Pravo“ verglich im namentlich gezeichneten Artikel des Politbüromitglieds Auersperg die jetzige Führung der PVAP kaum verhüllt mit Dubcek 1968; auch damals sei unter der Losung „Erneuerung des Sozialismus“ eine Lähmung der Staatsmacht und Lockerung der „internationalistischen Bindungen“ des Landes eingetreten, hätten sich die

Postarbeiter nehmen 1–4 Freischichten-Angebot an

Kapitalisten sehen sich als nächste dran / Heftige Kritik in der Postgewerkschaft

vol. Mit 51,3% haben die Postbeschäftigten das Angebot des Postministeriums von 1 bis 4 Freischichten für Nachtschichtarbeit angenommen, die Urabstimmungsbeteiligung lag bei knapp 80%. Das „Handelsblatt“ hat diesen Tarifabschluß einen Meilenstein der Tarifgeschichte in Westdeutschland genannt. Die Anerkennung der stärkeren Vernutzung der Arbeitskraft in der Nacht- und Schichtarbeit, als Nachtarbeit gilt die Zeit zwischen 20 und 6 Uhr, wird sich jetzt – auch die ÖTV, die Gewerkschaft der Polizei und die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands haben ähnliche Angebote erhalten – nicht mehr aufhalten lassen. Mit Abschlüssen in den öffentlichen Diensten, die eine Laufzeit bis Ende 1984 haben, werden ca. 900000 der 4 Mio. Schichtarbeiter erfaßt, so daß ein neuer Standard für den Verkauf der Arbeitskraft bei Nacht- und Schichtarbeit durchgesetzt werden kann.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat diesen Abschluß als einen schweren Schlag für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte kritisiert. Die jetzigen Regelungen sollen einschließlich der Beamten 500 Mio. DM kosten. Und gerade in den öffentlichen Diensten soll ein Hebel zur Senkung von Löhnen und Gehältern mit den Argumenten der Staatsverschuldung und der angeblichen Arbeitsplatzsicherheit angesetzt werden.

In dem Ergebnis der Urabstimmung selber drücken sich aber auch Widersprüche innerhalb der Postgewerkschaft aus. Noch deutlicher zeigen dies Einzelergebnisse, z.B. eine fast 90%ige Ablehnung des Angebots bei Paketumschlag, Briefverteilung, Bahnpost in Mannheim, dagegen Zustimmung mehrheitlich in anderen Abteilungen. Ursache dafür ist der Abschluß: zwar wird allgemein geregelt, daß die Nachtarbeit von 20 bis 6 Uhr geleistet wird, um aber auf die Freischichten zu kommen, müssen zusätzliche Bedingungen erfüllt sein, so daß nicht alle Nachtschichtarbeiter Freischichten erhalten. Die Dienstschichten müssen regelmäßig wesentlich wechseln oder, wenn nur nachts gearbeitet wird, müssen die Nachtschichten immer gleich anfangen und die Zeit von 0 bis 4 Uhr mitumfassen. So erhalten z.B. Spätschichtler (bis 24 Uhr), die nur in dieser Schicht arbeiten, gar keine Freischichten. Dies sind bei den Teilzeitarbeitern in Schicht über 50%.

Hauptkritikpunkt ist, daß die 4 Freischichten zu wenig sind und daß die Zahl von 110, 220, 330 und 450 Nachtarbeitsstunden für die 1 bis 4 Freischichten bei wechselnder Schichtarbeit sehr hoch sind. Die meisten Schichten bei der Post sind nur zum Teil nach 20 bzw. vor 6 Uhr, so daß pro Schicht nur ein paar Stunden angerechnet werden. Da die Teilzeitarbeiter die gleiche Stundenzahl pro Freischicht leisten müssen, sind sie noch zusätzlich benachteiligt. Der Ortsvorstand Mannheim der DPG hat errechnet, daß im Durchschnitt die jetzige Regelung eine 1,07fache Anrechnung bedeutet gegenüber den geforderten 1,5 (für 8 Stunden Nachtarbeit 4 Stunden frei). Insofern widerspricht der Abschluß der Stärke der Streikfront, die die Postarbeiter aufgebaut hatten. Mit dem Einsatz der Beamten ist es der Regierung keineswegs gelungen, in die Streikfront einzubrechen, im Gegenteil hat der große Teil der Beamten den Streik unterstützt, und ein Teil hatte schon begonnen mitzustreiken. Bis zuletzt wollte die Regierung unbedingt die Beamten aus dem Schutz der Maßregelungsklausel herausnehmen.

Auf die Verschärfung dieser Auseinandersetzung, die das Streikverbot für die Beamten wie das Beamtenrecht überhaupt angriffen, war die Gewerkschaft politisch unzureichend vorbereitet, was die Regierung genutzt hat.

Der öffentliche Dienst war aufgrund des Postarbeiterstreiks kein Thema der Regierungsdebatte. Gegen die von der Presse lancierte Auffassung der Aufrechnung dieses Abschlusses mit den Lohnverhandlungen nahmen die Vorsitzenden der ÖTV und DPG Stellung.

Dehnungsfähige Arbeitszeitordnung

jük. Das Grundsatzurteil des Bundesarbeitsgerichts zur Frage des Bereitschaftsdienstes von Krankenhausärzten macht deutlich, die Arbeitszeitordnung, die im wesentlichen in ihrer jetzigen Fassung aus Nazi-Gesetzen übernommen worden ist, bietet etlichen Spielraum für die Ausdehnung des Normalarbeitstages und der Gesamtwochenarbeitszeit. Gegen eine Klage eines Hamburger Arztes wegen häufiger Heranziehung zum Bereitschaftsdienst entschied das Gericht, daß die Krankenhausärzte 32 Stunden lang einsatzbereit sein und mehrmals in der Woche Bereitschaftsdienst leisten müssen. Damit sei kein Gesetz verletzt. Im weiteren gelten, solange keine besonderen tarifvertraglichen Regelungen für Ärzte geschaffen worden sind, die Bestimmungen im laufenden Bundesangestelltentarifvertrag.

Das Gericht stützt sich bei seinem Spruch auf die entsprechenden Absätze der Arbeitszeitordnung, die erheblich auslegbar sind. ,,Wenn in die Arbeitszeit regelmäßig in erheblichem Umfang Arbeitsbereitschaft fällt, kann die Arbeitszeit auch über 10 Stunden ausgedehnt werden.'' Geht man also von Arbeitsbereitschaft aus, was wiederum nicht die Arbeit während dieser Bereitschaft konkret regelt, kann die Wochenarbeitszeit laut Gesetz bis 91 Stunden ausgedehnt werden. Etliche Ärzte liegen nicht viel unter dieser Stundenzahl. Hinzu kommt: Normalarbeitsschicht, Bereitschaftsdienst, Normalarbeitsschicht hintereinander bedeutet angesichts der gestiegenen Produktivität des Krankenhausbetriebes bei dauernden Personalstreichungen intensivste Vernutzung der Arbeitskraft der Ärzte und Helfer, was die Risiken bei der Versorgung der Kranken erheblich steigert.

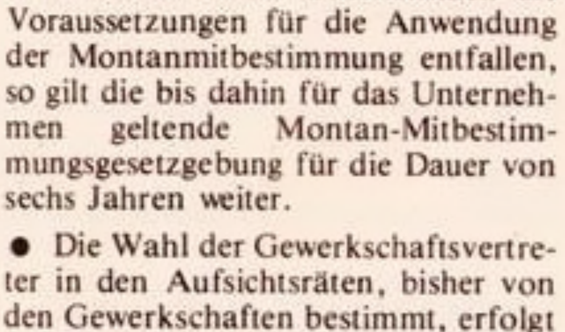
Klare gesetzliche Regelungen sind da allemal erforderlich. Das Argument, das sollten lieber die Tarifvertragsparteien regeln, was die Richterschar verlauten ließ, ist da wirklich trübe. Die Absicht der Bourgeoisie schimmert deutlich hinter dem liberalen Mantel. Auf keinen Fall solche gesetzlichen Regelungen zu schaffen, die eine deutliche Schranke gegen die Ausdehnung etwa des Normalarbeitstages von 8 Stunden setzen. Ehrenberg hatte eine Änderung der Arbeitszeitordnung zugestanden. In der Regierungserklärung findet sich davon nichts.

Fauler Kompromiß bei Montanmitbestimmung

IG Metall dagegen / Aufsichtsrat von Mannesmann beschließt Umgliederung

gkr. Wenn Kompromisse durch Verschieben von Entscheidungen gekennzeichnet sind, dann hat die Regierungskoalition einen Kompromiß bei der Montanmitbestimmung geschlossen. Das Gesetz soll bis Mitte 1981 verabschiedet sein, wenn die Umgliederungsmaßnahmen bei Mannesmann in Kraft treten werden. Im Einzelnen soll es enthalten:

- Eine erneute gesetzliche Regelung des Montanbereichs.
- Wenn in einem Unternehmen die Voraussetzungen für die Anwendung der Montanmitbestimmung entfallen, so gilt die bis dahin für das Unternehmen geltende Montan-Mitbestimmungsgesetzgebung für die Dauer von sechs Jahren weiter.
- Die Wahl der Gewerkschaftsvertreter in den Aufsichtsräten, bisher von den Gewerkschaften bestimmt, erfolgt in Zukunft durch betriebliche Wahlorgane, in der Regel die Betriebsräte, auf Vorschlag der betreffenden Gewerkschaft. Ehrenberg stellte sofort klar, daß eine tatsächliche Auswahl möglich sein müsse.



Offensichtlich als Zugeständnis an die Gewerkschaften gedacht, war die Erklärung Brandts und Ehrenbergs, die SPD befürworte die Einführung einer Klausel, wonach in einzelnen Betrieben Vereinbarungen über weitergehende Regelungen möglich seien. Der Taschenspielertrick hat schon Wirkung gezeigt. Hatten sich die Gewerkschaftsvertreter noch vor wenigen Tagen lautstark auf eine Verteidigung der Montanmitbestimmung festgelegt und hatten sie damit geflissentlich auch so manche entscheidende Forderung der Arbeiterbewegung an die Regierung unter den Tisch fallen lassen, so ist inzwischen zumindest Vetter auf den Vorschlag der Koalition eingeschwenkt.

Die IG Metall lehnt die Vereinbarung ab, sie bedeute keine Sicherung, sondern Abbau. In der Aufsichtsratssitzung des Mannesmann-Konzerns am vergangenen Freitag, mit Bedacht auf einen Zeitpunkt kurz nach der Regierungserklärung gelegt, stimmten die Gewerkschaftsvertreter gegen die Umstrukturierung. Der ,,neutrale'' Mann, Vorstandsvorsitzender der Westdeutschen Landesbank und SPD-Mitglied, auf den die Verschiebung der Entscheidung von September zurückging, stimmte nun der Umgliederung zu. Mit 11:10 Stimmen wurde so die Umgliederung beschlossen, die ab1. Juli 1981 in Kraft treten soll.



Schranken gegen die Despotie des Kapitals

frb. Die Entwicklung der Krise stößt die bürgerlichen Prognosen über sie zunehmend auf den Pfad der Erkenntnis. Das Ifo-Institut hat in seiner regelmäßigen Unternehmensbefragung festgestellt, Geschäftsklima und Erwartungen für die kommenden sechs Monate seien ,,merklich pessimistischer'' geworden. Auch die Investitionsneigung, bisher Grundlage aller Hoffnungen, sei gesunken. Für 1981 rechnet das Institut mit einem Sinken der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe um 3%. Auch der Präsident der Bundesbank, Pöhl, gab zu verstehen, es komme schlimmer, als die Bundesbank vor kurzem noch vorhergesehen habe. Bereits 1966 und 1974 hat die Bundesbank noch in blühenden Farben gemalt, während der Pleitegeier die ersten Opfer schon ausfindig gemacht hatte. Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute und Sachverständigengutachten mit ihren Nullwachstum-Prognosen gelten bereits als überholt. Nicht nur Stagnation, sondern Rezession ist die Sprachregelung.

Selbst ein geringes Wachstum würde ein Anschwellen des Heeres der Arbeiter, die keine Anstellung finden, bedeuten. Umso mehr wird die Arbeitslosigkeit steigen, wenn die Produktion schrumpft. Daran ist nicht die Höhe

produktivität bedeutet, daß der Umfang der Produktionsmittel, derer sich die Arbeiter bedienen, zunimmt. Im Kapitalismus steigt damit der Anteil des in Produktionsmitteln angelegten Kapitals gegenüber dem als Lohn auszuzahlenden Kapitalteil. Letzterer aber ist maßgeblich für die Nachfrage des Kapitals nach Arbeit. So sinkt mit Erhöhung der Produktivkraft die Nachfrage des Kapitals nach Arbeit, werden Arbeiter freigesetzt. Nur ein Wachstum des Kapitals, das diese ständige Freisetzung mindestens ausgleicht, verhindert die Ausweitung der Reservearmee.

Schon die Akkumulation der letzten Jahre hat nicht ausgereicht, die 1974/75 produzierte Reservearmee wieder aufzusaugen. Das Kapital regelt Nachfrage und Zufuhr zum Arbeitsmarkt in einem. 1981 wird es im Zuge weiterer technischer Umwälzungen Arbeiter abstoßen, aber keinerlei Nachfrage durch Bildung neuen Kapitals entwickeln.

Lohnabschlüsse mit einer Drei oder Vier vor dem Komma bedeuteten nur die Produktion zusätzlicher Arbeitslosigkeit, droht Hans Mundorf vom ,,Handelsblatt''. Das ist der Versuch, Spuren zu verwischen. Nicht Lohnerhöhung erzeugt Arbeitslosigkeit. Sie wird durch den Mechanismus der kapi-

Mißklänge im Kostendämpfungskonzert

Herbstsitzung der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen in Bonn

hev. Die Herbstsitzung der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen vom 24. bis 26. November in Bonn hat in einigen Punkten nicht das vom Vorsitzenden der Aktion, Bundesarbeitsminister Ehrenberg, gewünschte Ergebnis gebracht. Er hatte klare Beschlüsse mit kostendämpfender Wirkung für die Heil- und Hilfsmittel, den Zahnersatz und die Krankenhauskosten (sog. Humanität am Krankenhaus unter dem Gesichtspunkt der Kostendämpfung) erwartet. Geblieben ist lediglich die Verabschiedung eines Grundsatzkatalogs, in dem allgemein an alle Verantwortlichen appelliert wird, die menschliche Zuwendung am Krankenhaus nicht hinter die ,,notwendige Technisierung, Rationalisierung und Ökonomisierung'' zurücktreten zu lassen und die Maßnahmen zur ,,patientennahen Krankenversorgung'' zu verstärken – das sind häusliche Pflege, Sozialstationen u.a. Einrichtungen, die eine Krankenhauseinweisung verhindern oder frühere Entlassung ermöglichen. Der

sich die Aktion mit den Zahnersatzkosten, für deren Dämpfung erst im Frühjahr '81 genauere Vorschläge gemacht werden sollen.

Auffallend war diesmal die Frontstellung der Krankenkassen gegen den Arbeitsminister. Dieser hatte eine Beschränkung des Ausgabenzuwachses der Krankenhäuser auf 4% für 1981 gefordert und dies mit den wirtschaftlichen Leitzahlen der Deutschen Bundesbank, der Wirtschaftsgutachten und den ,,innenpolitischen Ausgabensteigerungen des Bundes'' begründet, die mehr als 4% nicht zuließen. Diese 4% würden bei der Kostenstruktur der Krankenhäuser höchstens einen Spielraum von 1,5% für die Erhöhung der Löhne und Gehälter lassen, eine Marke, die von der Deutschen Krankenhausgesellschaft und den Kassen als vollkommen unrealistisch erkannt wurde. Direkten Ärger mit den Kassen handelte sich Ehrenberg ein, als er diese aufforderte, ihre geplanten durch-

nister hat schließlich eine Position eingenommen, die ihm einen neuen Anlauf ermöglicht: Im März will er auf der Grundlage des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung Empfehlungen zu den Honorarabschlüssen zwischen Ärzten und Kassen abgeben, und er empfiehlt deshalb kurze Laufzeit der Verträge, die zum 31.1.81 wirksam werden sollen. Kassen- und Ärzteverbände haben die allgemeine Zusage gemacht, eine Regelung zu finden, ,,die dem gesetzlichen Auftrag entspricht und das Instrumentarium der Konzertierten Aktion berücksichtigt''.

Noch besteht dieses Instrumentarium lediglich in der Verabschiedung von Empfehlungen über ,,1. medizinische und wirtschaftliche Orientierungsdaten und 2. Vorschläge zur Rationalisierung, Erhöhung der Effektivität und Effizienz im Gesundheitswesen'' (§405a Reichsversicherungsordnung). Noch kann der Arbeitsminister die Ergebnisse der Konzertierten Aktion



auf den die Verschiebung der Entscheidung von September zurückging, stimmte nun der Umgliederung zu. Mit 11:10 Stimmen wurde so die Umgliederung beschlossen, die ab1. Juli 1981 in Kraft treten soll.

frb. Die Entwicklung der Krise stößt die bürgerlichen Prognosen über sie zunehmend auf den Pfad der Erkenntnis. Das Ifo-Institut hat in seiner regelmäßigen Unternehmensbefragung festgestellt, Geschäftsklima und Erwartungen für die kommenden sechs Monate seien ,,merklich pessimistischer'' geworden. Auch die Investitionsneigung, bisher Grundlage aller Hoffnungen, sei gesunken. Für 1981 rechnet das Institut mit einem Sinken der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe um 3%. Auch der Präsident der Bundesbank, Pöhl, gab zu verstehen, es komme schlimmer, als die Bundesbank vor kurzem noch vorhergesehen habe. Bereits 1966 und 1974 hat die Bundesbank noch in blühenden Farben gemalt, während der Pleitegeier die ersten Opfer schon ausfindig gemacht hatte. Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute und Sachverständigengutachten mit ihren Nullwachstum-Prognosen gelten bereits als überholt. Nicht nur Stagnation, sondern Rezession ist die Sprachregelung.

Selbst ein geringes Wachstum würde ein Anschwellen des Heeres der Arbeiter, die keine Anstellung finden, bedeuten. Umso mehr wird die Arbeitslosigkeit steigen, wenn die Produktion schrumpft. Daran ist nicht die Höhe
des Lohnes schuldig, sondern eine Produktionsordnung, die den Arbeiter von den Produktionsmitteln, mit denen er produziert und die er produziert hat, trennt, die sie zum Privateigentum, zum Kapital, machen.

Viel ist gegenwärtig von der Produktivität die Rede. Erhöhung der Arbeits-

produktivität bedeutet, daß der Umfang der Produktionsmittel, derer sich die Arbeiter bedienen, zunimmt. Im Kapitalismus steigt damit der Anteil des in Produktionsmitteln angelegten Kapitals gegenüber dem als Lohn auszuzahlenden Kapitalteil. Letzterer aber ist maßgeblich für die Nachfrage des Kapitals nach Arbeit. So sinkt mit Erhöhung der Produktivkraft die Nachfrage des Kapitals nach Arbeit, werden Arbeiter freigesetzt. Nur ein Wachstum des Kapitals, das diese ständige Freisetzung mindestens ausgleicht, verhindert die Ausweitung der Reservearmee.

Schon die Akkumulation der letzten Jahre hat nicht ausgereicht, die 1974/75 produzierte Reservearmee wieder aufzusaugen. Das Kapital regelt Nachfrage und Zufuhr zum Arbeitsmarkt in einem. 1981 wird es im Zuge weiterer technischer Umwälzungen Arbeiter abstoßen, aber keinerlei Nachfrage durch Bildung neuen Kapitals entwickeln.

Lohnabschlüsse mit einer Drei oder Vier vor dem Komma bedeuteten nur die Produktion zusätzlicher Arbeitslosigkeit, droht Hans Mundorf vom ,,Handelsblatt''. Das ist der Versuch, Spuren zu verwischen. Nicht Lohnerhöhung erzeugt Arbeitslosigkeit. Sie wird durch den Mechanismus der kapi-
talistischen Produktion erzeugt. Die Kapitalisten wollen die Despotie jenes Mechanismus in seiner ganzen Brutalität entfalten, die Arbeitslosigkeit in voller Wirkung sehen, um den Lohn zu senken. Der gewerkschaftliche Zusammenschluß bildet dagegen eine Schranke. Darauf kommt es jetzt an.

Mißklänge im Kostendämpfungskonzert

Herbstsitzung der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen in Bonn

hev. Die Herbstsitzung der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen vom 24. bis 26. November in Bonn hat in einigen Punkten nicht das vom Vorsitzenden der Aktion, Bundesarbeitsminister Ehrenberg, gewünschte Ergebnis gebracht. Er hatte klare Beschlüsse mit kostendämpfender Wirkung für die Heil- und Hilfsmittel, den Zahnersatz und die Krankenhauskosten (sog. Humanität am Krankenhaus unter dem Gesichtspunkt der Kostendämpfung) erwartet. Geblieben ist lediglich die Verabschiedung eines Grundsatzkatalogs, in dem allgemein an alle Verantwortlichen appelliert wird, die menschliche Zuwendung am Krankenhaus nicht hinter die ,,notwendige Technisierung, Rationalisierung und Ökonomisierung'' zurücktreten zu lassen und die Maßnahmen zur ,,patientennahen Krankenversorgung'' zu verstärken – das sind häusliche Pflege, Sozialstationen u.a. Einrichtungen, die eine Krankenhauseinweisung verhindern oder frühere Entlassung ermöglichen. Der
Katalog benennt auch die Richtung, in der ein Abbau der besonders stark gestiegenen Kosten bei den Heil- und Hilfsmitteln (z.B. Orthopädische Hilfen, Rollstühle, Bandagen) erreicht werden soll: Mit ,,Markttransparenz'' und Information der Ärzte über die durch ihre Verschreibungen verursachten Kosten. Praktisch nicht befaßt hat

sich die Aktion mit den Zahnersatzkosten, für deren Dämpfung erst im Frühjahr '81 genauere Vorschläge gemacht werden sollen.

Auffallend war diesmal die Frontstellung der Krankenkassen gegen den Arbeitsminister. Dieser hatte eine Beschränkung des Ausgabenzuwachses der Krankenhäuser auf 4% für 1981 gefordert und dies mit den wirtschaftlichen Leitzahlen der Deutschen Bundesbank, der Wirtschaftsgutachten und den ,,innenpolitischen Ausgabensteigerungen des Bundes'' begründet, die mehr als 4% nicht zuließen. Diese 4% würden bei der Kostenstruktur der Krankenhäuser höchstens einen Spielraum von 1,5% für die Erhöhung der Löhne und Gehälter lassen, eine Marke, die von der Deutschen Krankenhausgesellschaft und den Kassen als vollkommen unrealistisch erkannt wurde. Direkten Ärger mit den Kassen handelte sich Ehrenberg ein, als er diese aufforderte, ihre geplanten durch-
schnittlichen Beitragserhöhungen um 0,5 bis 0,7% auf ca. 12%, in Einzelfällen auf 14%, zu überprüfen. Die Kassen dagegen müssen ein Gesamtdefizit 1980 von 2 Milliarden DM abdecken und sehen keine Möglichkeit, um die Beitragserhöhung herumzukommen, von der sie sich 3 Milliarden Mark Mehreinnahmen versprechen. Der Mi-

nister hat schließlich eine Position eingenommen, die ihm einen neuen Anlauf ermöglicht: Im März will er auf der Grundlage des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung Empfehlungen zu den Honorarabschlüssen zwischen Ärzten und Kassen abgeben, und er empfiehlt deshalb kurze Laufzeit der Verträge, die zum 31.1.81 wirksam werden sollen. Kassen- und Ärzteverbände haben die allgemeine Zusage gemacht, eine Regelung zu finden, ,,die dem gesetzlichen Auftrag entspricht und das Instrumentarium der Konzertierten Aktion berücksichtigt''.

Noch besteht dieses Instrumentarium lediglich in der Verabschiedung von Empfehlungen über ,,1. medizinische und wirtschaftliche Orientierungsdaten und 2. Vorschläge zur Rationalisierung, Erhöhung der Effektivität und Effizienz im Gesundheitswesen'' (§405a Reichsversicherungsordnung). Noch kann der Arbeitsminister die Ergebnisse der Konzertierten Aktion
nicht einfach exekutieren, Vorstellungen, die Aktion zu einem Exekutivorgan zu machen, existieren aber schon lange. Die Regierungskoalition allerdings hatte sich in ihren Verhandlungen bisher noch darauf geeinigt, keine neuen Kostendämpfungsgesetze zu machen; sie will mit dem vorhandenen Instrumentarium auskommen.

Bundesrat will im Dezember Asylgesetz verabschieden

gkr. Am 21. November hatte der Bundesrat die Beratung über zwei vorliegende Entwürfe zur Verschärfung des Asylrechts abgesetzt und stattdessen eine Kommission mit der Erarbeitung eines Entwurfs für die Sitzung am 19. Dezember beauftragt. Über die Grundzüge dieses Gesetzes, das im wesentlichen die Abschiebung erleichtern soll, haben die Justizminister mittlerweile Einigung erzielt: Wie von Hessens Justizminister Günther vorgeschlagen, soll statt Kammern mit 3 Berufs- und 2 Laienrichtern nur ein Einzelrichter über Klagen gegen Abschiebung entscheiden, sofern es sich um einfache Fälle handelt. Darüber entscheidet die Verwaltungsgerichtskammer. Die Kapazität der Gerichte steige dadurch um 40%. Grundsätzlich soll eine Berufung gegen ein solches Urteil nur durch Beschluß des entscheidenden Gerichts möglich sein (,,Zulassungsberufung''). Ein Teil der Asylbewerber soll gleich an der Grenze abgehalten werden. Zwar ist die Form einer Vorprüfung an der Grenze noch nicht klar, aber auf jeden Fall soll die Möglichkeit geschaffen werden, bei ,,offensichtlicher'' Aussichtslosigkeit des Asylantrags gleich abzuschieben. Noch offen ist, ob dabei die Ausländerbehörde eingeschaltet werden soll und ob weitere Bundessammellager eingerichtet werden.

Prozeß gegen Feiling vorläufig eingestellt

hus. Am zweiten Tag der Hauptverhandlung stellte das Frankfurter Oberlandesgericht den Prozeß gegen Hermann Feiling (vgl. KVZ 48) vorläufig ein, weil er infolge eines epileptischen Leidens derzeit nicht verhandlungsfähig ist. Die Verteidigung hatte beantragt, das Verfahren einzustellen, weil es unzulässig ist, aus einem in Lebensgefahr Schwebenden, der bei einer Bombenexplosion beide Beine und das Augenlicht verloren hat, in tage- und wochenlangen Vernehmungen Aussagen zu erpressen, um damit ihm selbst, vor allem aber den Mitangeklagten Straub und Herzinger den Prozeß zu machen. Diese Begründung hat das Gericht ausdrücklich zurückgewiesen. Gegen Straub und Herzinger verhandelt es weiter.

BRD-Strafrecht soll auch für Taten in der DDR gelten

gek. In einem Grundsatzurteil hat der Bundesgerichtshof festgestellt, daß auch in der DDR begangene Taten nach westdeutschem Strafrecht abgeurteilt werden können, da die DDR zwar seit dem Grundlagenvertrag nicht mehr als Inland anzusehen sei, die Bundesrepublik aber damit ,,keineswegs ihren Anspruch aufgegeben (hat), allen Deutschen, auch so weit sie in der DDR ansässig sind, Schutz zu gewähren''. Verurteilt (zu 10 Monaten Gefängnis auf Bewährung bzw. Geldstrafe) wurden zwei ehemalige DDR-Häftlinge, die dort der StaSi zugearbeitet haben sollen und heute in der BRD leben. (Az: 3 StR 393/80 - S)

Berufungsverhandlung gegen KKW Wyhl erneut unterbrochen

doj. Am 21.11. wurde die zweite Runde der Berufungsverhandlung gegen das Kernkraftwerk Wyhl bis Februar 1981 unterbrochen. Seit die Kaiserstühler Bevölkerung 1973 den Bau des KKW Wyhl durch Besetzung des Bauplatzes und Unterbrechung der Bauarbeiten verhinderte, haben die Gemeinden durch Klagen bis heute auch die gerichtliche Durchsetzung des KKWs verhindert. Die am 21.11. gelaufene Berufungsverhandlung in Mannheim, die zuvor schon 1½ Jahre lang unterbrochen worden war, wurde vom Verwaltungsgerichtshof reduziert auf die Anhörung von Gutachtern zur Reaktorsicherheit. Der Geophysiker Prof. Schneider schloß Beschädigungen durch Erdbeben aus, während der Direktor des Institutes für Reaktorsicherheit in Karlsruhe einen Unfall wie in Harrisburg aufgrund fortgeschrittener Automatisierung ausschloß. Die ursprünglichen Gegenargumente der Bauern – Grundwasserabsenkung und Nebelbildung – wurden nicht behandelt. Die Kläger erklärten ,,auch künftig ... mit allen uns gebotenen Mitteln weiter zu kämpfen''.

55000 DM für Josef Ertls Gewissen

gas. 1975 spendete die Verpackungsfirma Tetra-Pak 25000 DM an die FDP, 1977 erneut 35000 DM. ,,Das Geld ging an Herrn Ertl als prominenten Vertreter seiner Partei'', zitiert der Spiegel einen Pressesprecher Tetra-Paks. Beide haben das mit Ertl freilich sofort dementiert. Gemeldet wurden diese Spenden nicht. Für Tetra-Pak indes hat es sich bezahlt gemacht: als sich Innenminister Baum im vergangenen Jahr als Umweltschützer profilieren und Milchwegwerfpackungen in einem Absatz des Abfallbeseitigungsgesetzes verbieten lassen wollte, fand Tetra-Pak in Ertl und Lambsdorff eifrige Fürsprecher.

Vorlagen zur Abschaffung des 130a und 88a im Bundestag

dog. Die Bundestagsfraktionen der SPD und FDP werden verschiedene Gesetzesvorlagen, die in der letzten Legislaturperiode im Bundesrat abgelehnt worden waren, erneut in den Bundestag einbringen. Darunter sind auch die Paragraphen 88a (,,Verfassungsfeindliche Befürwortung von Gewalt'') und 130a (,,Verbot der Anleitung zu Straftaten''). Beide Paragraphen sollen abgeschafft werden. Die Abschaffung des 130a wurde auf Initiative der FDP in die Koalitionsvereinbarungen aufgenommen.

Keine Startbahn West am Frankfurter Flughafen!

Generelles Nachtflugverbot von 22 – 6 Uhr

acd. Nach den ersten, mit Polizeigewalt durchgesetzten Rodungen im Oktober ist die Bewegung gegen den Flughafenausbau im Rhein-Main-Gebiet sprunghaft gewachsen (wir berichteten in KVZ Nr. 45 und 46). Der erste Vorstoß der Flughafen Frankfurt/Main AG (FAG, Aktienbesitz zu 45,2% Land, 25,2% Bund und 28,9% Stadt Frankfurt) könnte sich zum Bumerang für das ganze Projekt entwickeln. Jetzt wird für den 7.12. eine Großkundgebung in Rüsselsheim vorbereitet.

Unter welchen Bedingungen entwickelt sich dieser Kampf? Er wird hauptsächlich von der direkt betroffenen Bevölkerung des stark industrialisierten Kreises Groß-Gerau getragen. Ihr Interesse, diese Umweltzerstörung zu verhindern, entspringt keiner rückschrittlichen Weltanschauung, sondern dem höchst fortschrittlichen Ziel, der weiteren Ruinierung der Reproduktionsgrundlagen ihrer Arbeitskraft Einhalt zu gebieten. Die Bürgerinitiative mit 15 Ortsgruppen, auf deren Vollversammlungen heute über 350 Leute kommen, ist deshalb eng mit der örtlichen Gewerkschaftsbewegung verbunden. So kam es auch bisher nicht nur zu Massenaktionen, wie zuletzt der Kundgebung mit 15000 Teilnehmern, sondern auch zu Schulstreiks oder jüngst einer Demonstration von 300 Opel-Lehrlingen in der Mittagspause. Unübersehbar ist die Zahl von Beschlüssen aus Gliederungen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften, aus den Betrieben.

Die Zersetzung in den bürgerlichen Parteien schreitet weiter voran. In der Mörfelden-Walldorfer SPD sind z.B. über 100 (20%) ausgetreten. Kommunale Wahlbündnisse bilden sich.

Der SPD-Bezirksparteitag Hessen Süd hat verlangt, einen „unnötigen Bau" zu verhindern. Die Finanzbourgeoisie plant aber große Investitionen, gerade im vom Staat für sie gemeinschaftlich betriebenen Transportgewerbe ohne Rücksicht auf zyklische Krisen. Bleibt also abzuwarten, daß neue Zahlen einen „nötigen" Bau belegen? So einfach wird es für die Landesregierung nicht werden.

Auf welche Kräfte kann sich SPD-Ministerpräsident Börner stützen? Die hessische Gewerkschaftsbewegung ist über den Startbahnbau gespalten. Die geschlossene Ablehnung in der betroffenen Region wird auf Landesebene nur von der GdP und der DPG unterstützt. Der DGB-Landesvorstand ist nach wie vor unentschieden, sein „bedingtes Ja" hat er zurückgenommen, weil die vor allem den Umweltschutz betreffenden Bedingungen nicht eingehalten worden sind. Der Vorsitzende der ÖTV-Bezirksleitung und FAG-Aufsichtsratsmitglied Wolf hat immer noch erheblichen Einfluß mit seiner sozialdemokratischen Theorie über die Schaffung von Arbeitsplätzen. Er verficht energisch die FAG-Linie: der Verlust eines konkurrenzfähigen Zentralflughafens bedeute den Verlust von 10000 neuen Arbeitsplätzen, sowie Unsicherheit für 32000 am Flughafen und 68000 im Umland bestehende (dazu im nebenstehenden Artikel). Am international schlagkräftigen Zentralflughafen hat tatsächlich die ganze westdeutsche Kapitalistenklasse ein Interesse. Ein „integriertes Verkehrskonzept", wie es vor allem die SPD fordert, stellt sich deshalb auch nicht alternativ zur Startbahn West. Nach Meinung der FAG würde es sie sogar trefflich ergänzen.

Die Landesregierung geht weiter darauf, den Widerstand der Kommunen Stück für Stück abzuwürgen. Drei Kommunen müssen Gemeindewald an die FAG verkaufen. Bisher weigerten sich zwei beharrlich, die Enteignungsverfahren und vorzeitige Besitzeinweisungen laufen.

Während Rüsselsheim und der Kreistag die Einstellung dieser Verfahren verlangen, hat die Nachbarstadt Flörsheim jetzt verkauft. Die FAG zahlt ihr gut, und bei leeren Stadtkassen und ohne aussichtsreiche Rechte gegen die Enteignungen hängt die Standfestigkeit der Stadtparlamente im wesentlichen vom Druck der Bewegung selber ab.

Die FAG zahlt der Stadt Flörsheim zum eigentlichen Kaufpreis nochmals 6 Mio. DM auf ein Sperrkonto. Wenn mit dem Startbahnbau bis Ende '81 nicht begonnen worden ist, fällt diese „Spezialprämie" wieder an die FAG zurück, großzügigerweise darf Flörsheim aber die Zinsen behalten.

Der Flörsheimer Wald ist als nächster Rodungsabschnitt fällig. Offiziell soll im März mit der Untertunnelung einer Straße begonnen werden, gerodet werden soll – so Börner – erst wieder im Herbst '81. Ob und wie schnell die FAG tatsächlich weiterbauen kann, ist aber mehr denn je eine Frage der Kräfteverhältnisse.

zu Massenaktionen, wie zuletzt der Kundgebung mit 15000 Teilnehmern, sondern auch zu Schulstreiks oder jüngst einer Demonstration von 300 Opel-Lehrlingen in der Mittagspause. Unübersehbar ist die Zahl von Beschlüssen aus Gliederungen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften, aus den Betrieben.

Die Zersetzung in den bürgerlichen Parteien schreitet weiter voran. In der Mörfelden-Walldorfer SPD sind z.B. über 100 (20%) ausgetreten. Kommunale Wahlbündnisse bilden sich.

Der SPD-Bezirksparteitag Hessen Süd hat verlangt, einen „unnötigen Bau" zu verhindern. Die Finanzbourgeoisie plant aber große Investitionen, gerade im vom Staat für sie gemeinschaftlich betriebenen Transportgewerbe ohne Rücksicht auf zyklische Krisen. Bleibt also abzuwarten, daß neue Zahlen einen „nötigen" Bau belegen? So einfach wird es für die Landesregierung nicht werden.

Auf welche Kräfte kann sich SPD-Ministerpräsident Börner stützen? Die hessische Gewerkschaftsbewegung ist über den Startbahnbau gespalten. Die geschlossene Ablehnung in der betroffenen Region wird auf Landesebene nur von der GdP und der DPG unter-

Kommunen müssen Gemeindewald an die FAG verkaufen. Bisher weigerten sich zwei beharrlich, die Enteignungsverfahren und vorzeitige Besitzeinweisungen laufen.

Während Rüsselsheim und der Kreistag die Einstellung dieser Verfahren verlangen, hat die Nachbarstadt Flörsheim jetzt verkauft. Die FAG zahlt ihr gut, und bei leeren Stadtkassen und ohne aussichtsreiche Rechte gegen die Enteignungen hängt die Standfestigkeit der Stadtparlamente im wesentlichen vom Druck der Bewegung selber ab.

Die FAG zahlt der Stadt Flörsheim zum eigentlichen Kaufpreis nochmals 6 Mio. DM auf ein Sperrkonto. Wenn mit dem Startbahnbau bis Ende '81 nicht begonnen worden ist, fällt diese „Spezialprämie" wieder an die FAG zurück, großzügigerweise darf Flörsheim aber die Zinsen behalten.

Der Flörsheimer Wald ist als nächster Rodungsabschnitt fällig. Offiziell soll im März mit der Untertunnelung einer Straße begonnen werden, gerodet werden soll – so Börner – erst wieder im Herbst '81. Ob und wie schnell die FAG tatsächlich weiterbauen kann, ist aber mehr denn je eine Frage der Kräfteverhältnisse.





Oben: Dieses Luftfoto (freigeg. vom Reg. Präs. Darmstadt Nr. 1040/78) zeigt einen Gesamtüberblick über den Frankfurter Raum: **1** Frankfurt, **2** Walldorf, **3** Mörfelden, **4** US-Air Base, **5** Kelsterbach, **6** Flughafen, **7** für die Verlängerung der bestehenden Bahnen bereits gerodetes Gelände, **8** geplante Startbahn West: Der schwarze Streifen stellt die Startbahn selber dar, die weiße Fläche stellt die geplante Rodungsfläche für die Startbahn West insgesamt dar.
Links: Am 2.11. endete der Demonstrationszug von 15000 an den NATO-Drahtverhauen um das gerodete Gelände. Angesichts von etwa 6000 Polizisten hatte die Bürgerinitiative darauf verzichtet, zur vorübergehenden Platzbesetzung aufzurufen.



Oben: Dieses Luftfoto (freigeg. vom Reg. Präs. Darmstadt Nr. 1040/78) zeigt einen Gesamtüberblick über den Frankfurter Raum: **1** Frankfurt, **2** Walldorf, **3** Mörfelden, **4** US-Air Base, **5** Kelsterbach, **6** Flughafen, **7** für die Verlängerung der bestehenden Bahnen bereits gerodetes Gelände, **8** geplante Startbahn West: Der schwarze Streifen stellt die Startbahn selber dar, die weiße Fläche stellt die geplante Rodungsfläche für die Startbahn West insgesamt dar.
Links: Am 2.11. endete der Demonstrationszug von 15000 an den NATO-Drahtverhauen um das gerodete Gelände. Angesichts von etwa 6000 Polizisten hatte die Bürgerinitiative darauf verzichtet, zur vorübergehenden Platzbesetzung aufzurufen.

„Ausgewogene Information"

Die FAG-Großanzeige in der Presse

„Ausgewogene Information"
Die FAG-Großanzeige in der Presse
1. Zuwachsraten, Kapazitäten und andere Notwendigkeiten
fertigung auch die beste. Die Fluglotsen, die schon jetzt jede Stunde ca. 50
kerung, so daß zwei voneinander unabhängige Potenzen aufeinander einwirkten."
3. Überall „günstige" Umwelteffekte?

1. Zuwachsraten, Kapazitäten und andere Notwendigkeiten

„Der Flughafen Frankfurt wird seit Jahren an der Grenze seines Start- und Landebahnsystems betrieben. Der Bundesminister für Verkehr hat bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß, wenn der Frankfurter Flughafen nicht ausgebaut werde, ausländischen Luftverkehrsgesellschaften aufgrund von Kapazitätsengpässen nicht mehr die erforderlichen Landerechte für Frankfurt gewährt werden könnten ..."

Über den tatsächlichen Kapazitäts-Zugewinn durch den Bau der Startbahn West geistern verschiedene Zahlen umher, die FAG selbst schießt dabei mit +25% den Vogel ab – die Lufthansa hat 8,7% errechnet, der britische Gutachter T. Hooten 5 – 10%, und 103 Fluglotsen sprechen in einer Arbeit davon, daß die „Nutzung erweiterter Kapazität unwahrscheinlich" sei.

Aber wenn die FAG bei ihren Rechnereien sicherlich zu dick aufträgt, sie tut's doch nur im Interesse der ganzen Kapitalistenklasse. Mit der Herausbildung des Weltmarktes sind gigantische Handels- und Verwaltungszentren wie Frankfurt entstanden, die eine rasche Abfertigung der Warenströme garantieren sollen. Kann Frankfurt seine internationale Konkurrenzfähigkeit nicht behaupten, muß das Warenkapital in Amsterdam oder Paris „umsteigen", ehe es an den Main gelangt, so drücken diese langen Transportzeiten auf den Profit. Das meint die FAG auch, wenn sie davon schreibt, „daß eine weitere Verteilung des Spitzenstundenverkehrs in verkehrsärmere Tageszeiten praktisch nicht möglich ist". Praktisch schon, technisch auch, aber profitlich nicht, denn Zeit ist Geld, und fürs Kapital ist die schnellste Abfertigung auch die beste. Die Fluglotsen, die schon jetzt jede Stunde ca. 50 Flugbewegungen bewältigen müssen, sehen die Sache anders. In ihrer Stellungnahme gegen die Startbahn sprechen sie vom *zeitweise schon heute gesättigten Luftraum* – aber gerade um eine Erhöhung der Kapazitäten in *Spitzenzeiten* geht es der FAG!

2. Der Lockruf mit „neuen Arbeitsplätzen"

„Es ist bewiesen, daß zwischen der Entwicklung des Luftverkehrsaufkommens und der Zahl der Flughafenbeschäftigten ein unmittelbarer Zusammenhang besteht ... Im Durchschnitt sind für ca. 70 bis 80 beförderte Tonnen jeweils ein Beschäftigter am Flughafen erforderlich."

Ein deutlicher Versuch, die Arbeiterbewegung auf den Leim zu locken: Wollt ihr Arbeitsplätze oder Umweltschutz? Aber die Beweisführung der FAG ist falsch. „Im Durchschnitt" ist die Produktivität der Arbeit am Flughafen in den letzten 7 Jahren um insgesamt 30% gesteigert worden; das neue Frachtzentrum und die vollautomatische Gepäckförder- und Sortieranlage sind gerade auf Kapazitätszuwachs *ohne* neue Arbeitsplätze zugeschnitten. Aus reichlicher Erfahrung hat deshalb auch der Opel-Betriebsrat in seiner Stellungnahme gegen die Startbahn West darauf hingewiesen, daß zwischen den Investitionsprogrammen der Kapitalisten und der Zahl der Arbeitsplätze *überhaupt kein* beweisbarer Zusammenhang besteht – wie Karl Marx im Band I vom „Kapital" nachgewiesen hat: „Die Nachfrage nach Arbeit ist nicht identisch mit Wachstum des Kapitals, die Zufuhr der Arbeit nicht mit dem Wachstum der Arbeiterbevölkerung, so daß zwei voneinander unabhängige Potenzen aufeinander einwirkten."

3. Überall „günstige" Umwelteffekte?

„Zusammenfassend ist festzustellen, daß durch die Startbahn 18 West keine unvertretbaren Umweltbelastungen verursacht werden", denn *„die FAG wird sich um weitere Aufforstungsmöglichkeiten, selbst über einen vollen Flächenausgleich hinaus bemühen ... Die Immissionen von Schwefeldioxyd liegen ebenso wie die Stickstoffoxyd- und Kohlenwasserstoffkonzentrationen am Flughafen deutlich niedriger als z.B. in der Innenstadt von Frankfurt ... die Niederschläge von Kohlenwasserstoffen weisen keine auffallende Abweichung von den Meßergebnissen aus Stadtgebieten auf ..."*

Sehr tröstlich! Zwar wird das größte zusammenhängende Waldstück im Süden Frankfurts durch die geplante Startbahn mittendurch zerschnitten; zwar wird der Grundwasserspiegel um einige Meter gesenkt und dadurch das Naturschutzgebiet Mönchbruch vernichtet, weil für den Bau der Startbahn das ganze sumpfige Gebiet trockengelegt werden muß; zwar werden weitere 100000 Menschen zwischen Darmstadt und Rüsselsheim von zusätzlichem Fluglärm betroffen – aber dafür will die FAG parzellierte Schonungen wieder aufforsten und versichert, daß die Luft im ehemaligen Naherholungsgebiet auch nicht schlechter sein wird als in der Frankfurter Innenstadt!

Verkehrsminister Hauff hat sich letzte Woche für eine langfristige Verkehrsplanung mit Ausbau des deutschen Großflughafens ausgesprochen. Ein integriertes Verkehrskonzept widerspricht also an sich nicht dem Flughafenausbau. Planvolle Beseitigung der Widersprüche im Transportwesen im Kapitalismus wird nur mit dessen Beseitigung selber möglich werden.

US-Besatzer unbedingt für den Ausbau

diw. Kein Wort von ihnen bisher zur Startbahn West! Dabei haben sie z.Z. Mühe, ihren NATO-„Partnern" Lande- und Aufnahmerechte für die US Air Force auf 74 zusätzlichen europäischen Flughäfen abzupressen. Außerdem waren sie es doch, die nach dem Krieg die FAG in die Welt setzten, um ihr den erbeuteten Rhein-Main-Militärflughafen zu treuen Händen zu übergeben – während sie selbst von Zeppelinheim aus alles im Auge behielten und seitdem die Startbahnen des Zivilflughafens mitbenutzen. Für alle Fälle haben sie sich im Zusatzvertrag zum NATO-Truppenstatut das Recht gesichert, eine solche Einrichtung jederzeit wieder konfiszieren zu können. Aus ihrer öffentlichen Zurückhaltung zu schließen, die Startbahn West würde sie kaltlassen, das wäre zu naiv.

Die Besonderheit dieser Startbahn, ihre außerordentliche Länge von 4 km, ist jedoch von keinem besonderen militärischen Wert. Militärtransporter sind auf kürzere Bahnen getrimmt. Der Welt größter, die C – 5A Galaxy braucht immerhin nur 2,5 km maximal; der geplante Supertransporter CX soll noch weniger benötigen. Die neue Piste bietet aber die Möglichkeit, *die Flugbewegungen im Kriegsfall schlagartig zu erhöhen.* Und das hat Gewicht.

Die NATO-Strategie steht und fällt mit einer erfolgreichen Abwehr der ersten Angriffswelle der Warschauer-Pakt-Armeen, um Zeit zu schinden für das äußerst komplizierte Heranschaffen von Reserven über den Atlantik – für die Gegenoffensive. Nur für den z.Z. vorgesehenen Transport von 5 US-Divisionen braucht die US-Luftwaffe 250 Flüge – ohne Kriegsgerät, mit Kriegsgerät dagegen 8250. Jeder Flug 2 Tage. Beide Supermächte kalkulieren überhaupt nur wenige Tage ein – sei es für den sowjetischen Vormarsch bis zu den linksrheinischen Ufern oder für die Verstärkung der NATO-Truppen durch „Big Lift". Bedenkt man ferner, daß der Luftfrachtverkehr voraussichtlich anschwellen würde und all dies durch die taktische Luftwaffe geschützt werden soll, ist absehbar, daß von dem Tag an, an dem „zurückgeschossen" wird, auf „Rhein-Main" der Teufel los ist. Sollte heute schon das schwere Kriegsgerät des neuen US-Interventionskorps in Westdeutschland deponiert werden, um es von hier aus überfallartig etwa zum Persischen Golf werfen zu können, wäre dazu die Reservierung eines ganzen Teils von „Rhein-Main" unausweichlich. Grob geschätzt müßten nämlich in wenigen Tagen allein 800 bis 1000 Starts mit US-Transportern in Westdeutschland abgewickelt werden. Zur Zeit rollen auf „Rhein-Main" täglich rund 660 Flugbewegungen ab. Die Vorbereitungen der beiden Supermächte für einen Krieg um Europa, vorerst an den Flanken, oder in Europa selbst, wären empfindlich getroffen, wenn es gelänge, die US-Besatzer zur Schließung der Air Base zu zwingen.

Indien: Andauernde Kämpfe in Assam Wirtschaftliche Schwierigkeiten nehmen zu

dog. Vor dem Parlament in Neu-Delhi zog der Innenminister am 17. November eine Bilanz der noch immer anhaltenden Unruhen in der Provinz Assam im Nordosten Indiens: 224 Tote und 240 Verschwundene, von Januar bis September einen Ausfall von 3,5 Mio. t Öl im Wert von 6,2 Mrd. Rupien, das entspricht etwa 1,54 Mrd. DM (Assam liefert 50% des indischen Erdölbedarfs). Drei Raffinerien mußten geschlossen werden, ebenfalls sechs Düngemittelfabriken. Der Handel mit Jute, Bambus und Holz liegt brach, Zement ist Mangelware, es fehlt an Erdölprodukten und Konsumgütern.

Die Bewegung in Assam, die vor allem von den Studenten ausgeht, richtet sich gegen die große Zahl von Einwanderern. Ihre Anzahl wird nach unterschiedlichen Quellen zwischen 1 und 4,7 Mio. angegeben, Assam hat insgesamt etwa 15 Mio. Einwohner. Die Einwanderer kommen vor allem aus Bangla Desh. Verhandlungen zwischen der Zentralregierung und den Studenten, die in Neu-Delhi stattfanden, blieben ohne Ergebnis. Die Studenten verlangen die Streichung der Einwanderer aus den Wählerverzeichnissen und ihre Ausweisung. Die Zentralregierung hat erklärt, sie werde sich an die Verträge mit Bangla Desh halten, wonach nur Personen ausgewiesen werden können, die nach der Gründung Bangla Deshs als selbständigem Staat 1971 zugewandert sind. Schon in der Anzahl der betroffenen Personen gibt es starke Differenzen: Während Ministerpräsidentin Gandhi auf einer Pressekonferenz von einigen Tausenden sprach, beziffern die Studenten die Anzahl mit mindestens 120000. Die Regierung von Bangla Desh hat bekanntgegeben, daß sich nach ihrer Kenntnis keine Staatsbürger von Bangla Desh in Assam aufhalten.

Anläßlich der Parlamentsdebatte in Neu-Delhi fand in Assam ein Generalstreik statt, der zweite innerhalb von 20 Tagen. Anfang Oktober hatten die lokalen Beamten neun Tage lang gegen die Erschießung eines Beamten bei einer Demonstration durch die Polizei gestreikt. Die assamesischen Studenten haben darauf bestanden, daß eine Weiterführung der Verhandlungen mit der Zentralregierung nur in Gahauti in Assam stattfinden soll.

Seit September steht die Provinz unter Notstandsrecht. Jetzt soll mit Hilfe der Armee die 750 km lange Pipeline, die Assam mit den übrigen Provinzen verbindet, wieder in Gang gesetzt werden, damit nicht durch den Frost noch größere Schäden entstehen. Der Notstand ist offiziell bis zum 12. Dezember befristet. Dann soll durch die Zentralregierung eine Regierung für die Provinz Assam eingesetzt werden. Ministerpräsidentin Gandhi hat den Nationalen Integrationsrat zur Beratung über die Lage in Assam zusammengerufen. Er besteht aus Vertretern verschiedener Nationalitäten und Religionsgemeinschaften.

Bergarbeiter in Ostrava bringen Beschwerden bei Husak vor

krk. Am 18. November besuchte der Parteivorsitzende der KPC, Gustav Husak, unerwartet das Kohlerevier von Ostrava und Karvina, wo er mit Bergarbeitern zusammentraf. Dieses Bergbaugebiet liegt unweit der polnischen Grenze. Wie die tschechoslowakische Nachrichtenagentur „Ceteka" berichtete, hätten die Bergarbeiter sehr offen über ihre Probleme gesprochen. Ihre hauptsächlichen Beschwerden richteten sich gegen die sogenannten „freiwilligen Überstunden", die ihnen ständig abverlangt werden. Sie forderten mehr Investitionen für die Bergwerke und die Anschaffung von besseren Ausrüstungen. Sie protestierten dagegen, daß häufig Raubbau betrieben wird, es wird viel zu schnell abgebaut, so daß die Sicherung der Stollen ungenügend ist und sich zahlreiche Arbeitsunfälle ereignen.

In seiner Antwortrede ging Husak auf die vorgebrachten Forderungen kaum ein. Mit der wirtschaftlichen Zwangslage, in der das Land sich vor allem auf dem Energiesektor befinde,

re, wenn modernere Förderanlagen eingesetzt werden sollten. Ansonsten erinnerte er die Bergarbeiter an ihre Produktionsverpflichtungen zu Ehren des nächsten, im März 1981 stattfindenden Parteitages.

Die Furcht der tschechoslowakischen Partei- und Staatsführung vor dem Übergreifen der polnischen Klassenkämpfe veranlaßte sie sowohl zu Zugeständnissen als auch zu weiteren Unterdrückungsmaßnahmen. Seit September soll sich die Versorgung mit Konsumgütern auffällig verbessert haben. Sowohl das ZK der KPC als auch der Zentralrat der Gewerkschaften versprachen auf ihren letzten Sitzungen mehr Demokratie in der Gewerkschaftsbewegung. Gleichzeitig finden sich in der Gewerkschaftspresse die schärfsten Angriffe auf die polnischen freien Gewerkschaften. Die „Solidarność" wird als Anwalt privatkapitalistischen Unternehmertums bezeichnet, des Mißbrauchs des Vertrauens der Massen und des ständigen Gesetzesbruchs bezichtigt.

Ausweisung. Die Zentralregierung hat erklärt, sie werde sich an die Verträge mit Bangla Desh halten, wonach nur Personen ausgewiesen werden können, die nach der Gründung Bangla Deshs als selbständigem Staat 1971 zugewandert sind. Schon in der Anzahl der betroffenen Personen gibt es starke Dif-

regierung eine Regierung für die Provinz Assam eingesetzt werden. Ministerpräsidentin Gandhi hat den Nationalen Integrationsrat zur Beratung über die Lage in Assam zusammengerufen. Er besteht aus Vertretern verschiedener Nationalitäten und Religionsgemeinschaften.

Bergarbeiter in Ostrava bringen Beschwerden bei Husak vor

krk. Am 18. November besuchte der Parteivorsitzende der KPC, Gustav Husak, unerwartet das Kohlerevier von Ostrava und Karvina, wo er mit Bergarbeitern zusammentraf. Dieses Bergbaugebiet liegt unweit der polnischen Grenze. Wie die tschechoslowakische Nachrichtenagentur „Ceteka" berichtete, hätten die Bergarbeiter sehr offen über ihre Probleme gesprochen. Ihre hauptsächlichen Beschwerden richteten sich gegen die sogenannten „freiwilligen Überstunden", die ihnen ständig abverlangt werden. Sie forderten mehr Investitionen für die Bergwerke und die Anschaffung von besseren Ausrüstungen. Sie protestierten dagegen, daß häufig Raubbau betrieben wird, es wird viel zu schnell abgebaut, so daß die Sicherung der Stollen ungenügend ist und sich zahlreiche Arbeitsunfälle ereignen.

In seiner Antwortrede ging Husak auf die vorgebrachten Forderungen kaum ein. Mit der wirtschaftlichen Zwangslage, in der das Land sich vor allem auf dem Energiesektor befinde,
begründete er, daß leider alles so bleiben müsse wie es ist: „Wir wissen, daß wir von den Bergarbeitern viel verlangen, aber es gibt keinen anderen Weg, wenn wir die Wirtschaft arbeiten lassen, die Bedürfnisse der Industrie und anderer Wirtschaftszweige und der Bevölkerung befriedigen wollen." Die Planvorgaben für den Bergbau könnten nicht gesenkt werden. Verbesserung verprach er für die nächsten Jah-

re, wenn modernere Förderanlagen eingesetzt werden sollten. Ansonsten erinnerte er die Bergarbeiter an ihre Produktionsverpflichtungen zu Ehren des nächsten, im März 1981 stattfindenden Parteitages.

Die Furcht der tschechoslowakischen Partei- und Staatsführung vor dem Übergreifen der polnischen Klassenkämpfe veranlaßte sie sowohl zu Zugeständnissen als auch zu weiteren Unterdrückungsmaßnahmen. Seit September soll sich die Versorgung mit Konsumgütern auffällig verbessert haben. Sowohl das ZK der KPC als auch der Zentralrat der Gewerkschaften versprachen auf ihren letzten Sitzungen mehr Demokratie in der Gewerkschaftsbewegung. Gleichzeitig finden sich in der Gewerkschaftspresse die schärfsten Angriffe auf die polnischen freien Gewerkschaften. Die „Solidarność" wird als Anwalt privatkapitalistischen Unternehmertums bezeichnet, des Mißbrauchs des Vertrauens der Massen und des ständigen Gesetzesbruchs bezichtigt.

Auf Verlangen der CSSR wurde vor zwei Wochen der Reiseverkehr von und nach Polen auf jährlich höchstens vier Reisen eingeschränkt. Die tschechoslowakische Begründung grenzte an nationalistische Hetze: mit der Maßnahme solle verhindert werden, daß zu Besuch angereiste Polen in den Grenzgebieten die Warenhäuser leerkauften, hieß es.

VR China: Prozeß gegen die Viererbande und die Lin Biao-Clique hat begonnen

thh. Beijing. Am 20. November hat der Prozeß gegen die zwei konterrevolutionären Gruppen um Lin Biao und Jiang Qing begonnen. Vor Gericht stehen 10 Angeklagte. Sechs weitere Hauptverantwortliche, darunter der frühere stellvertretende Parteivorsitzende und Verteidigungsminister Lin Biao und die „graue Eminenz" der Kulturrevolution, der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der KP Chinas, Kang Sheng, sind bereits gestorben.

Der Sondergerichtshof tagt in zwei Tribunalen. Vor dem einen erscheint die Viererbande – Jiang Qing und ihre drei Gefolgsleute – sowie der einstige Sekretär Maos, das ehemalige Politbüromitglied Chen Boda, vor dem zweiten fünf ehemalige Generäle, die am Mordkomplott Lin Biaos gegen Mao und an der Vorbereitung eines Staatsstreiches beteiligt waren.

Den Angeklagten werden folgende Punkte vorgeworfen:

1. Verfolgung von führenden Vertretern aus Partei und Regierung sowie Erhebung falscher Verdächtigungen gegen sie.
2. Verschwörung zur Beseitigung der Diktatur des Proletariats.
3. Verfolgung und Unterdrückung einer großen Zahl von Kadern und einfachen Bürgern.
4. Verschwörung zur Ermordung des Parteivorsitzenden Mao Zedong sowie Versuch eines bewaffneten konterrevolutionären Staatsstreichs.
5. Verschwörung zu einer bewaffneten Rebellion in Shanghai.

48 Anklagepunkte werden dann im Einzelnen aufgeführt. Unter anderem hatten die beiden Cliquen 1968 die Hälfte des Zentralkomitees, seiner Kontrollkommission, des Nationalen Volkskongresses und der Konsultativkonferenz, also der gesamten Partei- und Staatsführung, des Verrats und der Agententätigkeit verdächtigt. Die Angriffe gegen die Partei und ihre Führer hätten das Ziel verfolgt, die Diktatur des Proletariats zu beseitigen und die Macht in Partei und Staat zu übernehmen.

Der zweite Teil der Anklage, die in vollem Wortlaut in der Presse veröffentlicht wurde, betrifft Gewaltakte, die von der Viererbande und in ihrem Auftrag während der Kulturrevolution in allen Teilen Chinas verübt wurden. Bei blutigen Massenverfolgungen seien hunderttausende von Menschen in die Gefängnisse und Lager geworfen worden und hätten 34375 Chinesen ihr Leben verloren. Insgesamt sollen von den Säuberungen in der Zeit der Kulturrevolution zwischen 1966 und 1976 weit über eine halbe Million Menschen durch zum Teil langjährige Haftstrafen, durch den Verlust ihres Arbeits-

3. Verfolgung und Unterdrückung einer großen Zahl von Kadern und einfachen Bürgern.
4. Verschwörung zur Ermordung des Parteivorsitzenden Mao Zedong sowie Versuch eines bewaffneten konterrevolutionären Staatsstreichs.
5. Verschwörung zu einer bewaffneten Rebellion in Shanghai.

48 Anklagepunkte werden dann im Einzelnen aufgeführt. Unter anderem hatten die beiden Cliquen 1968 die Hälfte des Zentralkomitees, seiner Kontrollkommission, des Nationalen Volkskongresses und der Konsultativkonferenz, also der gesamten Partei- und Staatsführung, des Verrats und der Agententätigkeit verdächtigt. Die Angriffe gegen die Partei und ihre Führer hätten das Ziel verfolgt, die Diktatur des Proletariats zu beseitigen und die Macht in Partei und Staat zu übernehmen.

Der zweite Teil der Anklage, die in vollem Wortlaut in der Presse veröffentlicht wurde, betrifft Gewaltakte, die von der Viererbande und in ihrem Auftrag während der Kulturrevolution in allen Teilen Chinas verübt wurden. Bei blutigen Massenverfolgungen seien hunderttausende von Menschen in die Gefängnisse und Lager geworfen worden und hätten 34375 Chinesen ihr Leben verloren. Insgesamt sollen von den Säuberungen in der Zeit der Kulturrevolution zwischen 1966 und 1976 weit über eine halbe Million Menschen durch zum Teil langjährige Haftstrafen, durch den Verlust ihres Arbeits-
platzes oder andere Maßnahmen betroffen gewesen sein.

Nicht nur über die 10 Angeklagten, sondern über die gesamte Epoche der Kulturrevolution dürfte damit zu Gericht gesessen werden, denn die zehn waren wesentlich an der Durchführung der Kulturrevolution beteiligt. Der Prozeß dürfte somit unmittelbar eine bald zu erwartende Beurteilung der Kulturrevolution einleiten, die insgesamt gesehen, wohl als politische und wirtschaftliche Katastrophe bezeichnet werden kann. Der Prozeß soll juristisch einen Schlußstrich unter dieses Kapitel setzen, ein Kapitel, das dazu geführt hat, daß das chinesische Volk in seiner politischen Entwicklung um Jahre zurückgeworfen wurde und große Teile des Volkes das Vertrauen in die Partei und den Sozialismus verloren haben, bedingt durch die ultralinke Linie, die in dieser Periode vorherrschend war. Zugleich will die chinesische Führung damit demonstrieren, daß China heute den Weg zu einem sozialistischen, demokratischen Rechtsstaat beschreitet, das erste Mal in der Geschichte Chinas. Erstmals haben sich auch ehemalige hohe Partei- und Staatsführer vor Gericht für ihre Taten zu verantworten, statt – wie bisher üblich – irgendwo abgeschirmt und ohne Informierung der Öffentlichkeit in Gefängnissen der Partei interniert zu sein.

In den bisherigen Verhandlungen wurden vor allem die Vorwürfe durch Zeugenaussagen, Dokumente und Geständnisse der meisten Angeklagten bestätigt. Lediglich Jiang Qing und ihr engster Vertrauter, Zhang Chunqiao, weigern sich auszusagen.

Das ganze Volk ist heute Zeuge dieses Prozesses gegen diese Volksfeinde im wahrsten Sinne des Wortes (und als solche auch dem Volk bekannt und von ihm gehaßt), dessen Einzelabläufe jeden Abend über die Bildschirme gehen. „900 Millionen haben gerichtet", heißt der Leitartikel der Renmin Ribao (Volkszeitung) vom 22.11., was insofern stimmt, daß erstmals das Volk bis ins Detail verfolgen kann, daß und wie diese ehemaligen Führer zur Rechenschaft gezogen werden und zwar mittels eines rechtlichen Instrumentariums.

Doch der Prozeß wirft auch eine ganze Reihe von Fragen auf, die von den Massen in China überall diskutiert werden: Lassen sich strafrechtliche Verantwortlichkeit und politische Linie voneinander trennen? Und wie steht es mit der Verantwortlichkeit des damaligen Parteivorsitzenden Mao Zedong?

Das erstere ist wohl zu verneinen. Bereits die Anklageschrift zeigt, daß diese Trennung nicht möglich ist, weil der Angriff auf die Diktatur des Proletariats Gegenstand des Prozesses ist – ein politisches Delikt. Und sind die Verbrechen dieser Leute etwa nicht Folgen ihrer falschen, ultralinken politischen Linie? Von daher erscheint die behauptete Trennung von Recht und Politik in diesem Prozeß unmöglich.

Und die Verantwortlichkeit von Mao? War er als Parteivorsitzender etwa nicht informiert über das, was im Land vorging und was seine engsten Mitarbeiter machten? Er selbst sagte einmal auf einer erweiterten Arbeitskonferenz des ZK im Jahre 1962, für Mängel und Fehler müsse zuerst das ZK die Verantwortung tragen und im ZK zuallererst er.

Die Viererbande hat sich bei ihren Verbrechen, die ihr vorgeworfen werden, immer unwidersprochen auf Mao berufen, wie das folgende Beispiel zeigt: Die Guangzhouer Rotgardistenzeitung Culiao Zhuanzhi schrieb 1967, Zhang Chunqiao (einer der Viererbande) habe im Februar 1967 Mao gefragt, ob er eingreifen solle, wenn zwei Arbeiterfraktionen in Shanghai gegeneinander kämpften und wenn ja, in welcher Weise. Mao habe geantwortet: „Weshalb so ängstlich? Sie führen einen Bürgerkrieg und sind in einen heftigen Kampf verwickelt. Nicht du bist es, der sie zum Kampf veranlaßt hat. Laß sie doch eine Weile gewähren." Für diese bewaffneten Auseinandersetzungen wird die Viererbande heute als Anstifter verantwortlich gemacht. Durchaus zu Recht, aber wie steht es dann mit der Verantwortlichkeit des Vorsitzenden des ZK?

Inzwischen weiß man, daß Mao theoretisch den Boden bereitet hat für die ultralinken Abweichungen, indem er z.B. die Rolle des Klassenkampfes im Sozialismus falsch einschätzte. Damit hat er theoretisch eine Entwicklung eingeleitet, die sich dann gegen die Kommunistische Partei, die Diktatur des Proletariats und ihn selbst richtete und die von ihm maßgeblich geführte Revolution zu zerstören drohte.



Das ganze Volk ist heute Zeuge dieses Prozesses gegen diese Volksfeinde im wahrsten Sinne des Wortes (und als solche auch dem Volk bekannt und von ihm gehaßt), dessen Einzelabläufe jeden Abend über die Bildschirme gehen. „900 Millionen haben gerichtet", heißt der Leitartikel der Renmin Ribao (Volkszeitung) vom 22.11., was insofern stimmt, daß erstmals das Volk bis ins Detail verfolgen kann, daß und wie diese ehemaligen Führer zur Rechenschaft gezogen werden und zwar mittels eines rechtlichen Instrumentariums.

Doch der Prozeß wirft auch eine ganze Reihe von Fragen auf, die von den Massen in China überall diskutiert werden: Lassen sich strafrechtliche Verantwortlichkeit und politische Linie voneinander trennen? Und wie steht es mit der Verantwortlichkeit des damaligen Parteivorsitzenden Mao Zedong?

cher Weise. Mao habe geantwortet: „Weshalb so ängstlich? Sie führen einen Bürgerkrieg und sind in einen heftigen Kampf verwickelt. Nicht du bist es, der sie zum Kampf veranlaßt hat. Laß sie doch eine Weile gewähren." Für diese bewaffneten Auseinandersetzungen wird die Viererbande heute als Anstifter verantwortlich gemacht. Durchaus zu Recht, aber wie steht es dann mit der Verantwortlichkeit des Vorsitzenden des ZK?

Inzwischen weiß man, daß Mao theoretisch den Boden bereitet hat für die ultralinken Abweichungen, indem er z.B. die Rolle des Klassenkampfes im Sozialismus falsch einschätzte. Damit hat er theoretisch eine Entwicklung eingeleitet, die sich dann gegen die Kommunistische Partei, die Diktatur des Proletariats und ihn selbst richtete und die von ihm maßgeblich geführte Revolution zu zerstören drohte.



Die „Viererbande" und die Verschwörer um Lin Biao müssen sich wegen Verstößen gegen die Strafgesetze verantworten. Über die politischen Fehler der Kulturrevolution wird u.a. der kommende Parteitag der KP Chinas beraten.

Afghanistan: Luftangriffe auf Kandahar und Herat

dog. Nach seiner Rückkehr aus Moskau hat Karmal diejenigen Mitglieder der regierenden „Demokratischen Volkspartei" angegriffen, die der Pflege der „ewigen Freundschaft" mit der Sowjetunion nicht höchste Priorität einräumten. Eine Kostprobe der „ewigen Freundschaft" gaben die Luftangriffe der Invasoren auf das Zentrum Kandahars, der zweitgrößten Stadt des Landes, und in der Umgebung von Herat an der iranischen Grenze, wo ganze Landstriche bombardiert wurden. Die Invasoren versuchen, durch die Säuberung der umliegenden Gebiete ihre Stellung in den Städten vor Wintereinbruch zu sichern. Mit der Zerstörung eines Teils der Ernte haben sie versucht, die Aufständischen von Nahrungsmittelreserven abzuschneiden. Bei einem Überfall auf ein Dorf 80 km südwestlich von Kabul sind 12 Männer von afghanischen Regierungstruppen und sowjetischen Soldaten getötet worden. Weitere Maßnahmen wurden der Bevölkerung angedroht, falls sich nicht alle Männer im wehrfähigen Alter zur Armee einziehen ließen. Diese Überfälle zum Zwecke der Zwangsrekrutierung stoßen auf Unmut unter den afghanischen Offizieren. In den Vororten von Kabul sind die afghanischen Soldaten auf den Posten gegen sowjetische ausgetauscht worden.

Verhandlungen über die Unabhängigkeit Namibias im Januar

dog. Anfang Januar soll auf Initiative der UNO eine Konferenz über die Unabhängigkeit Namibias in Maputo, Mozambique, stattfinden. Gegenüber einem Vertreter des UN-Sekretariats hat die Regierung von Südafrika zwar einem Waffenstillstand mit der Befreiungsorganisation SWAPO für März 1981 zugestimmt. Gleichzeitig ließ sie aber erklären, sie betrachte die Durchführung der Konferenz als eine „innere Angelegenheit Namibias", d.h. der unter ihren Fittichen gebildeten Parteien in Namibia und der SWAPO, die von der UNO als einzige rechtmäßige Vertretung des Volkes von Namibia anerkannt wird. Die Regierung von Südafrika will lediglich als „Beobachter und Berater" an der Konferenz teilnehmen. – In Pretoria sind am 26.11. drei Mitglieder des ANC zum Tode und sechs weitere zu Gefängnisstrafen zwischen 10 und 20 Jahren verurteilt worden. Die Teilnahme an einem Banküberfall, die den Angeklagten vorgeworfen wurde, konnte nicht nachgewiesen werden. Der Richter begründete das Urteil mit ihrer Mitgliedschaft im ANC; Südafrika sei ein zivilisiertes Land und müsse seine Werte und Richtlinien hochhalten.

Demonstration für die irischen politischen Gefangenen

doj. Am 22.11. versammelten sich über 30000 Iren vor den Gebäuden der südirischen Regierung in Dublin und forderten den Ministerpräsidenten Haughey auf, sich für die Forderungen der H-Block-Gefangenen – von denen 7 im Hungerstreik stehen – gegen die englische Regierung einzusetzen. Die Forderungen sind: Keine Gefängniskleidung; keine Arbeit im Gefängnis; Vereinigungsfreiheit mit anderen politischen Gefangenen, das Recht, Schulung, handwerkliche Betätigung usw. selbst zu regeln; einen Brief, einen Besuch, ein Paket mit Nahrungsmitteln pro Woche; Wiederherstellung des Rechts auf vorzeitige Entlassung! Das nationale „Smash H-Block-Komitee" wird am 6.12. eine Demonstration gegen die britische Botschaft organisieren.

USA nehmen Forderungen Irans „im Prinzip" an

bag. Die iranische Regierung gab Anfang des Monats ihre Bereitschaft bekannt, die 52 amerikanischen Geiseln freizulassen, wenn die USA folgende vier Zusicherungen machten: Sich weder politisch noch militärisch in die Angelegenheiten des Iran einzumischen; eingefrorene Guthaben in Höhe von 8 Mrd. $ freizugeben; alle finanziellen Forderungen gegenüber der iranischen Regierung fallenzulassen; und offiziell den Anspruch der iranischen Regierung auf das Vermögen der Schah-Familie anzuerkennen. Nach der Wahl Reagans zum neuen Präsidenten der USA sagte Carter, daß er als letzte Amtshandlung die Geiselfrage lösen wolle und daß er dazu einige der Forderungen des Iran zu erfüllen bereit sei. Am 11.11. übergaben die USA der als Vermittler eingeschalteten algerischen Regierung die Antwort auf die Forderungen. Ein Sprecher der iranischen Regierung kommentierte die Antwort so: Die USA hätten „alle Bedingungen zur Freilassung der Geiseln im Prinzip akzeptiert". Das sei ein großer Sieg für den Iran, aber das Prinzip genüge nicht. Jetzt seien konkrete, präzise Zusagen der USA erforderlich.

Chile: Studentenstreik in Santiago

dog. Seit dem 21. November befinden sich die Studenten der philosophischen Fakultät der Universität von Santiago im Streik. Ihr Streik richtet sich gegen die Einmischung der Militärbehörden in der Universität, insbesondere gegen das Büro des „Administrativen Koordinierungsausschusses", in dem auch Mitglieder des militärischen Geheimdienstes tätig sind. Der Streik ist unbefristet und wird von Studenten der anthropologischen Fakultät unterstützt. Die Universitätsleitung hat die philosophische Fakultät am 24. November geschlossen. Die Universität in Santiago ist die größte Universität des Landes. Seit dem Militärputsch im September 1973 ist es der erste Studentenstreik in Chile.



Indianische Bauern im Andenhochland von Peru dreschen gemeinsam die Ernte. „Kämpfen wir für Land! Das bedeutet: Inbesitznahme des Bodens der staatlichen Latifundien mit vorkapitalistischen und halbfeudalen Überresten. Aufteilung des Landes an die Bauern der Dorfgemeinschaft ..." aus der Plattform der Confederación Campesina del Peru (CCP)

Der Kampf um Land und nationale Rechte

Die indianischen Völker Amerikas führen einen erbitterten Kampf

bew. Vom 24. – 30. November fand in Rotterdam das IV. Russell-Tribunal statt. Nach den Tribunalen zu den Kriegsverbrechen der US-Imperialisten in Indochina, der Unterdrückung in den lateinamerikanischen Diktaturen und der politischen Unterdrückung in Westdeutschland behandelte dieses vierte Tribunal der Russell-Stiftung die Situation der Rechte der Indianer in Nord-, Mittel- und Südamerika. Die Russell-Stiftung wurde 1963 gegründet unter Schirmherrschaft u.a. von mehreren Regierungsoberhäuptern aus Ländern der Dritten Welt wie K. Kaunda, J. Nyerere und J. Nehru. Mit den Tribunalen soll öffentlich auf Tatbestände des Völkermordes, der Menschenrechtsverletzungen und der Kriegshetze hingewiesen werden. Grundlage sind dabei die internationalen Konventionen der UNO und ihrer Unterorganisationen. Das Russell-Tribunal zu den Rechten der Indianer versteht sich als Fortsetzung der 1977 von der UNO-Unterorganisation „Non-Governmental Organisations" durchgeführten Genfer Konferenz zur Situation der eingeborenen Völker beider Amerika. Grundlage der Arbeit des IV. Russell-Tribunals ist die UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung von Völkermord vom 9.12.1948 und die ILO (International Labour Organisation) -Konvention über eingeborene Völker und Stämme vom 2.6.1959. Untersucht wurden an Hand von 12

bew. Vom 24. – 30. November fand in Rotterdam das IV. Russell-Tribunal statt. Nach den Tribunalen zu den Kriegsverbrechen der US-Imperialisten in Indochina, der Unterdrückung in den lateinamerikanischen Diktaturen und der politischen Unterdrückung in Westdeutschland behandelte dieses vierte Tribunal der Russell-Stiftung die Situation der Rechte der Indianer in Nord-, Mittel- und Südamerika. Die Russell-Stiftung wurde 1963 gegründet unter Schirmherrschaft u.a. von mehreren Regierungsoberhäuptern aus Ländern der Dritten Welt wie K. Kaunda, J. Nyerere und J. Nehru. Mit den Tribunalen soll öffentlich auf Tatbestände des Völkermordes, der Menschenrechtsverletzungen und der Kriegshetze hingewiesen werden. Grundlage sind dabei die internationalen Konventionen der UNO und ihrer Unterorganisationen. Das Russell-Tribunal zu den Rechten der Indianer versteht sich als Fortsetzung der 1977 von der UNO-Unterorganisation „Non-Governmental Organisations" durchgeführten Genfer Konferenz zur Situation der eingeborenen Völker beider Amerika. Grundlage der Arbeit des IV. Russell-Tribunals ist die UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung von Völkermord vom 9.12.1948 und die ILO (International Labour Organisation) -Konvention über eingeborene Völker und Stämme vom 2.6.1959. Untersucht wurden an Hand von 12 Beispielen Fälle des Völkermords, des Landraubs und der Unterdrückung der nationalen Rechte der eingeborenen Bevölkerung Amerikas. Die Ergebnisse der Untersuchungen werden veröffentlicht und den UNO-Kommissionen vorgelegt.

Knapp 30 Mio. Indianer, Indios und Inuit (Eskimos) leben gegenwärtig noch in ganz Amerika. Der Anteil der indianischen Urbevölkerung an der Gesamtbevölkerung Amerikas von ca. 590 Mio. Menschen beträgt etwas unter 5 Prozent. Bezogen auf die einzelnen Staaten ist der Anteil und damit die Bedeutung der indianischen Bevölkerung allerdings sehr unterschiedlich. Auf den Westindischen Inseln wie Haiti, Kuba und Jamaika und einigen Staaten Mittelamerikas war die indianische Bevölkerung schon kurz nach der Ankunft der spanischen Kolonisatoren ausgerottet worden. Hier leben überhaupt keine Ureinwohner mehr. In Mexiko, Nicaragua, Argentinien, Brasilien, Chile, Guayana, Paraguay und Venezuela, wie auch in den USA und Kanada liegt der Anteil zwischen 0,2 bis 5 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Um die 10 Prozent beträgt der Anteil in einigen mittelamerikanischen Staaten wie Belize, El Salvador, Honduras und in Kolumbien. Knapp die Hälfte der Bevölkerung bilden die Indios in Guatemala und Ecuador und ca. 65 Prozent in Peru und Bolivien. Entsprechend unterschiedlich ist auch die Bedeutung der indianischen Bevölkerung für die Produktionsweise und die Klassenkämpfe in den jeweiligen Ländern. In den nordamerikanischen Ländern und den meisten süd- und mittelamerikanischen Staaten, in denen der Anteil der indianischen Bewohner unter 5 Prozent liegt, leben sie in Reservaten als nationale Minderheiten, oft mit eingeschränkten Rechten, wie etwa in Brasilien, wo sie weiterhin als Mündel, d.h. als Unmündige, dahinvegetieren. Der Reservatssituation entspricht eine zurückgebliebene Produktionsweise. Aus ihren ursprünglichen Lebenszusammenhängen herausgerissen, ist die Produktionsweise nicht nur auf dem Stand der Ankunft der Kolonisatoren stehengeblieben, sondern vielfach zerstört und die Stämme auf die Existenz von Sozialhilfeempfängern oder Touristenattraktionen zurückgeworfen worden.

Anders in den Ländern, wo die indianischen Bewohner einen bedeutenden Anteil an der Bevölkerung ausmachen. Hier, wie etwa in El Salvador, Guatemala, Kolumbien, Panama oder auch z.T. in Mexiko bilden sie den Kern der ländlichen Bevölkerung als Landarbeiter, kleine Bauern oder Mitglieder von indianischen Bauerngemeinschaften. In Bolivien und Peru, den Zentren des alten Inkareiches, stellen die Indios nicht nur die Masse der bäuerlichen Bevölkerung, sondern auch den Kern der Arbeiterschaft, vor allem in den großen Minen. Während es in dem einen Fall darum geht, daß die indianische Bevölkerung ihre Rechte als nationale Minderheiten in den

mittelamerikanischen Staaten, in denen der Anteil der indianischen Bewohner unter 5 Prozent liegt, leben sie in Reservaten als nationale Minderheiten, oft mit eingeschränkten Rechten, wie etwa in Brasilien, wo sie weiterhin als Mündel, d.h. als Unmündige, dahinvegetieren. Der Reservatssituation entspricht eine zurückgebliebene Produktionsweise. Aus ihren ursprünglichen Lebenszusammenhängen herausgerissen, ist die Produktionsweise nicht nur auf dem Stand der Ankunft der Kolonisatoren stehengeblieben, sondern vielfach zerstört und die Stämme auf die Existenz von Sozialhilfeempfängern oder Touristenattraktionen zurückgeworfen worden.

Anders in den Ländern, wo die indianischen Bewohner einen bedeutenden Anteil an der Bevölkerung ausmachen. Hier, wie etwa in El Salvador, Guatemala, Kolumbien, Panama oder auch z.T. in Mexiko bilden sie den Kern der ländlichen Bevölkerung als Landarbeiter, kleine Bauern oder Mitglieder von indianischen Bauerngemeinschaften. In Bolivien und Peru, den Zentren des alten Inkareiches, stellen die Indios nicht nur die Masse der bäuerlichen Bevölkerung, sondern auch den Kern der Arbeiterschaft, vor allem in den großen Minen. Während es in dem einen Fall darum geht, daß die indianische Bevölkerung ihre Rechte als nationale Minderheiten in den Ländern einfordert und sie dabei von den Bauern und den Arbeitern unterstützt werden muß, ist der Kampf in den Staaten, wo die Indios das Heer der Bauernschaft und teilweise den Kern der Arbeiterklasse bilden, nur möglich als Einheit des Kampfes um nationale Rechte und soziale Befreiung. So ist der Kampf der indianischen Bauerngemeinschaften um nationale Rechte in den Andenstaaten untrennbar verbunden mit der Lösung der Landfrage und damit der Zerschlagung des Großgrundbesitzes.

In beiden Fällen, im Kampf der indianischen Stämme als nationale Minderheiten und da, wo sie wesentliche Teile der Hauptklassen der Gesellschaft bilden, ist die Landfrage der entscheidende Auseinandersetzungspunkt. In den USA birgt das wenige, kärgliche Land der Indianer ca. 20% aller Energieressourcen, darunter 50% der Uranvorkommen und ein Drittel der Tagebaukohle, an die die großen Konzerne herankommen wollen. In Brasilien sind die letzten Reservate den Straßenbau-, Staudamm- und Umsiedlungsprojekten im Wege. In Peru sind es die Großgrundbesitzer und die US-amerikanischen Konzerne, die den indianischen Bauerngemeinschaften den Boden rauben. Bewaffnete Banden von Großgrundbesitzern, Zwangssterilisation, eingeführte Seuchen über infizierte Lebensmittel und Geschenke, Raub von Vieh und Zerstörung der Äcker, ökonomische Erpressung, neue Landgesetze, politische Entmündigung und immer wieder blutige Massaker sind die Methoden, mit denen den indianischen Völkern das Land geraubt wird. Die Verweigerung von nationalen Rechten, wie das Recht auf die eigene Sprache und Kultur, eigene Verwaltung und Rechtsprechung, die politische Rechtlosigkeit, soll die kulturelle und geschichtliche Identität der indianischen Völker zerstören und sie zwingen, sich entweder zu assimilieren oder ausgerottet zu werden, um den mit der Kolonisierung begonnenen Landraub fortzusetzen und abzuschließen.

Ist der Widerstand der indianischen Stämme und Völker in der ganzen geschichtlichen Periode seit der Ankunft der ersten Kolonialisten und Siedler nie abgerissen, so befindet sich der Kampf seit den 60er Jahren in einem neuen Aufschwung. In Mexiko, einigen mittelamerikanischen Staaten, und vor allem den Andenländern mehren sich die Landbesetzungen, vielfach haben sich die indianischen Bauern in Bauerngewerkschaften und bewaffneten Selbstverteidigungsorganisationen zusammengeschlossen und führen den Kampf gegen den Landraub, in Nordamerika klagen sie Rechte ein, die von der US-Regierung beständig gebrochen werden, in mehreren Konferenzen haben sich verschiedene indianische Organisationen zusammengeschlossen und gemeinsam den Kampf organisiert.

Ergebnisse der 11. Arabischen Gipfelkonferenz
Iraks Krieg am Golf behindert die Zusammenarbeit

chm. Die 11. Arabische Gipfelkonferenz ist am 27.11. in Amman zu Ende gegangen. An der Konferenz teilgenommen haben 15 der 21 Mitgliedstaaten der Arabischen Liga. Nicht teilgenommen haben Algerien, Libanon, Libyen, DVR Jemen, Syrien und die PLO. Bei der Vorbereitung der Konferenz, die das jährliche Routinetreffen der arabischen Staatschefs darstellt, hatte Syrien schon eine Vertagung beantragt. (KVZ 48/80) Dieser Forderung haben sich angeschlossen der Libanon und die DVR Jemen. Ali Nasser Mohamed, der südjemenitische Republikspräsident, hatte sein Bedauern darüber geäußert, daß die innerarabischen Differenzen eine Verschiebung notwendig machten. Libyen hatte schon an der Konferenz von 1979 nicht teilgenommen. Algerien hat seine Teilnahme von der Teilnahme der PLO abhängig gemacht, da nach Auffassung der algerischen Regierung die Palästinafrage das zentrale Thema einer jeden arabischen Gipfelkonferenz sein muß und in Abwesenheit der PLO diese Frage gar nicht erörtert werden kann. Die PLO hat versucht, eine Verschiebung der Konferenz zu erreichen, was ihr jedoch nicht gelungen ist. Alle Staaten, die die Teilnahme abgelehnt haben, gehören mit Ausnahme des Libanon zur Front der Standhaftigkeit und Konfrontation, die nach dem Besuch des ägyptischen Präsidenten Sadat in Jerusalem 1977 gebildet worden ist, und der ursprünglich auch der Irak angehörte. Sowohl Differenzen mit Libyen als auch mit Syrien, wer in dieser Front das Sagen haben soll, haben dazu geführt, daß der Irak frühzeitig seine Mitarbeit eingestellt hat; eine wirksame Strategie und Taktik gegen Israel hat diese Front nicht entwickeln können. Der Beschluß, Ägypten aus der Arabischen Liga auszuschließen und einen ökonomischen Boykott gegen Ägypten zu verhängen, konnte nur mit den Stimmen der Nichtmitglieder dieser Front gefaßt werden.

Am gefährlichsten und am schwierigsten ist die Lage für die PLO: Jede Spaltung in den Reihen der arabischen Staaten beeinflußt den Befreiungskrieg des palästinensischen Volkes gegen den zionistischen Siedlerstaat, sie erhöht dessen Manövrierfähigkeit und die der US- und der Sozialimperialisten. Sie entzieht dem palästinensischen Volk seine strategischen Reserven im Kampf, das menschliche und ökonomische Potential der arabischen Staaten. Die Bündnispolitik der PLO hat das Ziel, dieses Potential für den Kampf um Palästina zu mobilisieren. Daß die Palästinenser keinen eigenen Staat haben und durch die Vertreibung in allen arabischen Staaten verstreut leben, ist die Grundlage für die Abhängigkeit von der Politik dieser Staaten.

Für die Durchführung der Konferenz, wie im vergangenen Jahr beschlossen, sind vor allem Jordanien und Saudi-Arabien eingetreten. Beide Staaten streben an, die neue US-Regierung dazu zu bringen, Camp David als Lösung für die Nahostfrage fallen zu lassen. Als Alternative schwebt ihnen eine Konferenz vor, an der sowohl Jordanien als auch die PLO beteiligt werden. Irak war auch für die Durchführung der Konferenz, von der er sich die Festschreibung der bisherigen Unterstützung, die er bei dem Überfall auf den Iran erhalten hat, versprach. Das ist auch eingetreten, auch wenn das Schlußkommuniqué beide Seiten zur Einstellung der Kampfhandlungen aufruft. Demagogisch verkündete König Hussein in seiner Schlußansprache, der Einmarsch in den Iran sei der erste Schritt auf dem Weg zur Befreiung Palästinas.

Auf der anderen Seite bombardiert Iran inzwischen kuwaitische Grenzposten, was Parlamentspräsident Rafsanjani in Beirut als „Warnung" an die Golfstaaten, die Irak unterstützen, bezeichnet hat. Überlegungen eines „Sicherheitspaktes", der die Golfstaaten einschließlich Saudi-Arabien umfaßt, sind deswegen auf der Konferenz geäußert worden. Im Kriegsgebiet gehen die Kämpfe unvermindert heftig weiter, beide Seiten beklagen große Verluste. Le Monde meldete am 28.11., daß die iranische Luftwaffe Kirkuk, Suleimanieh und Sarsang im Irak bombardiert hätte, während die irakische Luftwaffe Einsätze im westlichen Azerbeidjan geflogen hat.

Das ursprüngliche Ziel dieser Gipfelkonferenz war es, auf Grundlage von 36 Experten-Berichten einen „10-Jahresplan für die wirtschafliche Entwicklung des arabischen Raumes" vorzulegen. Vernünftige Beschlüsse sind in dieser Hinsicht gefaßt worden: Rückführung der arabischen Bankguthaben im Ausland, die 1985 460 Mrd. $ betragen werden, Einrichtung eines gemeinsamen Wirtschaftsfonds für die Entwicklung der ärmeren arabischen Länder mit einem Anfangskapital von 5 Mrd. $, um der amerikanischen, europäischen und japanischen Bedrohung begegnen zu können. Eine Schlichtungsstelle für die Regelung innerarabischer Streitigkeiten auf dem ökonomischen Sektor soll eingerichtet werden. Die militärische Ausrüstung der arabischen Armeen soll standardisiert werden, die Ausrüstung soll weder in den USA, noch in der SU gekauft werden, sondern in Europa.

Gefährdet ist die Umsetzung dieser Beschlüsse durch Iraks Krieg am Golf: 15,6 Mrd. $ sollte der Irak für diesen Fonds beisteuern, 1,5 Mrd. jährlich.

Schwerste Kämpfe seit Unabhängigkeit Zimbabwes

len Rechten, wie das Recht auf die eigene Sprache und Kultur, eigene Verwaltung und Rechtsprechung, die politische Rechtlosigkeit, soll die kulturelle und geschichtliche Identität der indianischen Völker zerstören und sie zwingen, sich entweder zu assimilieren oder ausgerottet zu werden, um den mit der Kolonisierung begonnenen Landraub fortzusetzen und abzuschließen.

Ist der Widerstand der indianischen Stämme und Völker in der ganzen geschichtlichen Periode seit der Ankunft der ersten Kolonialisten und Siedler nie abgerissen, so befindet sich der Kampf seit den 60er Jahren in einem neuen Aufschwung. In Mexiko, einigen mittelamerikanischen Staaten, und vor allem den Andenländern mehren sich die Landbesetzungen, vielfach haben sich die indianischen Bauern in Bauerngewerkschaften und bewaffneten Selbstverteidigungsorganisationen zusammengeschlossen und führen den Kampf gegen den Landraub, in Nordamerika klagen sie Rechte ein, die von der US-Regierung beständig gebrochen werden, in mehreren Konferenzen haben sich verschiedene indianische Organisationen zusammengeschlossen und gemeinsam den Kampf organisiert.

byen als auch mit Syrien, wer in dieser Front das Sagen haben soll, haben dazu geführt, daß der Irak frühzeitig seine Mitarbeit eingestellt hat; eine wirksame Strategie und Taktik gegen Israel hat diese Front nicht entwickeln können. Der Beschluß, Ägypten aus der Arabischen Liga auszuschließen und einen ökonomischen Boykott gegen Ägypten zu verhängen, konnte nur mit den Stimmen der Nichtmitglieder dieser Front gefaßt werden.

Am gefährlichsten und am schwierigsten ist die Lage für die PLO: Jede Spaltung in den Reihen der arabischen Staaten beeinflußt den Befreiungskrieg des palästinensischen Volkes gegen den zionistischen Siedlerstaat, sie erhöht dessen Manövrierfähigkeit und die der US- und der Sozialimperialisten. Sie entzieht dem palästinensischen Volk seine strategischen Reserven im Kampf, das menschliche und ökonomische Potential der arabischen Staaten. Die Bündnispolitik der PLO hat das Ziel, dieses Potential für den Kampf um Palästina zu mobilisieren. Daß die Palästinenser keinen eigenen Staat haben und durch die Vertreibung in allen arabischen Staaten verstreut leben, ist die Grundlage für die Abhängigkeit von der Politik dieser Staaten.

Einsätze im westlichen Azerbeidjan geflogen hat.

Das ursprüngliche Ziel dieser Gipfelkonferenz war es, auf Grundlage von 36 Experten-Berichten einen „10-Jahresplan für die wirtschafliche Entwicklung des arabischen Raumes" vorzulegen. Vernünftige Beschlüsse sind in dieser Hinsicht gefaßt worden: Rückführung der arabischen Bankguthaben im Ausland, die 1985 460 Mrd. $ betragen werden, Einrichtung eines gemeinsamen Wirtschaftsfonds für die Entwicklung der ärmeren arabischen Länder mit einem Anfangskapital von 5 Mrd. $, um der amerikanischen, europäischen und japanischen Bedrohung begegnen zu können. Eine Schlichtungsstelle für die Regelung innerarabischer Streitigkeiten auf dem ökonomischen Sektor soll eingerichtet werden. Die militärische Ausrüstung der arabischen Armeen soll standardisiert werden, die Ausrüstung soll weder in den USA, noch in der SU gekauft werden, sondern in Europa.

Gefährdet ist die Umsetzung dieser Beschlüsse durch Iraks Krieg am Golf: 15,6 Mrd. $ sollte der Irak für diesen Fonds beisteuern, 1,5 Mrd. jährlich.

Schwerste Kämpfe seit Unabhängigkeit Zimbabwes

Distriktwahlen sollen Volksmacht sichern / Noch kein Urteil im Prozeß gegen Tekere

gkr. Über 50 Tote und mehr als 300 Verletzte gab es, als vor 3 Wochen in Bulawayo im Süden Zimbabwes 2 Tage lang heftige Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der Befreiungsstreitkräfte von ZANU und ZAPU geführt wurden. Der unmittelbare Anlaß sei eine Rede des Finanzministers von Zimbabwe E. Nkala (ZANU), gewesen, in der er, allerdings nicht zum ersten Mal, für die Auflösung der bestehenden Parteien und für die Bildung eines Einparteiensystems nach dem Muster verschiedener anderer afrikanischer Staaten eingetreten sei. Eine solche Maßnahme, von Mugabe nie gefordert, würde unter den beiden Regierungsparteien die ZAPU am stärksten treffen. Die anschließenden Kämpfe gingen denn vor allem von Mitgliedern der ZIPRA, der bewaffneten Streitkräfte der ZAPU, aus. Ein Großteil dieser Streitkräfte ist inzwischen in Etumbele, einer Vorstadt von Bulawayo, zusammengezogen, ein weiterer Teil, vor allem ZANLA-Kämpfer, in der Nähe von Salisbury. Ca. 25000 Guerillakämpfer sind noch immer nicht in die regulären Streitkräfte integriert, fast ein Jahr, nachdem sie in den Buschlagern zusammengezogen wurden. Behindert wurde der Aufbau einer einheitlichen Armee vor allem durch die ehemaligen Kolonialherren. Aber er hat in den vergangenen Monaten Fortschritte gemacht, so sind inzwischen über 9000 Guerillakämpfer integriert. Diese Teile der Armee haben sich offensichtlich bei der Beilegung der Kämpfe in Bulawayo als einigende Kraft bewährt. Dennoch geht der Prozeß nur schleppend voran. Besonders von ZIPRA-Angehörigen gingen denn in den vergangenen Wochen schon häufiger Schießereien aus. Mugabe, Ministerpräsident und Verteidigungsminister Zimbabwes, hatte der ZIPRA Anfang November „mangelnde Loyalität gegenüber der Regierung" vorgeworfen. Vollständige Entwaffnung der nicht integrierten Teile der Befreiungsstreitkräfte wurde erwogen.

Die Auseinandersetzungen in Bulawayo, wie auch die fast gleichzeitig stattfindenden in Salisbury, die 9 Todesopfer forderten, verschärften vor allem die Gefahr einer Spaltung des Landes entlang der Stammesgrenzen zwischen den Stämmen Shona und Ndebele, die größte Gefahr für die Einheit des Landes. Entsprechend scharf hat die Regierung auch auf die Kämpfe reagiert. 9 führende Mitglieder der ZAPU wurden in der Folge dieser Auseinandersetzungen festgenommen.

Die anhaltenden Kämpfe erschweren die inzwischen angelaufenen Distriktwahlen, die bis Ende des Jahres beendet sein sollen. In ihnen sollen die noch von der Kolonialregierung eingesetzten Distriktkommissare schrittweise abgelöst werden und so die Volksmacht von unten her gesichert werden. Dieser Schritt relativ rasch nach den entscheidenden zentralen Wahlen war innerhalb der Regierung nicht unumstritten. Nkomo hatte den gegenwärtigen Zeitpunkt als zu früh bezeichnet, die ZAPU mußte eine weitere Schwächung ihrer Position befürchten. Mittlerweile mußten die Kommunalwahlen in Bulawayo und Salisbury auf unbestimmte Zeit verschoben werden, zweifellos ein Rückschlag in der Festigung der Volksmacht und für die Politik der Regierung unter Führung Mugabes, den vor allem auch die ehemaligen Kolonialherren erhofft hatten.

Die USA und Großbritannien enthalten zugesagte bzw. in Aussicht gestellte Hilfe bis zu 1 Mrd. Dollar vor. Mugabe mußte auf Grund bestehender ökonomischer Schwierigkeiten ankündigen, daß sich Zimbabwe an einem Boykott Südafrikas nicht beteiligen könne. Um Spaltungsmöglichkeiten einzuschränken, hat Mugabe gegenüber der SU angedeutet, die Errichtung einer Botschaft käme nur in Frage, wenn sie die Unterstützung der ZAPU beende. Die imperialistische Presse spekuliert auf heftigere Auseinandersetzungen innerhalb der ZANU vor allem über den Prozeß gegen den Arbeitsminister E. Tekere. Im Prozeß gegen ihn und weitere 7 Angeklagte, die einen weißen Farmer erschossen haben sollen, wird für Mitte Dezember das Urteil erwartet. Mugabe hat dazu erklärt: „Ich weise jede Vermutung zurück, die Regierung stehe vor Gericht. Nur ein Mann, zusammen mit 7 anderen, steht vor Gericht. Wenn jemand Fehler gemacht hat, nun, dann soll derjenige zur Verantwortung gezogen werden." Nach Ende des Prozesses ist eine Regierungsumbildung angekündigt, deren Anlaß die Erkrankung des Bergbauministers ist und die offensichtlich vor allem der Erhaltung und Stärkung der nationalen Einheit dienen soll.







Großkundgebung gegen die Pläne des Hoesch-Kapitals

,,Wettbewerbsförderung" – ,,Gemeineigentum" / Klärung der Ziele ist erforderlich

uls. Nach einer Demonstration von 2000 IGM-Vertrauensleuten am 31. Oktober zur Aufsichtsratssitzung der Hoesch-Werke, den Belegschaftsversammlungen der drei Dortmunder Hoesch-Hütten Phoenix, Union und Westfalenhütte am 13., 14. und 15. November, der Sammlung von rund 100000 Unterschriften für die Forderung ,,Stahlwerk bauen – Arbeitsplätze sichern", haben die Hoesch-Betriebsräte und die IG Metall-Ortsverwaltung ganz Dortmund zu einer Kundgebung am Freitag, 28.11. um 14.30 Uhr für den Bau eines Oxygenstahlwerks und den Erhalt der Stahlproduktion in Dortmund aufgerufen. Ebenfalls aufgerufen hatten u.a. Bürgerinitiativen, Kirchenverbände beider Konfessionen, der Dortmunder Stadtrat. Oberbürgermeister Samtlebe im WDR: ,,Ich gehe davon aus, daß ... zu dieser Stunde in Dortmund Arbeitsruhe herrscht." Die Dortmunder Stadtverwaltung legte für die 10000 Beschäftigten den Dienstschluß auf 14 Uhr vor.

Ab etwa 13 Uhr marschierten etwa 18000 Hoesch-Arbeiter und -Angestellte in drei Marschsäulen von den Haupttoren aus zum Kundgebungsort in der Dortmunder Innenstadt. Aus vielen Betrieben und Gewerkschaften Dortmunds und weiterer Städte, aus Schulen und Universitäten nahmen Delegationen an den Demonstrationen und der Kundgebung teil. Nach Angaben der IG Metall nahmen insgesamt 70000 teil, die Dortmunder Polizei will auf 30 - 40 000 Kundgebungsteilnehmer gezählt haben. Nach Reden von Oberbürgermeister Samtlebe, von Betriebsratsvorsitzendem Schrade von der Westfalenhütte, Judith vom IG Metall-Vorstand und NRW-Ministerpräsident Rau, trug der Dortmunder IG Metall-Bevollmächtigte Dietrich den noch etwa 10000 Teilnehmern zum Schluß der Kundgebung eine ,,Dortmunder Resolution" vor, in der ,,eindeutige Erklärungen zur Erhaltung der Stahlbasis und zur Sicherung der Arbeitsplätze in Dortmund" und ,,intensive Fortführung aller zur Stützung und Verbesserung der wirtschaftlichen Situation Dortmunds und seines Umlandes notwendigen Programme und flankierenden Maßnahmen" gefordert wurden. Vor allem Samtlebe hatte, wie schon verstärkt in der letzten Woche, die Förderung der Konkurrenzfähigkeit von Hoesch und den Kapitalisten im östlichen Ruhrgebiet propagiert. Nennenswerter Beifall kam zu keinem Zeitpunkt der Kundgebung auf.

Der vormals geplante Ersatz des SM-Stahlwerks auf der Westfalenhütte durch ein modernes Oxygenstahlwerk war Gegenstand eines Kompromisses zwischen Vorstand und Betriebsrat der Hoesch-Hüttenwerke. Der Betriebsrat hatte dafür seine Zustimmung zum Abbau von 4200 Arbeitsplätzen bei Stillegung der SM-Öfen auf Union gegeben. Seit Februar dieses Jahres schieden bisher 3000 Hoesch-Arbeiter und Angestellte durch ,,Ausnutzung von Personalfluktuationen" und vorzeitiger Pensionierung aus. Die NRW-Landesregierung steuerte zu dem 550 Mio-Projekt einen zinsgünstigen Kredit von 240 Mio DM unter dem Titel Forschungsförderung bei. Sicherung der Rentabilität der Stahlbasis in Dortmund, damit hatte der Hoesch-Vorstand vor einem Jahr den geplanten Bau des Oxygenstahlwerks begründet, damit begründet er jetzt die Absicht, das Stahlwerk nicht zu bauen. Solch schroffes Vorgehen gegenüber der hochorganisierten und erfahrenen Hoesch-Belegschaft, in einer der größten IGM-Ortsverwaltungen Westdeutschlands, in einer Stadt, wo der Grad der Vergesellschaftung von Produktion und Reproduktion durch die beherrschende Stellung der großen Industrie noch einige Grade höher ist als ohnehin, die Arbeitslosenquote mit 6,2 % um einiges höher ist als der NRW-Durchschnitt, solches Vorgehen läßt darauf schließen, daß der Hoesch/ESTEL-Konzern seine Pläne durchsetzen will und durch Kampfmaßnahmen sicherlich nicht überrascht ist. Die IGM vermutet, daß die Stahlherstellung in Dortmund völlig eingestellt werden und die verbleibenden Walzwerke der 3 Hütten konzentriert werden sollen.

Die Breite der Front gegen die Hoesch-Pläne und für den Stahlwerksbau, die die Arbeiterbewegung, die demokratische Bewegung in allen Teilen des Volkes bestimmt und zeitweilig Verbündete bis in die örtliche Bourgeoisie und die Spitzen der Regierungssozialdemokratie hinein umfaßt, spiegelt auch ihre politische Schwächen wieder. Samtlebe: ,,Vor allen Dingen die Wettbewerbsfähigkeit des östlichen Ruhrgebiets gegenüber anderen Bundesländern muß sofort verbessert werden." Seiner Ansicht nach ist dafür besonders geeignet der ,,energische Ausbau der Kernenergie, damit auch die Industrie im Großraum Dortmund kostengünstiger als bisher mit Energie versorgt werden kann." Die VEW will in Hamm ein Kernkraftwerkszentrum bauen, die Stadt Dortmund ist an der VEW beteiligt und der Oberbürgermeister im Aufsichtsrat. Billige Kohleimporte haben interessierte Seiten ins Gespräch gebracht. So offen der auf der Gehaltsliste von Hoesch als Direktor geführte Samtlebe mit Angeboten zur Erhöhung der Profite ist, sowenig zimperlich ist Hoesch-Vorstandsvorsitzender Rohwedder: auch bei Kreditierung der gesamten Investitionssumme würde das Stahlwerk nicht gebaut. Kann der Bau des Stahlwerks durchgesetzt werden, ist hohe Subventionierung wahrscheinlich, aufgebracht durch Staatsschuld, beglichen schließlich durch Steuer- und Gebührenerhöhungen für die Volksmassen. Die Gewerkschaften werden sich verstärkt um die Besteuerung der Einkommen der Kapitalisten kümmern müssen, damit die Staatsschulden von denen gezahlt werden, die daraus ihren Profit und Zins mehren.

Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Dortmunder Kapitalisten hat Samtlebe für den 18.12. eine ,,Dortmunder Konferenz" geplant. Gewinnen die Förderung der Konkurrenzbedingungen des Hoesch-Konzerns gegenüber den anderen Stahlkonzernen, der westdeutschen Stahlkapitalisten gegenüber den ausländischen in dem Kampf für das Hoesch-Stahlwerk die Oberhand, werden es die Hoesch-Arbeiter und die IG Metall gerade in der beginnenden Krise schwer haben, die Arbeiter der Hoesch-Weiterverarbeitungsbetriebe, wo ebenfalls Produktionseinschränkungen geplant sind, die Arbeiter von Krupp und ESTEL, wo nach Hoesch-Planungen der Stahl für die Hoesch-Walzwerke geschmolzen werden könnte, zur Unterstützung zu gewinnen. Am Morgen vor der Kundgebung veröffentlichte die WAZ, daß die Mannesmann Hüttenwerke in Duisburg ihre Belegschaft um 3500 Mann verringern wollen. Die am selben Abend stattfindende Vertrauensleute-Vollkonferenz beschloß im Namen von 80000 Duisburger IGM-Mitgliedern einstimmig die Unterstützung der Hoesch-Arbeiter, forderte den Bau des Stahlwerks und die 35-Stunden-Woche. Offensichtlich wird die Subventionierung der Konkurrenzfähigkeit der jeweils entlassenden Kapitalisten zwar ihre Profite erhöhen, letztlich aber die Konkurrenz um Anteile am westdeutschen und am Weltstahlmarkt nur verschärfen und weitere Vernichtung von Kapital und Überflüssigmachung von lebendiger Arbeit nach sich ziehen. Um Spaltung der Arbeiterbewegung durch die Auswirkung der kapitalistischen Produktionsweise zu widerstehen, ist Selbstverwaltung der Versicherten in der Arbeitslosenversicherung notwendig, um ausreichendes Arbeitslosengeld sicherzustellen für all die, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen.

Die Dortmunder IG Metall propagiert verstärkt die Verstaatlichung des Hoesch-Kapitals. Überreif ist die Verstaatlichung der Produktionsmittel der großen Industrie und die Abschaffung der privaten Aneignung des Mehrwerts durch die Kapitalisten allemal. Daß ,,Gemeineigentum" unter der Herrschaft der Kapitalistenklasse das verwirklichen und die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise außer Kraft setzen würde, ist reformistische Illusion. Bedingung für die Arbeiterklasse ist die Zerschlagung der staatlichen Herrschaft der Kapitalistenklasse, will sie die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion nach ihren Bedürfnissen gestalten. Der Kampf der Hoesch-Arbeiter entspricht diesen Bedürfnissen, wenn auch innerhalb der Schranken des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Das verschafft ihm die breite Unterstützung. Mittel und Wege können geklärt werden.

Standortbedingungen der Stahlindustrie im östlichen Ruhrgebiet

,,Wettbewerbsförderung" – ,,Gemeineigentum" / Klärung der Ziele ist erforderlich

uls. Nach einer Demonstration von 2000 IGM-Vertrauensleuten am 31. Oktober zur Aufsichtsratssitzung der Hoesch-Werke, den Belegschaftsversammlungen der drei Dortmunder Hoesch-Hütten Phoenix, Union und Westfalenhütte am 13., 14. und 15. November, der Sammlung von rund 100000 Unterschriften für die Forderung ,,Stahlwerk bauen – Arbeitsplätze sichern", haben die Hoesch-Betriebsräte und die IG Metall-Ortsverwaltung ganz Dortmund zu einer Kundgebung am Freitag, 28.11. um 14.30 Uhr für den Bau eines Oxygenstahlwerks und den Erhalt der Stahlproduktion in Dortmund aufgerufen. Ebenfalls aufgerufen hatten u.a. Bürgerinitiativen, Kirchenverbände beider Konfessionen, der Dortmunder Stadtrat. Oberbürgermeister Samtlebe im WDR: ,,Ich gehe davon aus, daß ... zu dieser Stunde in Dortmund Arbeitsruhe herrscht." Die Dortmunder Stadtverwaltung legte für die 10000 Beschäftigten den Dienstschluß auf 14 Uhr vor.

Ab etwa 13 Uhr marschierten etwa 18000 Hoesch-Arbeiter und -Angestellte in drei Marschsäulen von den Haupttoren aus zum Kundgebungsort in der Dortmunder Innenstadt. Aus vielen Betrieben und Gewerkschaften Dortmunds und weiterer Städte, aus Schulen und Universitäten nahmen Delegationen an den Demonstrationen und der Kundgebung teil. Nach Angaben der IG Metall nahmen insgesamt 70000 teil, die Dortmunder Polizei will auf 30 - 40 000 Kundgebungsteilnehmer gezählt haben. Nach Reden von Oberbürgermeister Samtlebe, von Betriebsratsvorsitzendem Schrade von der Westfalenhütte, Judith vom IG Metall-Vorstand und NRW-Ministerpräsident Rau, trug der Dortmunder IG Metall-Bevollmächtigte Dietrich den noch etwa 10000 Teilnehmern zum Schluß der Kundgebung eine ,,Dortmunder Resolution" vor, in der ,,eindeutige Erklärungen zur Erhaltung der Stahlbasis und zur Sicherung der Arbeitsplätze in Dortmund" und ,,intensive Fortführung aller zur Stützung und Verbesserung der wirtschaftlichen Situation Dortmunds und seines Umlandes notwendigen Programme und flankierenden Maßnahmen" gefordert wurden. Vor allem Samtlebe hatte, wie schon verstärkt in der letzten Woche, die Förderung der Konkurrenzfähigkeit von Hoesch und den Kapitalisten im östlichen Ruhrgebiet propagiert. Nennenswerter Beifall kam zu keinem Zeitpunkt der Kundgebung auf.

Der vormals geplante Ersatz des SM-Stahlwerks auf der Westfalenhütte durch ein modernes Oxygenstahlwerk war Gegenstand eines Kompromisses zwischen Vorstand und Betriebsrat der Hoesch-Hüttenwerke. Der Betriebsrat hatte dafür seine Zustimmung zum Abbau von 4200 Arbeitsplätzen bei Stillegung der SM-Öfen auf Union gegeben. Seit Februar dieses Jahres schieden bisher 3000 Hoesch-Arbeiter und Angestellte durch ,,Ausnutzung von Personalfluktuationen" und vorzeitiger Pensionierung aus. Die NRW-Landesregierung steuerte zu dem 550 Mio-Projekt einen zinsgünstigen Kredit von 240 Mio DM unter dem Titel Forschungsförderung bei. Sicherung der Rentabilität der Stahlbasis in Dortmund, damit hatte der Hoesch-Vor-

der Kernenergie, damit auch die Industrie im Großraum Dortmund kostengünstiger als bisher mit Energie versorgt werden kann." Die VEW will in Hamm ein Kernkraftwerkszentrum bauen, die Stadt Dortmund ist an der VEW beteiligt und der Oberbürgermeister im Aufsichtsrat. Billige Kohleimporte haben interessierte Seiten ins Gespräch gebracht. So offen der auf der Gehaltsliste von Hoesch als Direktor geführte Samtlebe mit Angeboten zur Erhöhung der Profite ist, sowenig zimperlich ist Hoesch-Vorstandsvorsitzender Rohwedder: auch bei Kreditierung der gesamten Investitionssumme würde das Stahlwerk nicht gebaut. Kann der Bau des Stahlwerks durchgesetzt werden, ist hohe Subventionierung wahrscheinlich, aufgebracht durch Staatsschuld, beglichen schließlich durch Steuer- und Gebührenerhöhungen für die Volksmassen. Die Gewerkschaften werden sich verstärkt um die Besteuerung der Einkommen der Kapitalisten kümmern müssen, damit die Staatsschulden von denen gezahlt werden, die daraus ihren Profit und Zins mehren.

Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Dortmunder Kapitalisten hat Samtlebe für den 18.12. eine

verwaltung der Versicherten in der Arbeitslosenversicherung notwendig, um ausreichendes Arbeitslosengeld sicherzustellen für all die, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen.

Die Dortmunder IG Metall propagiert verstärkt die Verstaatlichung des Hoesch-Kapitals. Überreif ist die Verstaatlichung der Produktionsmittel der großen Industrie und die Abschaffung der privaten Aneignung des Mehrwerts durch die Kapitalisten allemal. Daß ,,Gemeineigentum" unter der Herrschaft der Kapitalistenklasse das verwirklichen und die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise außer Kraft setzen würde, ist reformistische Illusion. Bedingung für die Arbeiterklasse ist die Zerschlagung der staatlichen Herrschaft der Kapitalistenklasse, will sie die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion nach ihren Bedürfnissen gestalten. Der Kampf der Hoesch-Arbeiter entspricht diesen Bedürfnissen, wenn auch innerhalb der Schranken des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Das verschafft ihm die breite Unterstützung. Mittel und Wege können geklärt werden.

Standortbedingungen der Stahlindustrie im östlichen Ruhrgebiet

ths. Ist der Dortmunder Raum auf längere Sicht als wettbewerbsfähiger Standort der Stahlindustrie zu halten, diese Frage werfen die Hoesch-Kapitalisten mit dem Beschluß, das Stahlwerk nicht zu bauen, auf. Diskutiert wird die mögliche Abwanderung der Eisen- und Stahlindustrie aus der Region schon seit über 10 Jahren. Daß sie eine mögliche Werksverlagerung bislang noch nicht in die Tat umgesetzt haben, liegt zum einen daran, daß sie Schwierigkeiten hätten, einen entsprechend qualifizierten Facharbeiterstamm z.B. an der holländischen Küste zu finden und zum anderen daran, daß die Belegschaft es bislang immer wieder verhindert hat, daß die Stahlproduktion aus Dortmund verlegt wird.

Unter dem sich verschärfenden Druck der imperialistischen Konkurrenz in der gegenwärtigen Stahlkrise wiegen die Standortnachteile im östlichen Ruhrgebiet gegenüber den Konkurrenten am Niederrhein und an der Küste noch einmal stärker, so daß die Hoesch-Kapitalisten die Verlagerung der Stahlproduktion nach Ijmuiden / Holland auf jeden Fall durchsetzen wollen.

Seit dem zweiten Weltkrieg haben sich gravierende Veränderungen für die Bedingungen der Stahlindustrie im Ruhrgebiet und besonders im Dortmunder Raum vollzogen. Die Erze werden fast ausschließlich aus Übersee bezogen, insbesondere aus Ländern der Dritten Welt. Der Transport wurde durch riesige Massengutfrachter und Schnellumladeeinrichtungen in den Häfen verbilligt. Der Kokseinsatz ist erheblich verringert worden, heute braucht man etwa gleich viel Kohle wie Erz zur Verhüttung – im Gegensatz zu früheren Verfahren, die einen wesentlich höheren Kokseinsatz verlangten – sodaß günstige Standorte für die Stahlindustrie sich nicht mehr zwangsläufig in der Nähe größerer Kohlevorkommen befinden mußten. Diese Entwicklungen im Transportwesen als auch in den Produktionsverfahren selbst brachten für die Stahlkapitalisten eine hohe Standortgunst für die Küste; der Klöckner-Konzern errichtete in Bremen eine Hütte bei gleichzeitiger Stillegung der Stahlproduktion in Hagen-Haspe, der ESTEL-Konzern errichtete in Ijmuiden ein modernes Stahlwerk.

Die Stahlkonzerne des mittleren Ruhrgebietes verlagerten ihre Hochofenwerke an den Niederrhein, Krupp nach Rheinhausen, Thyssen baute das Werk Niederrhein in Duisburg. Für sie fielen die Umladekosten vom Wasser auf den Schienenweg fort, die Binnenschiffe konnten direkt in die Hochofenbunker löschen, ohne daß Zwischenlager benötigt wurden.

Während der Rhein als Transportweg kostenfrei ist, werden für die Benutzung des Kanalnetzes Gebühren erhoben. Kettler, bis 1979 Vorstandsvorsitzender der Hoesch-Hüttenwerke AG führte dazu aus, daß mehr als ein Viertel der ,,Standortnachteile" für die Dortmunder Werke sich aus den Kanalabgaben ableiten würden. Der Dortmund-Ems-Kanal war zwar bis 1963 vertieft und ausgebaut worden für die Durchfahrt von Europaschiffen (1350 t), doch für die neu entwickelte Schubschiffahrt war er nicht geeignet. Während sich durch Schubschiffe für die Niederrheinhütten die Fahrtdauer von Rotterdam aus von 2½ auf gut einen Tag verkürzte – heute werden sie zu 80 % durch Schubschiffe versorgt – konnte sich diese Revolution der Transportmittel nicht für das östliche Ruhrgebiet auswirken. Der Dortmund-Ems-Kanal konnte wegen enger Kurven nicht die Schubschiffverbände mit mehreren Leichtern aufnehmen, der Wesel-Datteln-Kanal soll erst 1985 dafür ausgebaut sein. Das größte Hindernis stellt das Schiffshebewerk Henrichenburg an der Abzweigung des Wesel-Datteln-Kanals nach Westen dar, die Schubverbände müssen entkoppelt und einzeln durchgeschleust werden. Die Dortmunder Hüttenwerke nehmen nur noch ca. 25 % des Transportvolumens des Dortmunder Hafens in Anspruch. Über die Erweiterung von Henrichenburg ist noch keine Entscheidung gefallen, der Bundesverkehrsminister hat 1979 erst Planungsmittel bewilligt. In ihrem Ärger über diese Behandlung einer der Grundfragen ihrer Existenz durch die Bundes- und Landesregierung finden sie die ausdrückliche Unterstützung der CDU-Fraktion im Landtag.

Lange Zeit war das Kohlevorkommen, die Hoesch-eigenen Zechen, ausschlaggebend für die Standorte der Eisen- und Stahlindustrie. Der Kohleeinsatz war damals noch wesentlich höher als der Erzeinsatz. Die Forderung der Dortmunder Hüttenindustrie und der Ausgleich der Standortnachteile über Bau eines Wasserstraßennetzes trafen sich mit den Interessen der gesamten Kapitalistenklasse, mit einem deutschen Nordseehafen in Emden unabhängig von den niederländischen Rheinhäfen zu werden. 1899 waren der Dortmund-Ems-Kanal und der Dortmunder Hafen fertiggestellt. 1931 wurde über den Anschluß an den Wesel-Datteln-Kanal auch ein Erzbezug auf Schiffen ohne Umladen über die Rheinmündung möglich.

Die Hoesch-Kapitalisten betonen immer wieder, daß ihre Weiterverarbeitungsanlagen, die Walz- und Schmiedewerke, Gießereien und Maschinenfabriken sehr modern und profitabel sind. Sie sollen erhalten bleiben. Woher das Rohmaterial kommen soll, aus dem ESTEL-Hochofenwerk Ijmuiden oder durch Kooperation mit Krupp, das hält sich der Vorstand noch offen.



Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet in Prozent der Erwerbstätigen
Stand: Juli 1980

Die Arbeitslosigkeit betrug im Ruhrgebiet 5,8 %, in NRW 4,7 % und in der BRD 3,7 %. In Dortmund liegt sie noch über dem Durchschnitt des Ruhrgebietes. Laut Auskunft des Arbeitsamtes würde nach den Plänen der Hoesch-Kapitalisten jeder 10. Beschäftigte in Dortmund arbeitslos. Zur Zeit sind bereits 3000 Hoescharbeiter arbeitslos gemeldet.

Hohe Prozentforderung oder Mindestbetrag?

Beratungen in der IGM Tarifbewegung / Erste Beschlüsse

ped. In der Großen Tarifkommission Baden-Württemberg der IG Metall fand am 20.11. eine Beratung statt, die auf allen Ebenen der Gewerkschaften aufgeworfen ist. Vertreter aus Reutlingen, Heidenheim und Bruchsal (vor allem Elektroindustrie) sprachen sich für Mindestbeträge für die unteren Lohngruppen aus. Vertreter aus Stuttgart und Mannheim sprachen sich für diese Tarifbewegung dagegen aus. Sie meinten, ,,die Anhebung der unteren Lohngruppen nicht verwirklichen zu können, weil wir wahrscheinlich unsere ganze Kampfkraft brauchen, um das 3%-Diktat der Unternehmer zu brechen''. Bezirksleiter Steinkühler schlug daraufhin einen Kompromiß vor, ,,daß es von der Höhe des Abschlusses abhängig gemacht wird, ob wir auf einen Mindestbetrag während der Verhandlungen zustreben. Wenn durch die Höhe eines Prozentabschlusses die unteren Lohngruppen genügend berücksichtigt sind, hätten wir das von allen angestrebte Ziel auch erreicht.'' Ein hoher Prozentabschluß ist besser als ein niedriger mit einem niedrigen Mindestbetrag, für die höheren Lohngruppen sowieso, aber auch für die unteren – das ist genau die Methode, die die Metallkapitalisten in den Verhandlungen anwenden, um die Metaller auseinanderzudividieren. Weil für die unteren Lohngruppen die Inflation überproportional wirkt, ist jeder für die oberen ausreichende Prozentabschluß für sie aktuell bereits zu niedrig. Aber noch mehr: Während es in der Metallindustrie von 1965 auf 1979 gelang, die untersten *Tarif*löhne von 70,2% der Facharbeiterlöhne auf 82,1% im Durchschnitt anzuheben, ist im gleichen Zeitraum der *Effektiv*lohn für ungelernte Arbeit (Leistungsgruppe 3) von 85,46% auf 85,05% des effektiven Durchschnittsverdienstes allein bei den männlichen Industriearbeitern gesunken. In der Krise 1967 vergrößerte sich der Abstand auf 84,76%, um 1970 in der Hochkonjunktur sich auf 86,13% zu verkleinern, mit der Krise 1975 erneut auf 84,80% zu steigen und seitdem durch die anhaltende Arbeitslosigkeit, anders als 1970, kaum noch wieder aufzuschließen. Bereits Ende Oktober forderte das ,,Handelsblatt'' zu den Koalitionsverhandlungen Kürzungen der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, um gezielt das Angebot auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen und ,,eine stärker differenzierte Tarifpolitik'' zu erzwingen, ,,die der Überteuerung weniger qualifizierter Arbeit ein Ende macht'' (30.10.80). – Jede Kette ist so stark wie ihr schwächstes Glied, das gilt auch für die Metallbelegschaften. Wachsende Arbeitslosigkeit wird auf die untersten Löhne drücken, um hierüber das ganze Lohngefüge aufzurollen. Wenn also gesagt wird, wir brauchen unsere ganze Kampfkraft, dann wird deren Mobilisierung nur gelingen und nützen, wenn in einer hohen Forderung *mit* einem Mindestbetrag die Unterschiede innerhalb der Belegschaften berücksichtigt sind.

Beschlüsse und Beratungen.

MBB Hamburg (Luftfahrt): 8,5%, mindestens 140 DM, 120 DM für alle Auszubildenden. *Siemens ZN Hamburg* (Elektro): 8%, mindestens 200 DM, 100 DM für alle Auszubildenden. *Valvo RHW Hamburg* (Elektro): 120 DM plus 5%, Erhöhung des Weihnachtsgeldes auf 100%, Streichung der Lohn- und Gehaltsgruppen II, K/T 1, K/T 2. Für alle Lehrjahre den Geldbetrag der Lohngruppe V. *AEG N4 Hamburg* (Elektro): 150 DM plus 4%, Erhöhung der Ausbildungsvergütung auf 50% des Ecklohnes, mindestens aber um 150 DM. *Still Hamburg* (Nutzfahrzeuge): 235 DM für alle. *Bremer Vulkan* (Schiffbau): 1 DM mehr die Stunde für alle Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden (173 DM monatlich). *Klöckner Hütte Bremen* (Stahl): 10%, mindestens 170 DM. *Opel Bochum* (Automobil): 8%, mindestens 130 DM. *Rheinland-Pfalz, Große Tarifkommission* 11.11.80: Aus Metallnachrichten: ,,. . . war sich einig: trotz erschwerter Bedingungen sollen auch in der nächsten Tarifbewegung Frauen, Arbeiter und Angestellte in den unteren Einkommensgruppen Berücksichtigung finden . . . Die Diskussion um die Anhebung der unteren Lohngruppen sollte zum Mittelpunkt der Beratungen der Forderungen gehören.'' *Baden-Württemberg, Große Tarifkommission*, 20.11.80: Aus der einstimmig verabschiedeten Entschließung: ,,Die Beschäftigten der Metallindustrie und des Metallhandwerks fordern auch im Jahre 1981 zur Erhaltung ihres Lebensstandards den Ausgleich der voraussehbaren Preissteigerungen und ihren Anteil an dem durch ihre gesteigerte Leistung entstandenen Arbeitsergebnis.'' *Hamburg, Tarifkommission*, 27.11.80: Alle Diskussionsredner sprachen sich für eine überproportionale Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen aus. Es wurde kein Beschluß gefaßt. *Unterweser Bremen, Tarifkommission*, 28.11.80: Zur Tarifforderung äußerte der Bezirksleiter des Nordverbundes v. Steeg, mehr als 10% seien nicht drin, er persönlich sei für 8 bis 9%. Aus Bremerhaven wurde eine 10%-Forderung vorgeschlagen, vom Vulkan die Forderung nach 1 DM mehr die Stunde für alle, ein anderer Bremer Vertreter trat für eine Mindestbetragsforderung ein. Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

Beginnende Lohnbewegung in Schweden

Lohnforderung von LO / Interview mit dem Vorsitzenden einer Metallbetriebsgruppe

coi. Stockholm. Sämtliche Gewerkschaften in Schweden haben ihre Tarifverträge fristgerecht zum 31.12. gekündigt. Der schwedischen Bourgeoisie eröffnet sich damit erneut die Aussicht, ähnlich wie im vergangenen Mai der konzentrierten Lohnbewegung der gesamten schwedischen Arbeiterklasse gegenüberzustehen.

Mitte November hat der Gewerkschaftsrat von LO die Lohnforderung für die 1 Million Arbeiter in der Industrie und im privaten Gewerbe beschlossen. Die zentrale Forderung ist eine Lohnerhöhung, die 8,5% von der Differenz eines Stundenlohns zu 66 SKr. entspricht (1 SKr. = 0,44 DM). Z.B. für Arbeiter mit einem Stundenlohn von 30 SKr. würde dies eine Erhöhung von 8,5% bezogen auf 36 SKr. (den Differenzbetrag), also gut 3 SKr. bzw. 10% bedeuten. Die zusätzlichen Forderungen sind: eine Produktionsabgabe, die 0,5% der Lohnsumme entspricht, und ein ,,Gewerkschaftstopf'' von 50 Öre pro Stunde, was etwa 1,5% eines Durchschnittslohns entspricht, worüber die Einzelgewerkschaften frei verfügen sollen. Noch nicht präzisiert hat LO seine Forderungen nach einem Mindestlohn, nach einem Inflationsschutz, der eine zusätzliche Lohnerhöhung sichern soll, wenn die Inflation eine festzulegende Marke überschreitet, sowie nach einer Qualifikationszulage, die ,,das Effektivlohnniveau nicht beeinflussen soll'', um nach erklärter Absicht die tariflich garantierte Anpassung der Löhne und Gehälter vor allem im öffentlichen Dienst an die Effektivlohndrift der Industriearbeiter zu unterhöhlen. – Die vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben ebenfalls ihre Forderung jetzt aufgestellt und fordern im Kern 425 Skr. mehr für alle.

Einen Tag nach dem LO-Beschluß hatten wir Gelegenheit, Mats Alvemark, Vorsitzender der Betriebsgruppe der Metallarbeitergewerkschaft (vergleichbar einem Betriebsratsvorsitzenden in Westdeutschland) bei BAHCO-Ventilation in Enköping westlich von Stockholm zur bevorstehenden Lohnrunde zu interviewen. Dort stellen etwa 1000 Arbeiter, zu 100% bei Metall organisiert, große Lüftungsanlagen her. Der Betrieb ist ein Zweigwerk des BAHCO Werkzeugkonzerns, der mit ca. 4500 Beschäftigten zu den größeren schwedischen Konzernen gehört.

KVZ: Was hältst du von der LO-Forderung?
A.: Wir haben uns hier erst ein wenig beim Mittagessen darüber unterhalten können. Wir finden, die Forderung ist zu niedrig. Sie beträgt etwa 10%, aber wenn LO selbst mit einer Inflation von 12% für 1981 rechnet, dann haben wir ja bereits bei der Ausgangsforderung 2% verloren. Voriges Jahr ist LO mit einer Ausgangsforderung von 11,3% angetreten, und es wurden schließlich 6,8%. Wenn man also entsprechend herunterrechnet, so würden das etwa 5% werden, und das halten wir für viel zu niedrig. Wir sind auch nicht mit 10% zufrieden.

KVZ: Was hältst du denn von der neuartigen Struktur der Forderung?
A.: Ich finde die starke Gewichtung der unteren Löhne sehr gut. Bei uns ist der niedrigste Lohn 25,70 Skr. und der höchste 45 Skr. pro Stunde. 45 Skr. bekommen die Lizenzschweißer. Das sind allerdings hochqualifizierte Facharbeiter. In der Preßabteilung z.B. haben wir bei reinem Akkordlohn einen Lohnunterschied von 25,70 bis 39 Skr. So eine Anhebung der unteren Löhne würde den Zusammenhalt unter den Kollegen erhöhen. Die Linie der Betriebsleitung ist, denen mehr zu geben, die schon mehr verdienen, um Sonderleistungen zu prämieren. Damit zusammen hängt diese Zulage, die das Effektivlohnniveau nicht beeinflussen soll. Im Tarif 1980 sollte so eine Zulage von 30 Öre pro Stunde unter denjenigen verteilt werden, die bestimmte Leistungskriterien erfüllt haben wie Mindestanstellungszeit, große Tüchtigkeit, Geschicklichkeit, u.ä. In den lokalen Verhandlungen haben wir aber versucht, die 30 Öre für alle durchzusetzen. Wir bestanden darauf, daß alle Kollegen eines der Kriterien erfüllen. Sie haben aber abgelehnt. Zum Schluß kam gar nichts dabei heraus. Dann ist aber die Geschäftsleitung daran gegangen, diese Zuschläge von sich aus zu verteilen. Dagegen traten wir natürlich nicht auf. Wir haben denen aber ins Tarifprotokoll geschrieben, daß für alle diese Zuschläge die Betriebsleitung allein verantwortlich ist, und wir haben alle Kollegen mit Beschwerden heraufgeschickt. Ich sehe diese Sorte Zuschläge als ein Spaltungsmittel. Entweder 30 Öre für alle oder nichts.

KVZ: Was ist mit diesem ,,Gewerkschaftstopf''?
A.: Metalls Linie ist, daß man den anwenden soll zur Verkürzung der Arbeitszeit der Zweischichtler auf 38 Stunden. In der vorigen Lohnrunde hat Metall versucht, dies durchzusetzen, doch die Metallkapitalisten weigerten sich, und so wurde ein allgemeiner Lohnzuschlag von 15 Öre für alle daraus. Aber wir halten weiter daran fest.

KVZ: Habt ihr Schichtarbeit hier?
A.: Nein, überhaupt nicht. Trotzdem halten wir die Forderung für richtig. Denn es ist ein verdammtes Elend, Schicht arbeiten zu müssen. Wir glauben, daß das Geld so am besten angewendet wird, es bringt eine bedeutende Verbesserung für die relativ wenigen Schichtarbeiter, während es nur eine geringe Lohnerhöhung auf alle verteilt bedeuten würde.

KVZ: Voriges Jahr wollte der Kapitalistenverband keinen Öre herausrücken. Wird er dieses Jahr mehr anbieten?
A.: Ich glaube, die werden sagen, wir zahlen nichts, weil wir vor einer Krise 1981 stehen. Die Lage ist schlechter, es gibt überhaupt keinen Spielraum für Erhöhungen.

KVZ: Kommt es also wieder zum Streik?
A.: Das wäre wohl möglich. Gleichzeitig glaube ich, daß die LO-Leitung was anderes will. Ich glaube, die schließen diesmal hinter unserem Rücken ab. Das wird ziemlich schnell gehen.

KVZ: Aber das habt ihr voriges Jahr auch geglaubt.
A.: Wir haben die vorige Lohnrunde noch nicht abschließend diskutiert, da wir erst vor zwei Monaten den lokalen Tarifvertrag abgeschlossen haben. Aber ich glaube, daß voriges Mal der Druck von unten stärker war als jetzt. Wie ich es sehe, war LO damals zu Kampfmaßnahmen gezwungen. Es gab keinen anderen Weg. Sie wollten der Arbeiterklasse zeigen, daß sie tatsächlich den Kampf organisieren können. Das haben sie nun bewiesen, somit glaube ich nicht, daß sie das wieder machen. Denn der Konflikt hat gleichzeitig gezeigt, daß es für LO ganz schön gefährlich ist, in den Kampf zu gehen. Die Leute wurden ziemlich radikal. Das war ein gewaltiger Druck hier. Viele waren äußerst empört, als sie wieder zur Arbeit gehen mußten, ich meine, weil sie mit dem Resultat nicht zufrieden waren. Wenn wir schon streiken, so kann man gleich weiterstreiken, um ein richtig gutes Ergebnis zu erzielen. Es war schon eine verdammt starke Stimmung hier, der ganze Stolz der Arbeiterklasse, daß wir dieses Land dichtmachen konnten.

Gewöhnlich geht die Tarifrunde damit los, daß wir überlegen, welche Forderung wir aufstellen sollen. Dann haben wir eine Vollversammlung, wo Beschlüsse gefaßt werden und 5 Vertreter gewählt werden, die an den Informationskonferenzen von LO teilnehmen. Dann faßt die Zentrale das Meinungsbild zusammen und legt der Tarifkommission einen Beschlußvorschlag vor. Die beschließen dann; so war es jedenfalls voriges Mal. Aber diesmal hat es keine Informationskonferenzen gegeben, nichts. LO hat den Beschluß gefaßt, ohne daß eine vorhergehende Beratung in der Mitgliedschaft stattgefunden hat. Das macht mich diesmal so mißtrauisch gegenüber LO.

teren Lohngruppen die Inflation überproportional wirkt, ist jeder für die oberen ausreichende Prozentabschluß für sie aktuell bereits zu niedrig. Aber noch mehr: Während es in der Metallindustrie von 1965 auf 1979 gelang, die untersten *Tarif*löhne von 70,2% der Facharbeiterlöhne auf 82,1% im Durchschnitt anzuheben, ist im gleichen Zeitraum der *Effektiv*lohn für ungelernte Arbeit (Leistungsgruppe 3) von 85,46% auf 85,05% des effektiven Durchschnittsverdienstes allein bei den männlichen Industriearbeitern gesunken. In der Krise 1967 vergrößerte sich der Abstand auf 84,76%, um 1970 in der Hochkonjunktur sich auf 86,13% zu verkleinern, mit der Krise 1975 erneut auf 84,80% zu steigen und seitdem durch die anhaltende Arbeitslosigkeit, anders als 1970, kaum noch wieder aufzuschließen. Bereits Ende Oktober forderte das ,,Handelsblatt'' zu den Koalitionsverhandlungen Kürzungen der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, um gezielt das Angebot auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen und ,,eine stärker differenzierte Tarifpolitik'' zu erzwingen, ,,die der Überteuerung weniger qualifizierter Arbeit ein Ende macht'' (30.10.80). – Jede Kette ist so stark wie ihr schwächstes Glied, das gilt auch für die Metallbelegschaften. Wachsende Arbeitslosigkeit wird auf die untersten Löhne drücken, um hierüber das ganze Lohngefüge aufzurollen. Wenn also gesagt wird, wir

Große Tarifkommission 11.11.80: Aus Metallnachrichten: ,,. . . war sich einig: trotz erschwerter Bedingungen sollen auch in der nächsten Tarifbewegung Frauen, Arbeiter und Angestellte in den unteren Einkommensgruppen Berücksichtigung finden . . . Die Diskussion um die Anhebung der unteren Lohngruppen sollte zum Mittelpunkt der Beratungen der Forderungen gehören.'' *Baden-Württemberg, Große Tarifkommission*, 20.11.80: Aus der einstimmig verabschiedeten Entschließung: ,,Die Beschäftigten der Metallindustrie und des Metallhandwerks fordern auch im Jahre 1981 zur Erhaltung ihres Lebensstandards den Ausgleich der voraussehbaren Preissteigerungen und ihren Anteil an dem durch ihre gesteigerte Leistung entstandenen Arbeitsergebnis.'' *Hamburg, Tarifkommission*, 27.11.80: Alle Diskussionsredner sprachen sich für eine überproportionale Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen aus. Es wurde kein Beschluß gefaßt. *Unterweser Bremen, Tarifkommission*, 28.11.80: Zur Tarifforderung äußerte der Bezirksleiter des Nordverbundes v. Steeg, mehr als 10% seien nicht drin, er persönlich sei für 8 bis 9%. Aus Bremerhaven wurde eine 10%-Forderung vorgeschlagen, vom Vulkan die Forderung nach 1 DM mehr die Stunde für alle, ein anderer Bremer Vertreter trat für eine Mindestbetragsforderung ein. Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

tet, sowie nach einer Qualifikationszulage, die ,,das Effektivlohnniveau nicht beeinflussen soll'', um nach erklärter Absicht die tariflich garantierte Anpassung der Löhne und Gehälter vor allem im öffentlichen Dienst an die Effektivlohndrift der Industriearbeiter zu unterhöhlen. – Die vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben ebenfalls ihre Forderung jetzt aufgestellt und fordern im Kern 425 Skr. mehr für alle.

Einen Tag nach dem LO-Beschluß hatten wir Gelegenheit, Mats Alvemark, Vorsitzender der Betriebsgruppe der Metallarbeitergewerkschaft (vergleichbar einem Betriebsratsvorsitzenden in Westdeutschland) bei BAHCO-Ventilation in Enköping westlich von Stockholm zur bevorstehenden Lohnrunde zu interviewen. Dort stellen etwa 1000 Arbeiter, zu 100% bei Metall organisiert, große Lüftungsanlagen her. Der Betrieb ist ein Zweigwerk des BAHCO Werkzeugkonzerns, der mit ca. 4500 Beschäftigten zu den größeren schwedischen Konzernen gehört.

KVZ: Was hältst du von der LO-Forderung?
A.: Wir haben uns hier erst ein wenig beim Mittagessen darüber unterhalten können. Wir finden, die Forderung ist zu niedrig. Sie beträgt etwa 10%, aber wenn LO selbst mit einer Inflation von

destanstellungszeit, große Tüchtigkeit, Geschicklichkeit, u.ä. In den lokalen Verhandlungen haben wir aber versucht, die 30 Öre für alle durchzusetzen. Wir bestanden darauf, daß alle Kollegen eines der Kriterien erfüllen. Sie haben aber abgelehnt. Zum Schluß kam gar nichts dabei heraus. Dann ist aber die Geschäftsleitung daran gegangen, diese Zuschläge von sich aus zu verteilen. Dagegen traten wir natürlich nicht auf. Wir haben denen aber ins Tarifprotokoll geschrieben, daß für alle diese Zuschläge die Betriebsleitung allein verantwortlich ist, und wir haben alle Kollegen mit Beschwerden heraufgeschickt. Ich sehe diese Sorte Zuschläge als ein Spaltungsmittel. Entweder 30 Öre für alle oder nichts.

KVZ: Was ist mit diesem ,,Gewerkschaftstopf''?
A.: Metalls Linie ist, daß man den anwenden soll zur Verkürzung der Arbeitszeit der Zweischichtler auf 38 Stunden. In der vorigen Lohnrunde hat Metall versucht, dies durchzusetzen, doch die Metallkapitalisten weigerten sich, und so wurde ein allgemeiner Lohnzuschlag von 15 Öre für alle daraus. Aber wir halten weiter daran fest.

KVZ: Habt ihr Schichtarbeit hier?
A.: Nein, überhaupt nicht. Trotzdem halten wir die Forderung für richtig. Denn es ist ein verdammtes Elend, Schicht arbeiten zu müssen. Wir glau-

lich den Kampf organisieren können. Das haben sie nun bewiesen, somit glaube ich nicht, daß sie das wieder machen. Denn der Konflikt hat gleichzeitig gezeigt, daß es für LO ganz schön gefährlich ist, in den Kampf zu gehen. Die Leute wurden ziemlich radikal. Das war ein gewaltiger Druck hier. Viele waren äußerst empört, als sie wieder zur Arbeit gehen mußten, ich meine, weil sie mit dem Resultat nicht zufrieden waren. Wenn wir schon streiken, so kann man gleich weiterstreiken, um ein richtig gutes Ergebnis zu erzielen. Es war schon eine verdammt starke Stimmung hier, der ganze Stolz der Arbeiterklasse, daß wir dieses Land dichtmachen konnten.

Gewöhnlich geht die Tarifrunde damit los, daß wir überlegen, welche Forderung wir aufstellen sollen. Dann haben wir eine Vollversammlung, wo Beschlüsse gefaßt werden und 5 Vertreter gewählt werden, die an den Informationskonferenzen von LO teilnehmen. Dann faßt die Zentrale das Meinungsbild zusammen und legt der Tarifkommission einen Beschlußvorschlag vor. Die beschließen dann; so war es jedenfalls voriges Mal. Aber diesmal hat es keine Informationskonferenzen gegeben, nichts. LO hat den Beschluß gefaßt, ohne daß eine vorhergehende Beratung in der Mitgliedschaft stattgefunden hat. Das macht mich diesmal so mißtrauisch gegenüber LO.

Finnische Journalisten streiken für Lohn und Zuschläge

coi.Stockholm. Seit dem 13.11. ist die gesamte finnische Presse durch den Streik der 3500 Zeitungsjournalisten lahmgelegt. 30 Journalisten in Begleitung von Staatspräsident Kekkonen reisten demonstrativ aus Moskau ab. – Sie fordern eine Lohnerhöhung von 12 – 15%, eine Erhöhung der Schicht- und Feiertagszuschläge sowie die Anerkennung des Samstags als Feiertag, und gleichen Urlaub für alle Journalisten, sowie eine zusätzliche Winterurlaubswoche. Ein Journalist mit 6jähriger Berufserfahrung verdient 4340 Fmk. (2200 DM) und hat mit 4 Wochen einen um 3 Wochen kürzeren Jahresurlaub als jemand, der schon 10 Jahre im Beruf ist. Die Druckarbeitergewerkschaft unterstützt die Journalisten und hat Streikbruchversuche der Kapitalisten verhindert.

Streikabbruch im französischen Kohlebergbau

gih. Der Streik im lothringischen Kohlebergbau, der am 5.11. begonnen hatte, ist am Mittwoch, den 19.11. ergebnislos zu Ende gegangen. Der Streikausschuß der vier Gewerkschaften hat beschlossen, die Aktion abzubrechen und am Donnerstag die Arbeit wieder aufzunehmen. Vom erfolgreichen Streik der marokkanischen Bergarbeiter ermutigt, hatten die Gewerkschaften versucht, durch eine Neuklassierung der Berufskategorien sowie durch die Indexierung der Prämien höhere Löhne durchzusetzen. Die Kapitalisten der lothringischen Kohlegruben hatten selbst eine Diskussion der Forderung abgelehnt. Bereits nach wenigen Tagen reduzierte sich die Beteiligungsquote der Streikenden. Als es der CGT nicht gelang, den Streik auf die Gruben von Nord-Pas-de-Calais auszudehnen, mußte der Streik endgültig als gescheitert erklärt werden.

Streiks bei BMW Südafrika

gih. In dem Montagewerk der südafrikanischen BMW-Tochter in Pretoria ist es in der vergangenen Woche zu spontanen Streiks der überwiegenden Mehrheit der schwarzen und weißen Arbeiter gekommen. Die Streiks hängen mit den Lohnverhandlungen zusammen, die seit etwa sechs Wochen zwischen den Kapitalisten und dem Betriebsrat geführt werden. – Insgesamt arbeiten in dem BMW-Montagewerk 1600 Arbeiter und Angestellte, 1200 sind Schwarze. Die Mindestlöhne liegen z.Zt. bei 1,25 Rd. je Stunde für einen ungelernten Arbeiter. (1 Rand = ca. 2,50 DM) Die Kapitalisten wollen diesen Mindestlohn nur auf 1,50 Rand erhöhen. Ein Meister verdient ca. 730 Rand im Monat. Die derzeitige Tagesproduktion liegt bei 45 bis 50 Autos und soll nach Vorstellungen der BMW-Kapitalisten auf 100 Einheiten erhöht und bereits die Infrastruktur für 150 Stück bereitgestellt werden. Damit wird eine Jahresproduktion von etwa 36000 Autos angestrebt. Mit voraussichtlich 11600 produzierten Einheiten und einem Umsatz von etwa 310 Millionen DM 1980 ist BMW derzeit mit etwa 4 Prozent am südafrikanischen Automobilmarkt beteiligt. Weitere Montagewerke von BMW befinden sich in Indonesien, Malaysia, Portugal, Thailand und Uruguay.

Erneuter Streik gegen Massenentlassungen bei Duofrost

utg. Wiesbaden. 1200 Arbeiter von Duofrost (AEG) streikten Montag und Dienstag letzter Woche. Der spontane Streik richtete sich gegen die Rationalisierungspläne, wonach von den 1500 Beschäftigten bis 1982 650 entlassen werden sollen. Die Geschäftsleitung hat daraufhin zugesichert, daß der Personalabbau bis Ende 1981 nicht durch Massenentlassungen, sondern über Auflösungsverträge und Personalfluktuation durchgeführt wird. Gleichzeitig wurde das neue, eingeschränkte Fertigungsprogramm bekanntgegeben: Die Kühlschrank-Produktion wird nach Kassel verlagert. In Wiesbaden werden lediglich Gefriergeräte gefertigt. Von der Auslagerung versprechen sich die Kapitalisten erhebliche Profitsteigerung durch Förderprogramme für Zonenrandgebiete. Nach Angaben der IG Metall wird die Belegschaft, sollten dennoch Massenentlassungen durchgeführt werden, weitere Kampfmaßnahmen ergreifen. Ein Konzept für die Erhaltung sämtlicher Arbeitsplätze durch Betriebsrat und IG Metall hat AEG abgelehnt.

Deutsche und ausländische Wohnbevölkerung sowie Erwerbspersonen 1979 nach Altersgruppen
Ergebnis des Mikrozensus

Quelle: Wirtschaft und Statistik 10/80

Der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung betrug 1979 in Westdeutschland 7,8%, während ihr Anteil an den Erwerbspersonen bei 8,6% lag. Die Erwerbsquote bei den Deutschen lag bei 57,2%, die bei den Ausländern bei 64,3%. Am deutlichsten zeigen sich Unterschiede in der Altersgruppe der 30- bis 35jährigen. Während der Anteil der 30- bis 35jährigen Deutschen an der Wohnbevölkerung 6,7% betrug, lag der Anteil an den Erwerbspersonen bei 9,6%. Für die gleiche Altersgruppe betrugen diese Anteile bei den Ausländern 18,1 bzw. 19,5%. Die Altersgruppen der über 65jährigen spielen bei den Ausländern eine untergeordnete Rolle. Hier zeigt sich das Interesse der Kapitalisten an der ausländischen Arbeitskraft. Einmal haben sie keine Kosten für die Aufzucht und Ausbildung zu tragen, aber auch die Kosten für das Alter fallen im Wesentlichen weg. Andererseits zeigen diese Zahlen ihre Wunschvorstellungen über die Zusammensetzung des Arbeiterkörpers.

Warnstreiks in der Schuhindustrie gegen Null-Angebot

saa. Bereits am ersten Verhandlungstag sind am 21.10. die Lohntarifverhandlungen für die 55000 Beschäftigten der Schuhindustrie gescheitert: Die Kapitalisten boten Null bzw. Lohnpause. Die Forderung der Gewerkschaft Leder beträgt 80 Pfennig mehr pro Stunde und 10,5% für die Angestellten. Vergangenen Dienstag sind daraufhin in mehreren Schuhbetrieben Baden-Württembergs, Bayerns und NRWs (u.a. bei Salamander und Elefantenschuh) von ca. 5000 Arbeitern kurze Warnstreiks durchgeführt worden. Am Mittwoch und Donnerstag folgten 700 Arbeiter aus den Salamander-Betrieben in und um Pirmasens, insgesamt im Raum Pirmasens 1500 bis 2000. In anderen Pirmasenser Schuhbetrieben ,,kam es zu Diskussionen, die den Produktionsablauf behinderten''. Der Schuhverband argumentiert: Zusammen mit den Manteltarifforderungen nach 6 Wochen Urlaub, 13tem Monatsgehalt, Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen auf 52 DM, keine Arbeit am 24. und 31.12., wäre eine Erhöhung von 21-22% gefordert – das sei ,,absurd''. Am 2.12. ist die Schlichtung.



Am letzten Montag, 24. November, hat die Geschäftsleitung der Times-Druckerei begonnen, die Kündigungsschreiben für die 4200 Arbeiter und Angestellten auszustellen. Wenn bis zum Frühjahr kein Käufer gefunden ist, soll das Erscheinen der Times, der Sunday Times und von drei Beilagenblättern eingestellt werden. *Bild:* Der Chefredakteur der Times, William Rees-Mogg, gibt vor Mitgliedern der Redaktion und Gewerkschaftsmitgliedern die Einstellung der Zeitungen bekannt.

Ergebnis des Streiks bei der Post, Angebot an die ÖTV

Zahlreiche Bedingungen, um Freischichten zu kriegen / Geltungsbereich bei ÖTV noch unklar

vol. Der Abschluß (für die Post) im Wortlaut: 1.1 Arbeitnehmer, die in *wechselnden Dienstschichten von erheblich unterschiedlicher Lage regelmäßig in einer Schichtfolge* eingesetzt sind, erhalten: 4 Freischichten bei 450, 3 bei 330, 2 bei 220, eine bei 110 Nachtarbeitsstunden. Nachtarbeitsstunden sind Arbeitsstunden, die in der Zeit von 20 bis 6 Uhr geleistet werden. 1.2 Beschäftigte mit der höheren Anzahl von Nachtarbeitsstunden erhalten bis zu vier Freischichten, auch wenn sie nicht in wechselnden Schichten arbeiten. Dienstschichten im reinen Nachtdienst müssen *immer zur gleichen Zeit beginnen und enden und voll die Zeit von 0 bis 4 Uhr umfassen*. 4 Freischichten für 600, 3 für 450, 2 für 300, 1 für 150 Nachtarbeitsstunden. 1.3 Ab 1. Januar erhöht sich für Arbeitnehmer, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, die jeweilige Zahl der Freischichten nach Ziffer 1.1 und 1.2 um eine Freischicht. Ab 1.1.83 ab dem 50. Lebensjahr. Mindestlaufzeit bis zum 31.12.1984. Hinsichtlich der Freischichten und des Freizeitausgleichs wird zwischen Vollbeschäftigten und Teilbeschäftigten *kein* Unterschied gemacht. Keine Maßregelungen einschließlich der Beamten. Im Dezember werden Gespräche über weitere Regelungen geführt: Absicherung bestehender Pausenregelungen, Erhöhung des prozentualen Anteils bestehender Erholzeiten, Ausdehnung der Ruhezeiten zwischen zwei Dienstschichten, Anrechnung auf Arbeitszeit, soweit diese Ruhezeit nicht eingehalten werden kann aus betrieblichen Gründen, ergo-

mäßig in einer Schichtfolge eingesetzt sind, erhalten: 4 Freischichten bei 450, 3 bei 330, 2 bei 220, eine bei 110 Nachtarbeitsstunden. Nachtarbeitsstunden sind Arbeitsstunden, die in der Zeit von 20 bis 6 Uhr geleistet werden. 1.2 Beschäftigte mit der höheren Anzahl von Nachtarbeitsstunden erhalten bis zu vier Freischichten, auch wenn sie nicht in wechselnden Schichten arbeiten. Dienstschichten im reinen Nachtdienst müssen *immer zur gleichen Zeit beginnen und enden und voll die Zeit von 0 bis 4 Uhr umfassen*. 4 Freischichten für 600, 3 für 450, 2 für 300, 1 für 150 Nachtarbeitsstunden. 1.3 Ab 1. Januar erhöht sich für Arbeitnehmer, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, die jeweilige Zahl der Freischichten nach Ziffer 1.1 und 1.2 um eine Freischicht. Ab 1.1.83 ab dem 50. Lebensjahr. Mindestlaufzeit bis zum 31.12.1984. Hinsichtlich der Freischichten und des Freizeitausgleichs wird zwischen Vollbeschäftigten und Teilbeschäftigten *kein* Unterschied gemacht. Keine Maßregelungen einschließlich der Beamten. Im Dezember werden Gespräche über weitere Regelungen geführt: Absicherung bestehender Pausenregelungen, Erhöhung des prozentualen Anteils bestehender Erholzeiten, Ausdehnung der Ruhezeiten zwischen zwei Dienstschichten, Anrechnung auf Arbeitszeit, soweit diese Ruhezeit nicht eingehalten werden kann aus betrieblichen Gründen, ergo-

nomische Bestandsaufnahme, um Mehrfachbelastungen zu reduzieren, ärztliche Untersuchungen, Verbesserung des Kündigungsschutzes, Bereitstellung zusätzlicher Erholzeiten und Pausenregelungen für Beschäftigte im Schichtdienst mit zusätzlicher Belastung.

Durch die Festlegung auf Freischichten will die DPG erreichen, daß die Freischichten mit in den Dienstplan und die Personalregelung aufgenommen werden

Die ÖTV hat sich vorläufig einverstanden erklärt mit einem Angebot der Bundesregierung, die Erklärungsfrist dafür läuft bis zum 28.2.1981. Dieses Angebot gilt für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes (im Organisationsbereich der ÖTV) außer auf Schiffen, bei Bereitschaft/Arbeitsbereitschaft und der Feuerwehr. Über Regelungen für Schiffe und die Feuerwehr wird noch verhandelt. Generell gibt es für die Nachtschichtarbeit Zusatzurlaub, für den die vorhandenen tariflichen Höchstgrenzen nicht gelten. Urlaub kann im Gegensatz zu Freischichten nicht durch Geldzahlungen ersetzt werden.

Bei wechselnden Arbeitsschichten, in denen ununterbrochen bei Tag und Nacht gearbeitet wird, erhalten die Beschäftigten 4 Tage Zusatzurlaub. (Auch wenn die Wechselschicht nur an 5 Tagen, ohne Wochenende gefahren wird). Bedingung dafür ist, daß in einem Fünf-Wochen-Rhythmus durchschnittlich mindestens eine Wochenarbeitszeit (40 Arbeitsstunden) in der *dienstplanmäßigen oder betriebsüblichen Nachtschicht* abgeleistet wird. Weiterhin ist die erste Regelung des

stung.

Durch die Festlegung auf Freischichten will die DPG erreichen, daß die Freischichten mit in den Dienstplan und die Personalregelung aufgenommen werden

Die ÖTV hat sich vorläufig einverstanden erklärt mit einem Angebot der Bundesregierung, die Erklärungsfrist dafür läuft bis zum 28.2.1981. Dieses Angebot gilt für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes (im Organisationsbereich der ÖTV) außer auf Schiffen, bei Bereitschaft/Arbeitsbereitschaft und der Feuerwehr. Über Regelungen für Schiffe und die Feuerwehr wird noch verhandelt. Generell gibt es für die Nachtschichtarbeit Zusatzurlaub, für den die vorhandenen tariflichen Höchstgrenzen nicht gelten. Urlaub kann im Gegensatz zu Freischichten nicht durch Geldzahlungen ersetzt werden.

Bei wechselnden Arbeitsschichten, in denen ununterbrochen bei Tag und Nacht gearbeitet wird, erhalten die Beschäftigten 4 Tage Zusatzurlaub. (Auch wenn die Wechselschicht nur an 5 Tagen, ohne Wochenende gefahren wird). Bedingung dafür ist, daß in einem Fünf-Wochen-Rhythmus durchschnittlich mindestens eine Wochenarbeitszeit (40 Arbeitsstunden) in der *dienstplanmäßigen oder betriebsüblichen Nachtschicht* abgeleistet wird. Weiterhin ist die erste Regelung des

Postabschlusses übernommen (1.1). Wenn die Voraussetzungen der wechselnden Arbeitsschichten nicht erfüllt sind, erhalten alle Schichtarbeiter für Nachtarbeit (21 Uhr bis 6 Uhr) 4 Tage Zusatzurlaub bei 600, 3 bei 450, 2 Tage bei 300, 1 bei 150 Nachtarbeitsstunden. Da hierbei die Nachtarbeit weiter gefaßt ist, als bei der Post (sie verlangt 0 bis 4 Uhr), können erheblich mehr Nachtschichtler diese Freischichten kriegen.

„B) Nichtvollbeschäftigte Arbeitnehmer. Auf Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer, deren arbeitsvertraglich vereinbarte durchschnittliche regelmäßige Arbeitszeit mindestens die Hälfte der tariflichen Arbeitszeit beträgt, finden die Regelungen (s.o.) Anwendung mit der Maßgabe, daß die Zahl der geforderten Nachtarbeitsstunden entsprechend dem Verhältnis der vereinbarten Arbeitszeit zur tariflichen Arbeitszeit zu kürzen ist." Durch diese Regelung ist die Möglichkeit für Teilzeitarbeiter, auch Urlaub zu erhalten, größer als in dem Postabschluß. Allerdings wird dieser Zusatzurlaub für die Bereiche, wo es schon Regelungen für Schichtarbeit gibt, voll angerechnet. Dies trifft insbesondere die Arbeiter, Angestellten und Beamten bei den Kommunen. Die Regelungen für Schichtarbeiter über 55 bzw. 50 entsprechen der Regelung bei der Post. Ebenso die Laufzeit.

Unklar ist, ob nicht doch noch zusätzlich Ausnahmeregelungen geplant sind. In der Erklärung der ÖTV findet sich der undeutliche Satz: „In weiteren Gesprächen mit den Arbeitgebern innerhalb der Erklärungsfrist bis zum 28. Februar werden hierzu (zu den Berei-

Da hierbei die Nachtarbeit weiter gefaßt ist, als bei der Post (sie verlangt 0 bis 4 Uhr), können erheblich mehr Nachtschichtler diese Freischichten kriegen.

„B) Nichtvollbeschäftigte Arbeitnehmer. Auf Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer, deren arbeitsvertraglich vereinbarte durchschnittliche regelmäßige Arbeitszeit mindestens die Hälfte der tariflichen Arbeitszeit beträgt, finden die Regelungen (s.o.) Anwendung mit der Maßgabe, daß die Zahl der geforderten Nachtarbeitsstunden entsprechend dem Verhältnis der vereinbarten Arbeitszeit zur tariflichen Arbeitszeit zu kürzen ist." Durch diese Regelung ist die Möglichkeit für Teilzeitarbeiter, auch Urlaub zu erhalten, größer als in dem Postabschluß. Allerdings wird dieser Zusatzurlaub für die Bereiche, wo es schon Regelungen für Schichtarbeit gibt, voll angerechnet. Dies trifft insbesondere die Arbeiter, Angestellten und Beamten bei den Kommunen. Die Regelungen für Schichtarbeiter über 55 bzw. 50 entsprechen der Regelung bei der Post. Ebenso die Laufzeit.

Unklar ist, ob nicht doch noch zusätzlich Ausnahmeregelungen geplant sind. In der Erklärung der ÖTV findet sich der undeutliche Satz: „In weiteren Gesprächen mit den Arbeitgebern innerhalb der Erklärungsfrist bis zum 28. Februar werden hierzu (zu den Berei-

chen des öffentlichen Dienstes, die anspruchsberechtigt sind) noch *Einzelheiten* vereinbart."

Überall Widerstand gegen die Times-Prozesse

Einstellung der Times in London

geh. Anfang letzter Woche verkündete Times Newspaper, daß die „Times" im März ihr Erscheinen einstellen werde, wenn nicht bis dahin ein Käufer für die Zeitungen der Times-Gruppe gefunden werde. Interessenten seien vorhanden. Die „Times" soll am 14.3.1981, die „Sunday Times" am 8.3.1981 und drei Beilagenblätter am 13.3.1981 zum letzten Mal erscheinen.

1959 hatte der kanadische Lord Thomson die „Sunday Times" für 5,5 Mio. Pfund gekauft, 1966 zusätzlich die „Times". Mit aggressiver Verkaufsstrategie wurde die Auflage um 70% gesteigert, damit sollte das große Geld kommen. 1978 wies die Bilanz erstmals für die „Times" Gewinn aus, „Sunday Times" warf ohnehin Gewinn ab, jedoch fiel die Auflage dann innerhalb kurzer Zeit wieder auf ihren alten Stand. Die Kosten sollten durch Senkung der Lohnkosten für die Drucker und Setzer verringert werden. Das konnte durch einen langen Streik zurückgeschlagen werden. Trotz des seinerzeit im Kaufvertrag abgegebenen Versprechens, die „Times" mindestens 21 Jahre herauszugeben und Verluste durch die Gewinne bei den anderen Zeitungen zu decken, will jetzt Thomson jr. die Zeitungen abstoßen. In der letzten Woche gingen die Kündigungen an die Arbeiter und Angestellten heraus.

Während des Streiks hatte die Times-Leitung versucht, in der BRD eine Streikbruch-Ausgabe zu produzieren; das konnte verhindert werden. Deshalb sind 3 Funktionäre der IG Druck angeklagt wegen Hausfriedensbruch und Nötigung. Beschlüsse und Resolutionen werden in vielen Gewerkschaftsversammlungen verabschiedet, Geldsammlungen und Veranstaltungen durchgeführt zur Unterstützung der Angeklagten gegen die Prozesse und für uneingeschränktes Streikrecht. Bis jetzt ist noch kein Verhandlungstermin vor dem Landgericht Darmstadt festgelegt. Für den Vorabend plant die IG Druck einen Fackelzug durch Darmstadt.



Kommunistische Volkszeitung

Für uneingeschränktes Streikrecht

Times-Prozesse: Schadensersatzurteil gegen die IG Druck kassiert und zur erneuten Verhandlung an das Arbeitsgericht verwiesen / Anklage wegen Hausfriedensbruch und Nötigung

(20 Seiten, Preis 1 DM. Zu beziehen über den Buchvertrieb Hager, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2)

aus.

Während des Streiks hatte die Times-Leitung versucht, in der BRD eine Streikbruch-Ausgabe zu produzieren; das konnte verhindert werden. Deshalb sind 3 Funktionäre der IG Druck

(20 Seiten, Preis 1 DM. Zu beziehen über den Buchvertrieb Hager, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2)

Manteltarifvertrag für Redakteure abgeschlossen

ibu. Die Tageszeitungsredakteure bekommen ab Anfang 1984 die 40-Std.-Woche an fünf Tagen. Das sieht der am 23.11. vereinbarte neue Manteltarifvertrag vor. Die 5-Tage-Woche wird schon Mitte 1981 eingeführt, bis '84 gilt ein Stufenplan auf Monatsbasis für Mehrarbeits-Bezahlung oder Freizeit, ohne daß ein Anspruch auf Regel- oder Höchstarbeitszeit besteht. Für Sonn- und Feiertagsarbeit werden 150 DM steuerfrei (bisher 40 DM) gezahlt, der Urlaub steigt nach Stufenplan von mindestens sechs (1981) auf höchstens sieben (1984) Wochen, das Urlaubsgeld steigt bis 1984 auf 70%, der gesamte MTV gilt erstmals für alle Gehaltsgruppen, auch Volontäre und Ressortsleiter.

Drei Regelungen sind darüberhinaus besonders erwähnenswert: Zum einen gibt der MTV zum ersten Mal eine klare Definition der Tätigkeit des Redakteurs, das dürfte dazu führen, daß in vielen Redaktionen tätige Angestellte umgestuft werden müssen. Zweitens ist die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall neu geregelt, die Dauer der Ausgleichszahlung durch die Verleger ist nach Betriebszugehörigkeit gestafelt, beträgt diese mehr als 25 Jahre, wird unbefristet gezahlt bis Erreichung des Rentenalters! Zum dritten enthält die ohnehin kompromißhaft abgeschlossene Arbeitszeitregelung eine Sonderklausel für die etwa 800 Kollegen in kleinen, selbständigen Zeitungen: Die Verleger behaupten, die kleinen Verlage könnten die höheren Kosten einer Arbeitszeitbegrenzung finanziell nicht verkraften und wollten diese 800 Kollegen aus der Arbeitszeitregelung ausgenommen wissen. Die Journalistenorganisationen dju (IG Druck) und DJV haben sich nach langem Zögern darauf eingelassen, allerdings wurde die Ausnahme bis 1985 befristet. Und selbst mit diesem faulen Kompromiß ist der neue MTV noch unsicher: Der Verlegerverband BDZV hat eine Erklärungsfrist bis zum Jahresende durchgesetzt, ein-

Manteltarifvertrag für Redakteure abgeschlossen

ibu. Die Tageszeitungsredakteure bekommen ab Anfang 1984 die 40-Std.-Woche an fünf Tagen. Das sieht der am 23.11. vereinbarte neue Manteltarifvertrag vor. Die 5-Tage-Woche wird schon Mitte 1981 eingeführt, bis '84 gilt ein Stufenplan auf Monatsbasis für Mehrarbeits-Bezahlung oder Freizeit, ohne daß ein Anspruch auf Regel- oder Höchstarbeitszeit besteht. Für Sonn- und Feiertagsarbeit werden 150 DM steuerfrei (bisher 40 DM) gezahlt, der Urlaub steigt nach Stufenplan von mindestens sechs (1981) auf höchstens sieben (1984) Wochen, das Urlaubsgeld steigt bis 1984 auf 70%, der gesamte MTV gilt erstmals für alle Gehaltsgruppen, auch Volontäre und Ressortsleiter.

Drei Regelungen sind darüberhinaus besonders erwähnenswert: Zum einen gibt der MTV zum ersten Mal eine klare Definition der Tätigkeit des Redakteurs, das dürfte dazu führen, daß in vielen Redaktionen tätige Angestellte umgestuft werden müssen. Zweitens ist

die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall neu geregelt, die Dauer der Ausgleichszahlung durch die Verleger ist nach Betriebszugehörigkeit gestafelt, beträgt diese mehr als 25 Jahre, wird unbefristet gezahlt bis Erreichung des Rentenalters! Zum dritten enthält die ohnehin kompromißhaft abgeschlossene Arbeitszeitregelung eine Sonderklausel für die etwa 800 Kollegen in kleinen, selbständigen Zeitungen: Die Verleger behaupten, die kleinen Verlage könnten die höheren Kosten einer Arbeitszeitbegrenzung finanziell nicht verkraften und wollten diese 800 Kollegen aus der Arbeitszeitregelung ausgenommen wissen. Die Journalistenorganisationen dju (IG Druck) und DJV haben sich nach langem Zögern darauf eingelassen, allerdings wurde die Ausnahme bis 1985 befristet. Und selbst mit diesem faulen Kompromiß ist der neue MTV noch unsicher: Der Verlegerverband BDZV hat eine Erklärungsfrist bis zum Jahresende durchgesetzt, ein-

zelne Landesverbände verweigern bisher die Zustimmung.

Tarifvertrag für Angestellte in Architekturbüros!

IG Bau Steine Erden führt Umfrage durch

kah. Zur Zeit wird von der IG Bau, Steine, Erden, Abteilung Angestellte eine Umfrage durchgeführt „Tarifverträge ja – nein?" Die IG BSE wendet sich damit an Angestellte in Architektur-, Ingenieur- und Planungsbüros mit dem Ziel, die jahrelange Diskussion um solche Tarifverträge zu einem Ergebnis zu führen. Seit Anfang der 70er Jahre sind in der IG BSE an mehreren Orten (z.B. Westberlin, Stuttgart, Frankfurt, Darmstadt, Hamburg, Hannover) Fachgruppen für „Angestellte in Architektur- und Ingenieurbüros" aufgebaut worden. Von dort sind die meisten Initiativen ausgegangen, in den Büros Betriebsräte zu wählen – was es bis dahin nicht gab – um die gewerkschaftliche Organisierung unter diesen Angestellten voranzubringen. Der Berufszweig der Architekten und Ingenieure stand in der Wiederaufbauphase nach dem 2. Weltkrieg unter großer Nachfrage. Mit der verstärkten krisenhaften Entwicklung der Kapitalismus ab Ende der sechziger Jahre hat sich in diesem Beruf einiges gewandelt: Aus dem Beruf mit der großen Nachfrage ist ein Überschuß entstanden, so gab es z.B. in der Krise 74/75 eine Arbeitslosenquote von ca. 10% bei den ca. 50000 angestellten Architekten. Während auf der einen Seite eine hohe Arbeitslosigkeit bestand, wurde in den Büros verstärkt rationalisiert und der Arbeitsdruck für die in der Arbeit Stehenden erheblich verschärft. Verstärkt hat sich seit der Krise 74/75 die Konkurrenz auf dem Planungsmarkt und es findet eine zunehmende Konzentration auf große Büros (20-30 Beschäftigte) und sog. Mammutbüros mit über 100, zum Teil 300 Beschäftigten statt, während etliche kleine Büros an dem Konkurrenzkampf zugrundegehen.

Folgende Schilderungen sollen die Lage in mittleren und ‚Mammutbüros' verdeutlichen:

Architekturbüro mit 15 Beschäftigten und 3 ‚Partnerchefs': Auf der jüngst stattgefundenen Büroversammlung wurden die Angestellten von der Ankündigung zweier Entlassungen zum 1.1.81 überrascht. Das Land Baden-Württemberg hat bei seinen Kürzungen in der mittelfristigen Finanzplanung ein schon zugesagtes Bauprojekt abgeblasen, man könne sich eine solche Besetzung des Büros nicht mehr leisten, war die Begründung dafür. Sowieso sehe die Lage schlecht aus, es könne auch noch zu weiteren Entlassungen kommen. Andererseits müßten die laufenden Projekte durchgeführt werden, man solle nicht in Panik ausbrechen. Um zu neuen Aufträgen zu kommen, müsse man sich jetzt an Architekturwettbewerben beteiligen. Bezahlen könne man die Angestellten dafür jedoch nicht. Das heißt also: Wettbewerbsdurchführung (Entwerfen, Aufzeichnen, Berechnungen aufstellen, Modell bauen) im wesentlichen außerhalb der Arbeitszeit, ohne Bezahlung; bei Erlangen eines Preises evtl. Beteiligung am Preisgewinn. Mit dem Hinweis, dies würde in anderen Architekturbüros auch so gehandhabt, wurden Argumente seitens der Beschäftigten zurückgewiesen und betont, die Beteiligung sei ja „freiwillig". Etwa die Hälfte der Beschäftigten beteiligte sich an dem kurz danach durchgeführten Architekturwettbewerb.

Von den 15 Beschäftigten sind 2 Schreibkräfte, 2 Bauzeichner, der Rest Ingenieure und Diplomingenieure, Durchschnittsalter 30 Jahre. Etwa die Hälfte sind verheiratet und haben Kinder; die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 42,5 Stunden (5x8,5 Std.), Urlaub 22 Tage. Bei den Ingenieuren spannen sich die Gehälter von 2800 DM bis 3800 DM, Sondervergütungen je nach wirtschaftlicher Lage des Büros, arbeitsvertraglich nicht abgesichert. Jeweils 3 – 4 Ingenieure/Bauzeichner ziehen die Planung eines Projektes durch. Die fachspezifischen Probleme (z.B. Statik, Elektro, Heizung, Sanitär, Bauphysik) werden über andere Ingenieurbüros abgewickelt. Überstunden sollen keine gemacht werden. Aber die gesetzten Termine und Besprechungen zwingen zu Arbeiten außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit, die dann abgefeiert werden.

Anders stellen sich die Bedingungen in ‚Mammut'-Planungsbüros. Bei über 200 Beschäftigten umfassen in der Regel die Abteilungen den Großteil der für die Planung notwendigen fachspezifischen Ingenieurleistungen. Damit verbunden ist eine weitgehende Arbeitsteilung. Es gibt Spezialisten z.B. für Entwurfsplanung, die auch für Akquisition (Auftragsbeschaffung) zuständig sind. Bei den Entwerfern wiederum gibt es Spezialisten z.B. für Schul-, Krankenhaus-, Sportstätten-, Industriebau. Andere Abteilungen machen nur Ausführungsplanung, Innenausbau, Ausschreibungen, Kostenplanung, Termin- und Personalplanung. Solche Planungsbüros sind aufgrund dieser umfassenden Leistungen in der Lage, komplette Entwürfe für Projekte in Milliardenhöhe innerhalb ein bis zwei, höchstens aber drei Monaten anzubieten. Kurzfristig werden Spezialisten quer durch die Abteilungen zusammengezogen, denen dann knappe Termine gesetzt sind. In den Abteilungen, von denen sie abgezogen wurden, muß der Termin mit verringerter Mannschaft gehalten werden. Nicht selten fallen dann Überstunden und Wochenendarbeit an. In den ‚Mammutbüros' gibt es Betriebsräte und es sind die Arbeitsbedingungen meist über betriebliche Vereinbarungen zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat geregelt: 40-Stunden-Woche, Überstundenzuschläge, z.T. 13. Monatsgehalt, Urlaub und Sonderurlaub, Arbeitsunfähigkeit. Höher liegen auch dort die Gehälter für Architekten und Ingenieure: Die untere Grenze bei ca. 3500 – 4000 DM und gehen bei Projektleitern bis 10000 – 15000 DM. Solche ‚Mammutbüros' gibt es mittlerweile im Architektur- und Ingenieurbereich, in großen Baukonzernen und in den Planungsabteilungen großer Bauträger wie Wohnbaugesellschaften.

Die Gegenüberstellung von kleinen bzw. mittleren Planungsbüros und ‚Mammutbüros' zeigt, daß größere Belegschaften die Möglichkeit haben, bessere Bedingungen durchzusetzen, wenngleich der Grad der Ausnutzung der Arbeitskraft um einiges höher geschraubt wurde.

Ein Fortschritt ist es, wenn sich jetzt mehr und mehr Angestellte aus Architektur- und Planungsbüros in der IG Bau, Steine, Erden organisieren. Mit der Umfrage zum Tarifvertrag schlägt die IG BSE als wichtigste Forderungen zu einem Rahmentarifvertrag vor:

– unbefristetes Arbeitsverhältnis als Normalfall; keine Werksverträge, keine Arbeitsverträge auf Zeit

– 40-Stunden-Woche muß die Regel sein; Überstunden eingrenzen; Mehrarbeit mit Zuschlägen vergüten oder vermehrter Freizeitausgleich

– Mindesturlaub 25 Arbeitstage; stufenweise Erhöhung auf 6 Wochen

– klare Regelungen für Gehaltseingruppierungen, Anpassung an vergleichbare Tarifbereiche

– verbindliche Regelungen der Jahressondervergütungen

– Schutzbestimmungen zum Erhalt des sozialen Besitzstandes; Nachteilsausgleich bei negativen Folgen von Rationalisierung oder betriebsbedingten Entlassungen.

Aktionen der GTB zum Welttextilabkommen

Abschottung eigener Märkte und Eindringen in neue ist Ziel der Textilkapitalisten

boj. Die im Europäischen Gewerkschaftsausschuß Textil-Bekleidung-Leder zusammengeschlossenen Textil- und Bekleidungsgewerkschaften in der EG planen für den 2. Dezember in der BRD und den anderen Ländern der EG einen einstündigen Warnstreik, um die EG-Kommission unter Druck zu setzen, das zu Ende 1981 auslaufende Welttextilabkommen (WTA) zu verlängern. Gleichzeitig greift die Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) Lambsdorff an, da er sich nach Meinung der GTB nicht für eine Verlängerung des WTA einsetzt, sondern für „freien Handel". In einem Initiativantrag der GTB auf der DGB-Kreisdelegiertenkonferenz Emsland vom 15. Oktober heißt es zu den Aktionen: „Gerade in der Textil- und Bekleidungsindustrie hat es in den letzten Jahren erhebliche Arbeitsplatzverluste gegeben. Die Arbeitnehmer haben deshalb ein Anrecht darauf, daß zum Schutz ihrer Arbeitsplätze eine geordnete Handelspolitik betrieben wird." (aus: Lingener Tagespost)

Das WTA wurde 1974 zum erstenmal abgeschlossen und 1978 verlängert und ist ein Abkommen im Rahmen des GATT (Allg. Zoll- und Handelsabkommen). Von dem WTA werden alle Produkte aus Baumwolle, Wolle und Chemiefasern erfaßt. Das WTA ermöglicht gegenüber bestimmten Lieferländern Einfuhrbeschränkungen vorzunehmen oder mit ihnen Ausführungsbeschränkungen zu vereinbaren. Dies geschieht in jeweils zweiseitigen Beratungen, was das Grundprinzip des WTA ist. Die Länder der Dritten Welt sind mit der Drohung in das WTA gepreßt worden, sonst rigide Einfuhrbeschränkungen gegen sie zu erlassen.

Die BRD-Textilkapitalisten sind führend in der Welt sowohl beim Export von Textilien als auch beim Import. Das Gesamtvolumen des textilen Welthandels (Ein- und Ausfuhr) betrug 1978 nach einer UN-Studie 138,3 Milliarden Dollar. Davon wurden allein in der BRD 17,8 Milliarden Dollar = 12,9% abgewickelt. Gut 80% ihrer Textilien exportieren die westdeutschen Textilkapitalisten in Länder der EG. Für den Handel mit Textilien innerhalb der EG gibt es keine Ein- bzw. Ausfuhrbeschränkungen. Rund 30% der Gesamteinfuhren von Textilien und Bekleidung in die BRD kommen aus Ländern, mit denen die BRD über das WTA Quoten für Einfuhren festgelegt hat, im wesentlichen aus Hongkong, Südkorea, Taiwan und Macao.

Die westdeutschen Textilkapitalisten sind für eine Fortführung des WTA gerade gegenüber diesen Ländern. Warum, macht der Geschäftsführer von Gesamttextil, K. Neundörfer, in dem Aufsatz „Auf dem langen Marsch in den Freihandel"deutlich: „Vollständige Konkurrenz ... bedeutet doch wohl unverfälschte Wettbewerbsbedingungen ... Natürliche Standortvorteile wie z.B. ... niedrige Löhne sind hinzunehmen ... Wenn man jedoch mit einer Konkurrenz in einer Gesellschaft zu tun hat, in der die menschliche Arbeitskraft frei von Sozialabgaben, einigermaßen vertretbaren Regelungen über Tages- und Wochenarbeitszeit sowie Urlaub und ohne Einwirkungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer auf die Gestaltung des Arbeitsentgelts ausgenutzt werden kann, so scheinen mir die Grenzen des Begriffs ‚natürliche Standortvorteile' weit überschritten." Mit solchen Aussagen wollen sie vertuschen, daß sie selbst Nutznießer dieser Arbeitsbedingungen sind bzw. werden wollen. So schreibt die Textilgruppe Hof – einer der zehn größten westdeutschen Textilkapitalisten – mit leuchtenden Augen in ihrer Werkszeitung über ihr Werk in Hongkong: „... eine Klimaanlage, ... Kantine und Aufenthaltsraum gibt es nicht... von Montag bis Samstag werden täglich 10–12 Std. gearbeitet ... keine Sozialversicherungen ..." Für Hongkong, Südkorea und Taiwan aber gilt, daß die imperialistische Konkurrenz schneller als die westdeutschen Textilkonzerne dort die Produktion zu horrenden Ausbeutungsbedingungen aufgenommen hat; der so von den ausländischen Textilkonzernen zusammengeschundene Extraprofit soll in Westdeutschland realisiert werden, während die westdeutschen Textilkapitalisten dem durch Einfuhrbeschränkungen durch das WTA Schranken setzen und gleichzeitig selber auf dem profitablen Markt einsteigen wollen.

Sowieso fallen „Eigenimporte", d.h. Textilien und Bekleidung, die die westdeutschen Textilkapitalisten in ihren ausländischen Betrieben produzieren lassen, nicht unter Quotierungen im Rahmen des WTA. Ebenso nicht die Ergebnisse der „passiven Lohnveredelung".

Für die westdeutschen Textilkapitalisten bringt das WTA folgende Vorteile: 1. Die Masse ihrer Ausfuhren, die ja in Länder der EG geht, wird durch das WTA nicht berührt. 2. Mit dem WTA können sie einen Teil ihres Binnenmarktes gegen Importe aus sogenannten „Billiglohnländern" – hier vor allem aus Hongkong, Taiwan und Südkorea, die ja im wesentlichen von den US-Imperialisten bzw. englischen Konzernen beherrscht werden – abschotten. 3. Die BRD-Textilkapitalisten können das WTA nutzen, um Handelsschranken anderer Länder einzureißen – gerade von Ländern der Dritten Welt. Dies umso leichter, da ja Vereinbarungen im Rahmen des WTA immer als zweiseitige Verträge abgeschlossen werden und hier die BRD-Imperialisten gegenüber einem Entwicklungsland immer die stärkeren sind.

Warum die EG-Kommission bislang noch zu keinem Ergebnis über eine Verlängerung des WTA über das Jahr 1981 hinaus gekommen ist, wird im wesentlichen daran liegen, daß die Textilkapitalisten der Länder der EG unterschiedliche Erfolge bei der Verschärfung der Ausbeutung der Textilarbeiter im eigenen Land haben. Während z.B. die westdeutschen Textilkapitalisten die Produktivität in ihren Betrieben von 1970 bis 1979 um 72,6% steigern konnten, gelang den britischen Textilkapitalisten nur eine Steigerung von 24,7% und den französischen im gleichen Zeitraum eine Steigerung von 34,8%. Von daher ist die BRD eher für eine Fortführung des WTA, während Frankreich und Großbritannien stärkere Rechte für Schutzzölle fordern.

Lambsdorff als Mitglied der Bundesregierung und damit des geschäftsführenden Ausschusses der westdeutschen Finanzbourgeoisie tritt deswegen für Freihandel und gegen das WTA auf, weil sich die westdeutschen Kapitalisten insgesamt auf der Grundlage der hohen Schweißauspressung in Westdeutschland erhebliche Marktanteile am Welthandel gesichert haben. Da will er wegen des WTA keine Auseinandersetzung mit seinen imperialistischen Konkurrenten.

Die GTB ist deswegen für die Weiterführung des WTA, da „die Beschäftigungsverluste ... in der Textil- und Bekleidungsindustrie in ganz erheblichem Maße auf die steigenden Importraten zurückzuführen waren" und außerdem „die im internationalen Rahmen weit überdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen in der westdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie sind ... ebenfalls eine Folge der Außenhandelsentwicklung ..." (aus: Informationen für die Vertrauensleute der GTB, Dez. 1979). Nicht gesehen wird dabei, daß es die Jagd der Textilkapitalisten nach Profit und Extraprofit ist, die sie dazu treibt, die Arbeit immer stärker zu intensivieren und die Nacht- und Schichtarbeit auszudehnen. Dies werden sie auch nach Abschluß des WTA weitertreiben. So fordern die NINO-Textilkapitalisten im „NINO-magazin" 3/80 zwecks Erhaltung der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit: ... – Verlängerung des WTA ... – mehr Zurückhaltung im tarif- und sozialpolitischen Bereich, um eine weitere Erhöhung der Arbeitskosten abzumildern".

Regionale Struktur des Welttextilhandels (Garne, Gewebe und Bekleidung)

Länder	Einfuhr				Ausfuhr			
	Mrd. Dollars		%		Mrd. Dollars		%	
	1974	1978	1974	1978	1974	1978	1974	1978
Welt	42,88	69,16	100,0	100,0	42,88	69,16	100,0	100,0
Industrieländer	30,86	49,98	72,0	72,3	28,99	43,38	67,6	62,7
Darunter: EG	16,96	29,00	39,6	41,9	18,55	28,79	43,3	41,6
Deutschland	5,87	10,70	13,7	15,5	4,60	7,06	10,7	10,2
USA	3,70	7,29	8,6	10,5	2,22	2,94	5,2	4,3
Japan	1,61	2,70	3,8	3,9	3,41	4,32	8,0	6,3
Entwicklungsländer	7,94	13,75	18,5	19,9	9,97	18,94	28,3	27,4
darunter: Afrika	1,92	3,05	4,5	4,4	0,42	0,56	1,0	0,8
Amerika	1,47	2,17	3,4	3,1	1,12	1,52	2,6	2,2
Mittelost	1,59	3,73	3,7	5,4	0,39	0,84	0,9	1,2
Fernost	2,88	4,72	6,7	6,8	7,71	15,39	18,0	22,2
Staatshandelsländer	4,01	5,32	9,4	7,7	3,92	6,84	9,1	9,9
darunter: Ostblock	3,70	3,94	8,6	5,7	2,68	4,10	6,3	5,9
Asien	0,31	1,38	0,7	2,0	1,24	2,74	2,9	4,0

Quelle: NINO-magazin 3/80

EG-Außenministerrat geht auf Konfrontation mit Japan

gih. Nachdem zuletzt die Verhandlungen zwischen den europäischen und japanischen Auto-Kapitalisten über Exportbeschränkungen für die japanische Automobilindustrie gescheitert waren, einigte sich der EG-Außenministerrat am 25.11. in Brüssel auf eine gemeinsame Position, die es der EG-Kommission ermöglicht, neue Verhandlungen mit Japan aufzunehmen. „Das Strategiepapier konstatiert eine ernste Besorgnis über die wachsenden japanischen Exporte sowie wachsenden politischen Druck in den Mitgliedstaaten." Die EG fordert von Japan, um das EG-Zahlungsbilanzdefizit abzubauen, eine selektive Zurücknahme bei den Exporten sowie eine Steigerung der Importe aus der EG. Außerdem verlangt die EG von der japanischen Regierung eine klare Zusage, ihre Importe von Verarbeitungsprodukten erheblich und schnell zu steigern. Zusätzlich müßten die japanischen Behörden die Import- und Investitionsverfahren sowie die Auslandsgeschäfte der Banken erleichtern. Weiter verlangen sie dieselben Handelsbedingungen mit Japan wie die, die Japan den USA gewährt. Mit dieser Einigung haben die EG-Mitgliedstaaten zum erstenmal eine gemeinsame Position eingenommen, ohne sich ihrer bilateralen Absprachen, die ihre eigenen Märkte abschotten, zu berauben. Am 1./2. Dezember sollen die Regierungschefs der Mitgliedstaaten diese Forderungen absegnen, damit bei den weiteren Verhandlungen mit dem japanischen Außenminister, die am 11.12. stattfinden, der nötige Druck auf Japan ausgeübt werden kann. Beamte des japanischen Ministeriums für Industrie und Handel haben die Beschlüsse des EG-Außenministerrates zurückgewiesen.

Wem die Spareinlagen gehören

frb. Um 110 DM ist der durchschnittliche Kontenstand der Sparkonten der Lohnabhängigen Ende 1979 gegenüber Ende 1978 gesunken. Dies geht aus einer Statistik der Kreditbanken über die bei ihnen gehaltenen Sparkonten hervor. Für Lohnabhängige wird ein durchschnittlicher Kontenstand von 3519 DM angegeben, für Selbständige ein Durchschnitt von 10568 DM. Auch unter den als lohnabhängig Erfaßten gibt es große Unterschiede. 73% der Konten lauten auf weniger als 3000 DM. Auf 1,5% der Konten stehen mehr als 30000 DM, die Summe der auf ihnen geführten Sparbeträge umfaßt aber über 23%. Jene knapp ¾ aller Lohnabhängigen, die über ein Konto von weniger als 3000 DM verfügen, halten gerade 8,5% der gesamten Sparsumme. Dies setzt verschiedene Angaben über die enormen Spareinlagen etwas ins rechte Licht.

Regierung Thatcher setzt ihre Politik noch brutaler durch

VW kauft Chrysler do Brasil

Chemiefasern erfaßt. Das WTA ermöglicht gegenüber bestimmten Lieferländern Einfuhrbeschränkungen vorzunehmen oder mit ihnen Ausführungsbeschränkungen zu vereinbaren. Dies geschieht in jeweils zweiseitigen Beratungen, was das Grundprinzip des WTA ist. Die Länder der Dritten Welt sind mit der Drohung in das WTA gepreßt worden, sonst rigide Einfuhrbeschränkungen gegen sie zu erlassen.

Die BRD-Textilkapitalisten sind führend in der Welt sowohl beim Export von Textilien als auch beim Import. Das Gesamtvolumen des textilen Welthandels (Ein- und Ausfuhr) betrug 1978 nach einer UN-Studie 138,3 Milliarden Dollar. Davon wurden allein in der BRD 17,8 Milliarden Dollar = 12,9% abgewickelt. Gut 80% ihrer Textilien exportieren die westdeutschen Textilkapitalisten in Länder der EG. Für den Handel mit Textilien innerhalb der EG gibt es keine Ein- bzw. Ausfuhrbeschränkungen. Rund 30% der Gesamteinfuhren von Textilien und Bekleidung in die BRD kommen aus Ländern, mit denen die BRD über das WTA Quoten für Einfuhren festgelegt hat, im wesentlichen aus Hongkong, Südkorea, Taiwan und Macao.

Die westdeutschen Textilkapitalisten sind für eine Fortführung des WTA gerade gegenüber diesen Ländern. Wa-

daß die imperialistische Konkurrenz schneller als die westdeutschen Textilkonzerne dort die Produktion zu horrenden Ausbeutungsbedingungen aufgenommen hat; der so von den ausländischen Textilkonzernen zusammengeschundene Extraprofit soll in Westdeutschland realisiert werden, während die westdeutschen Textilkapitalisten dem durch Einfuhrbeschränkungen durch das WTA Schranken setzen und gleichzeitig selber auf dem profitablen Markt einsteigen wollen.

1981 hinaus gekommen ist, wird im wesentlichen daran liegen, daß die Textilkapitalisten der Länder der EG unterschiedliche Erfolge bei der Verschärfung der Ausbeutung der Textilarbeiter im eigenen Land haben. Während z.B. die westdeutschen Textilkapitalisten die Produktivität in ihren Betrieben von 1970 bis 1979 um 72,6% steigern konnten, gelang den britischen Textilkapitalisten nur eine Steigerung von 24,7% und den französischen im gleichen Zeitraum eine Steigerung von

traprofit ist, die sie dazu treibt, die Arbeit immer stärker zu intensivieren und die Nacht- und Schichtarbeit auszudehnen. Dies werden sie auch nach Abschluß des WTA weitertreiben. So fordern die NINO-Textilkapitalisten im „NINO-magazin" 3/80 zwecks Erhaltung der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit: ... – Verlängerung des WTA ... – mehr Zurückhaltung im tarif- und sozialpolitischen Bereich, um eine weitere Erhöhung der Arbeitskosten abzumildern".

Regionale Struktur des Welttextilhandels (Garne, Gewebe und Bekleidung)

Länder	Einfuhr				Ausfuhr			
	Mrd. Dollars		%		Mrd. Dollars		%	
	1974	1978	1974	1978	1974	1978	1974	1978
Welt	42,88	69,16	100,0	100,0	42,88	69,16	100,0	100,0
Industrieländer	30,86	49,98	72,0	72,3	28,99	43,38	67,6	62,7
Darunter: EG	16,96	29,00	39,6	41,9	18,55	28,79	43,3	41,6
Deutschland	5,87	10,70	13,7	15,5	4,60	7,06	10,7	10,2
USA	3,70	7,29	8,6	10,5	2,22	2,94	5,2	4,3
Japan	1,61	2,70	3,8	3,9	3,41	4,32	8,0	6,3
Entwicklungsländer	7,94	13,75	18,5	19,9	9,97	18,94	28,3	27,4
darunter: Afrika	1,92	3,05	4,5	4,4	0,42	0,56	1,0	0,8
Amerika	1,47	2,17	3,4	3,1	1,12	1,52	2,6	2,2
Mittelost	1,59	3,73	3,7	5,4	0,39	0,84	0,9	1,2
Fernost	2,88	4,72	6,7	6,8	7,71	15,39	18,0	22,2
Staatshandelsländer	4,01	5,32	9,4	7,7	3,92	6,84	9,1	9,9
darunter: Ostblock	3,70	3,94	8,6	5,7	2,68	4,10	6,3	5,9
Asien	0,31	1,38	0,7	2,0	1,24	2,74	2,9	4,0

Quelle: NINO-magazin 3/80

ten diese Forderungen absegnen, damit bei den weiteren Verhandlungen mit dem japanischen Außenminister, die am 11.12. stattfinden, der nötige Druck auf Japan ausgeübt werden kann. Beamte des japanischen Ministeriums für Industrie und Handel haben die Beschlüsse des EG-Außenministerrates zurückgewiesen.

Wem die Spareinlagen gehören

frb. Um 110 DM ist der durchschnittliche Kontenstand der Sparkonten der Lohnabhängigen Ende 1979 gegenüber Ende 1978 gesunken. Dies geht aus einer Statistik der Kreditbanken über die bei ihnen gehaltenen Sparkonten hervor. Für Lohnabhängige wird ein durchschnittlicher Kontenstand von 3519 DM angegeben, für Selbständige ein Durchschnitt von 10568 DM. Auch unter den als lohnabhängig Erfaßten gibt es große Unterschiede. 73% der Konten lauten auf weniger als 3000 DM. Auf 1,5% der Konten stehen mehr als 30000 DM, die Summe der auf ihnen geführten Sparbeträge umfaßt aber über 23%. Jene knapp ¾ aller Lohnabhängigen, die über ein Konto von weniger als 3000 DM verfügen, halten gerade 8,5% der gesamten Sparsumme. Dies setzt verschiedene Angaben über die enormen Spareinlagen etwas ins rechte Licht.

Regierung Thatcher setzt ihre Politik noch brutaler durch

Rentensenkung, Lohnsenkung, Kürzung der Gemeindeausgaben verkündet / Tiefste Krise seit 50 Jahren

frb. Ein gutes Jahr, nachdem die Konservative Partei unter Premierministerin Thatcher die Regierungsgeschäfte übernommen hat, befindet sich die britische Wirtschaft in der tiefsten Krise seit 50 Jahren und eilt in der Tiefe der Krise allen anderen Industrieländern weit voraus. Die Zahl der Arbeitslosen hat im August zwei Millionen überschritten (und damit die 8%-Marke) und erreichte im November 2,16 Mio. Das ist eine ¼ Mio. mehr als vor Jahresfrist. Der Verband der Industriekapitalisten CBI (Confederation of British Industry) rechnet mit einer Schrumpfung der Industrieproduktion in diesem Jahr von 9,3% und einer weiteren Schrumpfung von 4,7% im kommenden Jahr. Das wäre ein tieferer Einbruch als während der Weltwirtschaftskrise 1929/30. Diese Lage hat die britische Regierung veranlaßt, weitere drastisch wirkende Maßnahmen zu beschließen, die Schatzkanzler Howe vergangene Woche im Unterhaus verkündete.

Die Regierung Thatcher war angetreten mit dem Versprechen, eine Wende herbeizuführen, die die dahinsiechende britische Wirtschaft zu den lichten Höhen vergangener Jahrzehnte zurückführen sollte. Sie folgte dabei den Glaubenssätzen jener Theoretiker um Milton Friedman, die in der ganzen Welt, vor allem wegen ihrer tatkräftigen Beratung südamerikanischer Despoten, verhaßt sind und zum Beraterstab des designierten US-Präsidenten Reagan gehören. Volle Handlungsfreiheit des einzelnen Kapitals, insbesondere Beseitigung aller Hindernisse, die die Auswirkung der ökonomischen Abhängigkeit des Lohnarbeiters vom Kapital einschränken, ist das Kernstück dieses Konzeptes. Für Friedman rührt so die Arbeitslosigkeit „vor allem von einer Reihe politischer Entscheidungen her, die es für gewisse Leute attraktiver machen, arbeitslos zu sein und weniger attraktiv, beschäftigt zu sein. In allen westlichen Industrieländern wurden durch politische Entscheidungen Maßnahmen getroffen, mit deren Hilfe die Arbeitslosigkeit subventioniert wird, während Arbeit, Ersparnisse und Investitionen mit Steuern belegt werden." (In einem Interview in „Wirtschaftswoche" 46) Die Krise in den USA ist ihm „vornehmlich eine Krise des Wohlfahrtsstaates", das Gesetz über Mindestlöhne in den USA sei töricht, weil es verhindere, daß Arbeitslose für zwei Dollar die Stunde Arbeit finden, wenn ihnen kein Kapitalist den Mindestlohn von drei Dollar zahlen will.

Aus Friedmans naivem Glauben an die Wunderkräfte der freien Despotie des Kapitals folgt die Forderung nach Verminderung des Staatseingriffs und der Staatsausgaben. Wachsende Staatsausgaben sind für ihn der Grund, daß die Geldmenge rascher steigt als die Produktion, daher die Preise der einzelnen Waren steigen. Friedman: „Die Inflation ist eine sehr spezifische Krankheit und erfordert eine sehr spezifische Kur: die Wachstumsrate der Geldmenge zu verlangsamen. Dazu ist es unerläßlich, die Staatsausgaben im Verhältnis zum Gesamteinkommen zu reduzieren."

Die Theorie Friedmans ist Antwort auf die Ratschläge der Keynes'schen deficit-spending-Politik. Selbst sinkende Zinsen bringen die Investitionen in der Krise nicht wieder in Schwung, fand Keynes. Daher müßte der Staat das brachliegende Kapital aufnehmen, in Nachfrage verwandeln und dem Kapitalist zu Investitionsneigung verhelfen. Friedman stellte dem Bankrott dieser Politik mit der „Stagflation" sein Bekenntnis gegenüber, werde nur die Geldmenge richtig gesteuert, so ginge alles andere in Butter (daher der Name dieser Theorie: Monetarismus). Freilich sieht er dabei von jeder Analyse der Produktion ab, übersieht daher, daß die Preise nicht wachsen, *weil* die Masse der Zirkulationsmittel wechselt, sondern die Erhöhung der Warenpreise bzw. die sie hervorrufende Nachfrage eine entsprechende Erhöhung der Geldmenge nach sich zieht. Die britische Tory-Regierung hatte ein Wachstum der Geldmenge um 7–11% angestrebt, tatsächlich liegt die Rate bei 20%, weil die Inflation nicht aufzuhalten war. Daß die Inflation jetzt von 22% (April) auf 16% gefallen ist, liegt nicht an der Steuerung der Geldmenge, sondern an der zusammenbrechenden Nachfrage.

Senkung der Einkommensteuer und Erhöhung der Mehrwertsteuer war eine der ersten Taten Margret Thatchers gewesen. Die Krise konnte sie nicht aufhalten. Viel spricht dafür, daß ihre Politik sie verschärft hat. Um die Geldmengenausweitung zu zügeln, mußte die Bank von England die Zinsen hoch halten. Konkret lag die Ausweitung der Geldmenge an den Krediten, die die Unternehmen aufnehmen mußten, weil sie alte Forderungen aus den laufenden Einnahmen nicht zahlen konnten. Die hohen Zinsen haben den Unternehmen zusätzliche Kosten gemacht, die weitere Pleiten verursacht haben.

Folgendes hat Schatzkanzler Howe jetzt angekündigt: Die Renten werden 1981 ein Prozent niedriger als die Preise erhöht; die Beiträge zur Sozialversicherung, die die Arbeiter zahlen müssen (und nur die), werden von 6,75 auf 7,75% erhöht; die privaten Unternehmen und die Staatsunternehmen erhalten zusätzliche Zuschüsse; auf die Ölförderung wird eine Sondersteuer gelegt; die Staatszuschüsse an die Gemeinden werden um 3% gekürzt; die Löhne im öffentlichen Dienst sollen nur um 6% steigen (bei prognostizierter Inflation von 11%; im April werden Tabak- und Alkoholsteuern erhöht. Gleichzeitig senkte die Zentralbank ihren Leitzins von 16 auf 14%, was die Zinslast der Unternehmen um 700 Mio. Pfund senkt. Senkung der Staatsausgaben heißt hier Senkung der vergesellschafteten Bestandteile der Reproduktionsmittel der Arbeiterklasse. Lediglich die Schwäche der britischen Gewerkschaften bewahrt dieses Regierungsprogramm vor seinem Untergang.

VW kauft Chrysler do Brasil

frb. Mit der vollständigen Übernahme des Grundkapitals von Chrysler do Brasil hat VW den Ausbau seiner überragenden Stellung in Lateinamerika fortgesetzt. VW hält damit rd. 46% am brasilianischen Markt vor General Motors mit 21% und Ford mit 15%. Chrysler hielt 1,5%. Im Frühjahr hatten die Metallarbeiter in Sao Paulo 41 Tage für höhere Löhne und betriebliche Rechte streiken müssen. VW war einer der Hauptgegner.

Westdeutscher Waffenexport geht zu 70% in Dritte Welt

frb. Der westdeutsche Rüstungsexport ist mit Nebel umgeben. Einige Zahlen liegen bis 1977 vor. Demnach betrug der Gesamtexport von 1973–77 im Jahr durchschnittlich 444 Mio. DM. 70% dieser statistisch erfaßten Lieferungen gingen in Länder der Dritten Welt, hiervon wiederum 46% in den Nahen Osten, 27% nach Afrika, 21% nach Lateinamerika. Im Nahen Osten standen Lieferungen an Iran (56% der Exporte in die Region) und Ägypten (20%) an der Spitze. In Afrika gingen die Exporte vor allem in die Mittelmeerstaaten Algerien (49%), Libyen (19%), Marokko (10%), aber auch nach Tunesien, Angola, Ghana, Nigeria, Somalia, Zaire. In Lateinamerika gingen jeweils 25% nach Ekuador und Venezuela, 18% nach Peru, 12% nach Kolumbien. Gegenüber früher werden nunmehr weniger aus der Bundeswehr ausgemusterte Waffen exportiert, mehr neue Waffen. Neben Flugzeugen sind es vor allem Panzer. Auch Kriegsschiffe stehen noch vorn im Export.

Bundestagsparteien: Verlängerung des Zivildienstes

60000 Kriegsdienstverweigerer für dieses Jahr erwartet

brp. Alle Bundestagsparteien hatten vor der Sommerpause nach dem Scheitern des Gesetzentwurfes der Koalitionsparteien zur Neuregelung der Kriegsdienstverweigerung erklärt, sofort nach der Konstituierung des neuen Bundestages am 9. November neue Vorstöße für ein Kriegsdienstverweigerungsgesetz zu unternehmen. Bundeskanzler Schmidt äußerte in der Regierungserklärung vorige Woche unter dem Punkt ,,Solidarität der Jugend'': ,,Viele junge Leute leisten in der Jugend- und Sozialarbeit, in den Anstalten für psychisch Kranke, in Heimen für geistig behinderte Kinder einen schweren Dienst. Darunter sind auch viele Ersatzdienstleistende. Dazu will ich bemerken: Wir wollen die Neuordnung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes unter Ausschöpfung des verfassungsmäßigen Rahmens weiterverfolgen.'' Unter den ersten von der Koalition auszuarbeitenden Gesetzentwürfen, mit denen die in der letzten Legislaturperiode gescheiterten Gesetzesvorhaben wiederaufgegriffen werden sollen, befindet sich die Neuordnung der Kriegsdienstverweigerung nicht. Aufgegeben ist damit das Vorhaben keineswegs. Wie es scheint, soll nur nichts übereilt werden, einiges steht auf dem Spiel.

Seit Inkrafttreten des Wehrpflichtgesetzes bis Ende 1979 sind rund 445000 Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt worden. Davon sind über 280000 Verfahren abgeschlossen worden, bei mehr als 205000 wurde auf Kriegsdienstverweigerer anerkannt. Während in der Zeit von 1958 bis 1967 die Zahl der jährlich gestellten Anträge jeweils bei 5000–6000 lag, verdoppelte sie sich 1968 und stieg bis 1973 auf 35000 Anträge pro Jahr an. Nach leichten Rückgängen stellten 1976 40000 einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung, im folgenden Jahr – nach Abschaffung der Gewissensprüfung – dann fast 70000. Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Abschaffung der Gewissensprüfung als verfassungswidrig aufhob, gingen die Anträge 1978 auf 40000 zurück. Im letzten Jahr stieg die Zahl wieder, und für dieses Jahr schätzt der Geschäftsführer der Berliner Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste die Zahl der Kriegsdienstverweigerer auf 60000. Zusammen mit der Mitte der 80er Jahre abnehmenden Zahl von Wehrdienstpflichtigen würde dies bei anhaltender Entwicklung für die Bundeswehrführung zu Schwierigkeiten beim Einzug von genügend neuen Rekruten führen. Wichtiger aber noch: Die zunehmende Zahl von Kriegsdienstverweigerern ist Ausdruck für die breite Ablehnung der Bundeswehr und der Bündnispolitik der westdeutschen Bourgeoisie.

Brigadegeneral Dr. Schreiber beschreibt das Problem für die Bourgeoisie so: ,,Was das Problem der Kriegsdienstverweigerung anbetrifft, so befindet sich die Bundesrepublik Deutschland in mancher Beziehung wieder dort, wo sie Anfang der fünfziger Jahre stand. In jener Zeit waren es schrankenloser Freiheitsdrang nach den Jahren der gewissenlosen Pflichtüberspannung der NS-Zeit, waren es Ohne-mich-Bewegung sowie politische und rechtliche Unsicherheiten, vor allem im Hinblick auf die ersehnte Wiedervereinigung Deutschlands, was die Überzeugung von der Notwendigkeit der Verteidigungsbereitschaft schwächte und die Wehrdienstverweigerung überakzentuierte.'' (Europäische Wehrkunde 10/80) Er fordert die unbedingte Beibehaltung und Verschärfung der Gewissensprüfung, es dürfe keine Alternative Wehrdienst oder Zivildienst geben, denn es müsse geprüft werden, ob ein Antragsteller nicht nur in der gegebenen politischen Situation den Wehrdienst verweigern wolle, aber mit Waffengewalt den Sturz der herrschenden Klasse durchführen würde. Das Schwergewicht legt er aber eindeutig auf die politische Erziehung und Aufklärung, um die Jugend für den Wehrdienst in der Armee zum Schutz des kapitalistischen Privateigentums und der Ausbeuterordnung wiederzugewinnen. Ganz auf der gleichen Linie, nur allgemeiner formuliert, heißt es in der Regierungserklärung: ,,Die Jugend ist in ihrer großen Mehrheit bereit, sich zu engagieren. Sie will auch Pflichten auf sich nehmen, wenn sie diese erkennen und einsehen kann. Ich appelliere an sie: Gebt unserem Staat Kritik, aber gebt ihm auch eure Loyalität, eure Solidarität.'' Es ist klar, nur ein neues Gesetz wird an der Ablehnung von Bundeswehr, NATO und Staatsapparat nichts ändern. Ein ideologisches Trommelfeuer, im Kern die Auffassung von ,,Der Friede ist der Ernstfall'', für den eben auch Opfer gebracht werden müßten, hat schon auf die Jugend vor allem in den Schulen und über die Massenmedien begonnen und soll auch den Boden für eine widerstandslos hingenommene Verschärfung des Zivildienstes bereiten. Und das ist auch eine Maßnahme der Vorbereitung auf den Kriegsfall. Die Marschroute für ein neues Zivildienstgesetz haben die Bundestagsparteien bereits bei der Bundestagsdebatte um den letztlich gescheiterten Entwurf von SPD/FDP vor der Sommerpause festgelegt.

Die CDU will neben der schriftlichen ausführlichen Begründung der Kriegsdienstverweigerung persönliche mündliche Anhörungsverfahren, auf die nur durch einstimmiges Urteil des Prüfungsausschusses verzichten werden soll. Außerdem eine Verlängerung des Zivildienstes mit der demagogischen Begründung, darüber einen ,,Ausgleich für die zusätzlichen Belastungen der Wehrdienstleistenden'' herzustellen. Einen einfach ,,lästig'' gestalteten Zivildienst lehnte jetzt der CDU-Bundestagsabgeordnete Vogel ab, weil das nur ,,Diskussionen an ganz anderen Fronten eröffnen würde''. Zu Recht befürchtet er in einem solchen Fall eine breite Unterstützung der Zivildienstpflichtigen vor allem aus dem öffentlichen Dienst, denn nochmals verschlechterte Arbeitsbedingungen für Zivildienstpflichtige wirken sofort auch auf ihre erkämpften Rechte. Die ,,linken'' SPDler sind bereit, einer Dienstzeitverlängerung auf 20, 22, 24 Monate zuzustimmen, wenn die Unionsparteien Konzessionen beim Prüfungsverfahren machen. Der Regierungsentwurf sah eine ausführliche schriftliche Begründung der Ablehnung des Wehrdienstes vor, mündliche Anhörung nicht als Regel, sondern auf Antrag eines der drei stimmberechtigten Mitglieder des Prüfungsausschusses.



Gegen das Bundesverfassungsgerichtsurteil demonstrierten am 28.1.78 Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstpflichtige.

Theo gegen den Rest der Welt – Filmkritik –

ulw. Ziemlich erfolgreich läuft seit einigen Wochen der Streifen ,,Theo gegen den Rest der Welt'' in den Kinos – ein Unterhaltungsfilm, bei dem man keine Angst zu haben braucht, von alten ausgeleierten Gags gelangweilt zu werden. Die Hauptperson der Handlung ist kein Held, sondern vieles von dem, was er anpackt, mißlingt ihm. Man amüsiert sich nicht auf Kosten seiner Gegner, sondern meist gehen die Gags auf seine Kosten; wie in vielen Woody Allen Filmen z.B. Nur stellt Theo nicht den Typ des verklemmten Intellektuellen dar, sondern er sieht so aus, spricht so, wie viele Leute halt aussehen und sprechen. Sicher ist auch, daß viele die Hoffnung haben, dem Lohnabhängigendasein irgendwann zu entrinnen, oder wenigstens einen erträglichen Posten zu erklimmen. Für die meisten stellt sich das in der Wirklichkeit früher oder später als Il-

Theos spontane Entschlüsse treiben die drei in immer neue Abenteuer. Dabei hat er in Enno und schließlich auch der Studentin Freunde, ohne die er vor die Hunde gegangen wäre. Im Rahmen dieser Handlung ergeben sich immer wieder lustige Situationen, die aus dem Widerspruch zwischen Theos Sprüchen und den tatsächlichen Geschehnissen im Film leben. Etwa, wenn er gegenüber dem Riesenkerl von Geldeintreiber auf den Putz haut und dafür auch prompt Prügel bezieht. Tragikomisch z.B. die Szene, wo Theo, nachdem er den Wagen gerade in den Graben gesetzt hat, auf Ennos Vorwürfe erwidert: ,,Seit zehn Jahren höre ich nichts als Vorwürfe von Dir. Kannst Du nicht einmal sagen, Theo, das hast Du gut hingekriegt!''

In dieser Szene wird auch das Motto der Handlung formuliert: ,,Das Schönste am Leben ist, daß es immer weiter

Frankreich: Lage im Bildungswesen
Auseinandersetzung an den Gymnasien

pem. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht an irgendeinem Gymnasium in Frankreich Aktionen gegen die Schulpolitik durchgeführt werden. Streiks, Demonstrationen von Schülern, Lehrern und Eltern, Besetzungen von Schulen, symbolische Gefangennahme von arbeitslosen Lehrern, Unterricht auf offener Straße vor dem Erziehungsministerium sind nur einige Beispiele für die Kampfmaßnahmen, die seit Schulanfang Mitte September ergriffen wurden.

Auch in Frankreich hat sich die Zahl derer, die das Gymnasium besuchen, in den letzten 20 Jahren beträchtlich erhöht. Waren es 1950 noch 5% eines Jahrgangs, der das Abitur machte, so sind es heute bereits 25%. Insgesamt besuchen derzeit 1,1 Mio. Schüler das

Angesichts einer sich immer schneller entwickelnden Jugendarbeitslosigkeit, zur Zeit sind etwa 700000 Jugendliche von 15–24 arbeitslos, bleiben viele Schüler auch nach einem nichtbestandenen Abitur auf der Schule wie auch viele das Abitur überhaupt nur machen, weil sie sonst doch nur arbeitslos wären. ,,Besser auf der Schule als arbeitslos. Hier hat man wenigstens billiges und halbwegs gutes Essen'', erklärte ein Schüler und drückte damit sicherlich die Meinung vieler aus.

Dem Steigen der Schülerzahlen steht auf der anderen Seite eine Politik der Regierung gegenüber, die planmäßig die Zahl der arbeitslosen Lehrer erhöht. In den französischen Gymnasien sind im wesentlichen drei verschiedene Lehrer beschäftigt, der Maître auxiliaire, der Certifié und der Agrégé. Maître

Wer den Wettbewerb nicht besteht, bleibt weiterhin Maître auxiliaire, d.h. er bekommt immer nur einen Arbeitsvertrag für ein Jahr, wird arbeitslos, wie derzeit etwa ein Viertel oder kann mal hier, mal dort für eine gewisse Zeit Vertretungsstunden geben. Zugleich geht die Regierung immer mehr dazu über, diesen Lehrern halbe Stellen anzubieten, sie an verschiedenen Schulen gleichzeitig einzusetzen, sie fachfremden Unterricht machen zu lassen etc. Damit versucht sie, eine Bestimmung zu umgehen, daß nach zwei Jahren Beschäftigung die Verbeamtung erfolgen muß.

Angesichts dieser beiden Entwicklungen ist es nicht verwunderlich, daß die Klassenfrequenzen ins unerträgliche steigen. An den vier Gymnasien der Stadt Orléans z.B. gibt es 60 Klassen mit mehr als 35 Schülern.

Kriegsdienstverweigerer gestellt worden. Davon sind über 280000 Verfahren abgeschlossen worden, bei mehr als 205000 wurde auf Kriegsdienstverweigerer anerkannt. Während in der Zeit von 1958 bis 1967 die Zahl der jährlich gestellten Anträge jeweils bei 5000–



Gegen das Bundesverfassungsgerichtsurteil demonstrierten am 28.1.78 Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstpflichtige.

Staat Kritik, aber gebt ihm auch eure Loyalität, eure Solidarität.'' Es ist klar, nur ein neues Gesetz wird an der Ablehnung von Bundeswehr, NATO und Staatsapparat nichts ändern. Ein ideologisches Trommelfeuer, im Kern die Auffassung von ,,Der Friede ist der Ernstfall'', für den eben auch Opfer

fungsverfahren machen. Der Regierungsentwurf sah eine ausführliche schriftliche Begründung der Ablehnung des Wehrdienstes vor, mündliche Anhörung nicht als Regel, sondern auf Antrag eines der drei stimmberechtigten Mitglieder des Prüfungsausschusses.

Theo gegen den Rest der Welt – Filmkritik –

ulw. Ziemlich erfolgreich läuft seit einigen Wochen der Streifen ,,Theo gegen den Rest der Welt'' in den Kinos – ein Unterhaltungsfilm, bei dem man keine Angst zu haben braucht, von alten ausgeleierten Gags gelangweilt zu werden. Die Hauptperson der Handlung ist kein Held, sondern vieles von dem, was er anpackt, mißlingt ihm. Man amüsiert sich nicht auf Kosten seiner Gegner, sondern meist gehen die Gags auf seine Kosten; wie in vielen Woody Allen Filmen z.B. Nur stellt Theo nicht den Typ des verklemmten Intellektuellen dar, sondern er sieht so aus, spricht so, wie viele Leute halt aussehen und sprechen. Sicher ist auch, daß viele die Hoffnung haben, dem Lohnabhängigendasein irgendwann zu entrinnen, oder wenigstens einen erträglichen Posten zu erklimmen. Für die meisten stellt sich das in der Wirklichkeit früher oder später als Illusion heraus.

Nicht so für Theo. Dabei sind die Schläge und Tiefschläge, die er einstecken muß, weitaus härter als das, was sozusagen normal ist. Aber Theo ist ein Steh-auf-Männchen. Nichts auf der Welt scheint ihm die Gewißheit rauben zu können, daß er letztlich erfolgreich sein wird. Dabei ist er keineswegs ‚cool', sondern jede Niederlage muß er erst verdauen. Sobald ihm aber der Zufall wieder eine neue Chance zuspielt, sei sie auch noch so winzig, ist er wieder voll da, reißt die Klappe auf, und man weiß sogleich, daß seine Sprüche im krassen Gegensatz zu seinen Fähigkeiten und der Wirklichkeit stehen.

Theo aus Herne und sein italienischer Freund Enno haben sechs Jahre geschuftet und gespart, um sich einen eigenen LKW kaufen zu können. Jetzt sind sie bis über beide Ohren verschuldet und müssen sehen, wie sie sich ihre Gläubiger vom Leibe halten können. In dieser Situation wird ihnen der LKW geklaut, woran Theo nicht ganz unschuldig ist. In der Hoffnung, schneller von seinen Schulden herunterzukommen, hatte er sich darauf eingelassen, schwarze Ware über die Grenze zu bringen. Mit dem Diebstahl des LKW beginnt der Film. Eine Schweizer Studentin kommt ins Spiel, weil Theo ihren 600er Fiat zur Verfolgung seines 38-Tonner Volvo kapert. Der erste Versuch, den LKW zum Stehen zu bringen, scheitert, und Theo, Enno und die Studentin nehmen die Jagd quer durch Europa auf; letztere allerdings zunächst höchst unfreiwillig. Ihrerseits verfolgt werden die drei vom Geldeintreiber eines Kredithais, bei dem Theo 10000 Mark Schulden hat, die jetzt fällig sind.

Theos spontane Entschlüsse treiben die drei in immer neue Abenteuer. Dabei hat er in Enno und schließlich auch der Studentin Freunde, ohne die er vor die Hunde gegangen wäre. Im Rahmen dieser Handlung ergeben sich immer wieder lustige Situationen, die aus dem Widerspruch zwischen Theos Sprüchen und den tatsächlichen Geschehnissen im Film leben. Etwa, wenn er gegenüber dem Riesenkerl von Geldeintreiber auf den Putz haut und dafür auch prompt Prügel bezieht. Tragikomisch z.B. die Szene, wo Theo, nachdem er den Wagen gerade in den Graben gesetzt hat, auf Ennos Vorwürfe erwidert: ,,Seit zehn Jahren höre ich nichts als Vorwürfe von Dir. Kannst Du nicht einmal sagen, Theo, das hast Du gut hingekriegt!''

In dieser Szene wird auch das Motto der Handlung formuliert: ,,Das Schönste am Leben ist, daß es immer weiter geht'', sagt Theo angesichts der scheinbar aussichtslosen Situation. Im Film läuft das tatsächlich so; und der Film endet auch so: Es geht immer weiter. Theo und Enno bekommen ihren Wagen nicht wieder, aber die Jagd geht weiter, schließlich sind es ,,nur 12 Millimeter bis Marseille'' – auf Theos Karte. Auch die Studentin zieht dieses Leben den steril geordneten Verhältnissen ihres reichen Elternhauses schließlich vor.

Es sind Theos Hoffnungen und Illusionen, die die Handlung vorantreiben; und Theo – gespielt von Marius Müller-Westerhagen – ist in vielen Zügen direkt aus dem Leben gegriffen. Keine menschliche Schwäche ist ihm fremd, aber er bleibt dem Zuschauer stets sympathisch, vor allem wegen seiner Frechheit, seiner Zähigkeit und seines schier unglaublichen Optimismus.

Es handelt sich übrigens nicht um einen ,,Trucker-Film''. Daß sich die Geschichte um einen selbständigen Fernfahrer und seinen Lastzug dreht, liegt daran, daß man eine entsprechende Story für einen Fabrikarbeiter z.B. nicht hätte schreiben können.

Von Müller-Westerhagen ist bekannt, daß er den Anspruch erhebt, in seinen Rollen einfache Menschen und ihr Leben darzustellen. Was er darunter versteht? Jeder strampelt, sein Glück zu machen, fällt er dabei auf die Schnauze, muß er an seinen Hoffnungen festhalten. Letzlich geht es immer irgendwie weiter; und *das* macht halt das Leben aus. So suggeriert es der Film, auch wenn er ohne ideologischen Anspruch präsentiert wird. Daß man sich darüber bewußt ist, macht den Film nicht weniger lustig.

Frankreich: Lage im Bildungswesen

Auseinandersetzung an den Gymnasien

pem. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht an irgendeinem Gymnasium in Frankreich Aktionen gegen die Schulpolitik durchgeführt werden. Streiks, Demonstrationen von Schülern, Lehrern und Eltern, Besetzungen von Schulen, symbolische Gefangennahme von arbeitslosen Lehrern, Unterricht auf offener Straße vor dem Erziehungsministerium sind nur einige Beispiele für die Kampfmaßnahmen, die seit Schulanfang Mitte September ergriffen wurden.

Auch in Frankreich hat sich die Zahl derer, die das Gymnasium besuchen, in den letzten 20 Jahren beträchtlich erhöht. Waren es 1950 noch 5% eines Jahrgangs, der das Abitur machte, so sind es heute bereits 25%. Insgesamt besuchen derzeit 1,1 Mio. Schüler das Gymnasium. Anders jedoch als in der BRD umfaßt das Gymnasium nur die letzten drei Klassen vor dem Abitur, die Seconde, die Première und die Terminale. Jedes Gymnasium hat 9 verschiedene Sektionen, von Literatur über Mathematik bis Informatik, in denen wiederum zwischen 1 und 8 verschiedene Abiturprüfungen bestehen. Jedes Abitur berechtigt zwar im Prinzip zum Hochschulzugang, doch ist es praktisch unmöglich, mit einem Abitur B (Sprachen) Naturwissenschaften zu studieren. Auf diese Weise ist das Abitur in starkem Maße selbst ein Instrument zur Auslese wie auch durch seine überaus hohen Durchfallquoten von mehr als einem Drittel im Jahr 79/80.

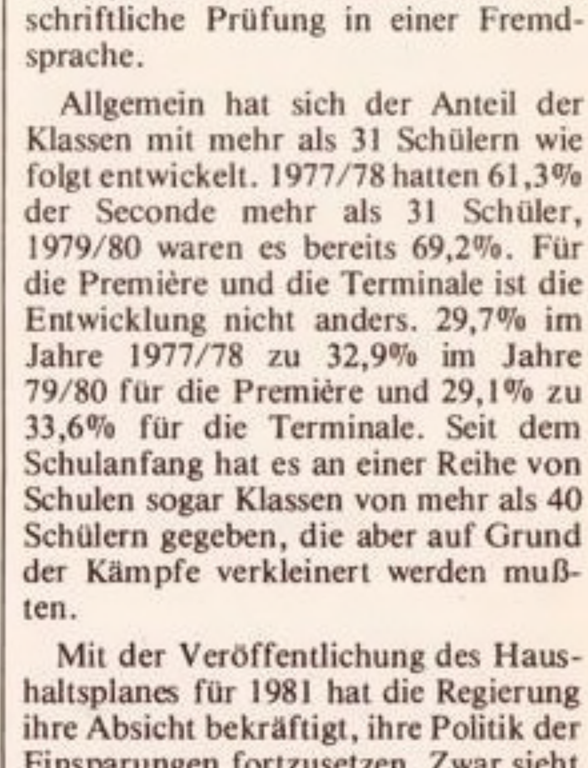
Angesichts einer sich immer schneller entwickelnden Jugendarbeitslosigkeit, zur Zeit sind etwa 700000 Jugendliche von 15–24 arbeitslos, bleiben viele Schüler auch nach einem nichtbestandenen Abitur auf der Schule wie auch viele das Abitur überhaupt nur machen, weil sie sonst doch nur arbeitslos wären. ,,Besser auf der Schule als arbeitslos. Hier hat man wenigstens billiges und halbwegs gutes Essen'', erklärte ein Schüler und drückte damit sicherlich die Meinung vieler aus.

Dem Steigen der Schülerzahlen steht auf der anderen Seite eine Politik der Regierung gegenüber, die planmäßig die Zahl der arbeitslosen Lehrer erhöht. In den französischen Gymnasien sind im wesentlichen drei verschiedene Lehrer beschäftigt, der Maître auxiliaire, der Certifié und der Agrégé. Maître auxiliaire wird man durch Ablegen eines Universitätsexamens. Certifié und Agrégé nur durch die erfolgreiche Teilnahme an einem nationalen Wettbewerb. Berücksichtigt man die Tatsache, daß ein Maître auxiliaire etwa 3300 F Anfangsgehalt, ein Certifié bereits 4500 F, ein Agrégé aber 5300 F hat, und nur die beiden letztgenannten einen sicheren Arbeitsplatz erwarten können, so versteht man, warum die Regierung die Zahl derer, die den nationalen Wettbewerb erfolgreich bestehen, drastisch gesenkt hat. Waren es 1967 noch 4500 von 15000, die den Wettbewerb erfolgreich bestanden, so sind es heute von 50000 Kandidaten nur noch 6000.

Wer den Wettbewerb nicht besteht, bleibt weiterhin Maître auxiliaire, d.h. er bekommt immer nur einen Arbeitsvertrag für ein Jahr, wird arbeitslos, wie derzeit etwa ein Viertel oder kann mal hier, mal dort für eine gewisse Zeit Vertretungsstunden geben. Zugleich geht die Regierung immer mehr dazu über, diesen Lehrern halbe Stellen anzubieten, sie an verschiedenen Schulen gleichzeitig einzusetzen, sie fachfremden Unterricht machen zu lassen etc. Damit versucht sie, eine Bestimmung zu umgehen, daß nach zwei Jahren Beschäftigung die Verbeamtung erfolgen muß.

Angesichts dieser beiden Entwicklungen ist es nicht verwunderlich, daß die Klassenfrequenzen ins unerträgliche steigen. An den vier Gymnasien der Stadt Orléans z.B. gibt es 60 Klassen mit mehr als 35 Schülern. Auch werden immer häufiger Schüler in einer Klasse zusammengefaßt, die sich auf ein unterschiedliches Abitur vorbereiten, z.B. eine mündliche oder eine schriftliche Prüfung in einer Fremdsprache.

Allgemein hat sich der Anteil der Klassen mit mehr als 31 Schülern wie folgt entwickelt. 1977/78 hatten 61,3% der Seconde mehr als 31 Schüler, 1979/80 waren es bereits 69,2%. Für die Première und die Terminale ist die Entwicklung nicht anders. 29,7% im Jahre 1977/78 zu 32,9% im Jahre 79/80 für die Première und 29,1% zu 33,6% für die Terminale. Seit dem Schulanfang hat es an einer Reihe von Schulen sogar Klassen von mehr als 40 Schülern gegeben, die aber auf Grund der Kämpfe verkleinert werden mußten.



Mit der Veröffentlichung des Haushaltsplanes für 1981 hat die Regierung ihre Absicht bekräftigt, ihre Politik der Einsparungen fortzusetzen. Zwar sieht der Entwurf eine Erhöhung von 15,3% vor, doch angesichts einer Inflationsrate von 10% für die ersten 9 Monate dieses Jahres handelt es sich um nicht mehr als einen Inflationsausgleich. Klassen mit 40 und mehr Schülern werden dann, so die Gewerkschaft, nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel sein.

Gegen diese Politik erheben die Schüler, Eltern und Lehrer die Forderungen nach Senkung der Klassenfrequenz sofort auf 30, als Schritt zu 25 Schülern pro Klasse, die Ausweitung der sogenannten Verdoppelung des Unterrichts, d.h. eine Klasse wird geteilt und ein bis zwei Mal die Woche von 2 Lehrern unterrichtet, und die Einstellung aller arbeitslosen Lehrer.



Auch an den anderen Schulen werden Kämpfe geführt. *Bild:* Demonstration von Berufsschülern in Paris gegen die schlechte Ausstattung, 1979.

CDU-Parteitag Schleswig-Holstein von der „Wende" zum „Neubeginn"

Kürzung der Gemeindefinanzen erschwert das Vorhaben

reh. 5,2% Stimmenverluste der CDU Schleswig-Holstein bei den Bundestagswahlen: die Ablehnung der offenen Reaktion durch die Arbeiterklasse und große Teile des Volkes fiel hier besonders deutlich aus (1,1% über dem Bundesdurchschnitt). Offensichtlich ist die Aussicht der CDU, bei den Landtagswahlen Anfang 1983 den 0,9% Stimmenvorsprung vor SPD/FDP aus der letzten Landtagswahl zu verlieren, groß.

Zwischen dieser Erkenntnis nach der Wahl und dem Landesparteitag am 22.11., liegen 1 ½ Monate, in denen die CDU-Mitglieder auf Orts- und Kreisebene scharfe Kritik an der Parteiführung übten. Die unteren Parteigliederungen fühlten sich bei der Bewältigung ihrer Probleme vor Ort von der Partei im Stich gelassen. Profilsucht und Karrieredenken hätten die innerparteiliche Diskussion abgewürgt.

Auf dem Parteitag war die große Stunde der „Basis" gekommen. Wie es aussieht ganz nach Plan Stoltenbergs. Von den 20 vorgelegten Anträgen wurden 12 von der Jungen Union und 5 von den Sozialausschüssen (CDA) eingebracht – vom Landesvorstand nicht ein einziger. Die Anträge spiegeln gebrochen wider, mit welchen Problemen sich die einfachen Mitglieder befassen müssen. Beantragt wurde: die ganztägige Betreuung von Kindern im dreigliedrigen Schulsystem anzustreben (angenommen); die Erweiterung der schulischen Mitbestimmung und Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten von Schülervertretungen, Schülerzeitungen und politischen Schülergruppen (überwiesen an Landesausschuß); die Einführung der flexiblen Altersgrenze ab 55 Jahre für Polizeivollzugsbeamte (abgelehnt weil zu teuer); die Verbesserung der Familiendarlehen und Schaffung eines Familiengründungsdarlehens (angenommen).

Desweiteren wurde beschlossen: Alle Mitglieder und Vorstände sollen sich zur Betriebsarbeit zur Verfügung stellen; alle zwei Jahre soll zentral eine Betriebs- und Personalrätekonferenz durchgeführt werden; Jugendkonferenzen und offene Jugendforen sollen verstärkt werden; die Frauenarbeit soll intensiviert werden. Stoltenberg forderte, „viele fruchtbare Berührungspunkte mit den Grünen" zu nutzen. Am Bau des KKW Brokdorf sei zwar unbedingt festzuhalten, als Köder legte er jedoch aus: Neue Naturschutzgebiete, Landschaftsrahmenpläne und den Ausbau von 600 km (zum großen Teil schon vorhander) Radwege

Aus der großen „Wende", dem Ziel bis zum 5. Oktober, ist nichts geworden. Ein „Neubeginn" in Richtung Volkspartei mit christlich-reaktionärer Ideologie wurde von Stoltenberg gefordert. Der CDA-Vorsitzende Dall'Asta frohlockte, er fühle „Aufbruchstimmung". Ob die Mitglieder der Sozialausschüsse, der Jungen Union und der Frauenvereinigung, die den „Neubeginn" tragen sollen, an diesem Glücksgefühl teilhaben können, ist zweifelhaft.

Nach den bisher vorliegenden Beschlüssen der Bundes- und Landesregierung zeichnet sich eine drastische Senkung der Gemeindefinanzen in Schleswig-Holstein ab. Die Landesregierung hat letzte Woche die Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs um 50 Mio. DM, das sind ca. 5%, angekündigt. Bei dem sich immer deutlicher abzeichenden Konjunktureinbruch werden die Gemeinden teilweise mit einem Rückgang der Gewerbesteuer, ihrer Haupteinnahme, rechnen müssen. Zusätzlich hat die Landesregierung beschlossen oder angekündigt, daß bereits zugesagte Gelder für den Bau von Ortsentwässerungen, von sozialen Einrichtungen wie Jugendaufbauwerk und Pflegeheime und von überbetrieblichen Ausbildungsstätten gestrichen werden, ferner, daß die Beteiligung des Landes an den Schülerbeförderungskosten gesenkt werden soll. Dies alles sind Maßnahmen, die einschneidend in die Reproduktionsbedingungen der Volksmassen eingreifen. Die Widersprüche zwischen den Organen der Kommune und der Landes- bzw. Bundesregierung werden sich auf dieser Grundlage um einiges verschärfen. Das Konzept der CDU in Schleswig-Holstein, sich bei der Durchsetzung der Maßnahmen auf ihre „Basis"organisationen zu stützen, wird kaum aufgehen können. Zur strafferen Führung der Partei hat der Parteitag dazu passend mit Reichardt einen Generalsekretär mit Befehlserfahrung erkoren. Er ist, wie Vorgänger Dallmeyer, Oberstleutnant bei der Bundeswehr.



Am 25.11.80 führte der Regionalverband Hamburg Unterelbe-Schleswig-Holstein des KBW eine Veranstaltung durch mit dem Titel: „Wie weiter im Aufbau der Kommunistischen Partei", auf der Hans Gerhart Schmierer, Sekretär des ZK des KBW sprach. Die Veranstaltung hatte 340 Teilnehmer.

Hamburg: 801 Lehrer einstellen

Personalversammlung Gymnasien zum Haushalt 1981

ulh. „Man muß sich mal abschminken, daß Hamburg eine reiche Stadt ist, die sich das Geld zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse so einfach aus dem Ärmel schütteln kann." So versuchte Haushaltsausschußmitglied Eberlein, bereits etwas hektisch, auf der Personalversammlung der Gymnasiallehrer am Donnerstag vergangener Woche die Bildungspolitik des SPD-Senats zu rechtfertigen. Folgendes hatte er der gut 500 Lehrer umfassenden Versammlung mitgeteilt: Im Hamburger Haushalt für 1981 sind an Verbesserungen im Schulbereich vorgesehen:
1. 20 Lehrerstellen im Sonderschulbereich (sogenannte Feuerwehrstellen)
2. noch nicht genau definierte Verbesserungen an VR-Schulen in Hamburg-Altona, Mitte und Wilhelmsburg zur Ausländerförderung.

Diese seine vom Inhalt her absolut dürftigen Auskünfte wurden von den Lehrern mit Enthüllungen über die katastrophale Lage an Hamburger Gymnasien und mit politischen Angriffen auf die Politik der SPD-Regierung beantwortet:
– Der Stundenausfall an Hamburger Gymnasien beträgt 9%, d.h. jede 11. Stunde fällt aus.
– Leistungskurse in der gymnasialen Oberstufe, die nach den Richtlinien 6 Wochenstunden umfassen müssen, finden z.T. gegenwärtig nur 3-stündig statt, weil Lehrer fehlen. D.h. die Abiturienten dieses Jahrgangs müssen Abituranforderungen, die auf 6 Wochenstunden berechnet sind, mit nur 3 Wochenstunden Unterricht bewältigen.
– In Hamburg wurde die Zahl der an der Studienstufe unterrichtenden Lehrer um 284 gesenkt.
– Die Steuerpolitik hat zu einer 36%igen Senkung der Gewerbesteuer, auf der anderen Seite aber zu einer 15%igen Steigerung der Lohnsteuereinnahmen geführt.
– Alles wurde in Hamburg unternommen, um den Kapitalisten Vergünstigungen zu schaffen, die Lehrer hingegen mit ihrer Forderung nach Arbeitszeitverkürzung vor 5 Jahren mit dem Argument 'Lehrermangel', heute mit dem Argument 'sinkende Schülerzahlen' abgewimmelt.

Dazu hatte dann der Haushaltsexperte im wesentlichen nur noch zweierlei zu sagen: der Fehlbedarf an der Studienstufe solle ab 1982 auf 72 Fehlstellen 'verbessert' werden; die Bildungspolitik habe *heute* nicht mehr *die* Priorität (anhaltendes Lachen im Publikum).
Die Personalversammlung verabschiedete eine Resolution, die Herr Eberlein dem Haushaltsausschuß überbringen soll. In der Resolution werden folgende Forderungen an den Haushalt 1981 gestellt:

„1. Senkung der Pflichtstundenzahl aller an den Gymnasien tätigen Lehrer auf 22 pro Woche.
3740 Lehrer, Senkung von 23 auf 22 = 170 Stellen.
400 Lehrer, Senkung von 26 auf 22 = 73 Stellen. (Das betrifft die VR-Lehrer, die an Gymnasien unterrichten (meist Mangelfächer), und die VR-Pflichtstundenzahl von 26 Wochenstunden unterrichten müssen.)

2. Eine Klassenlehrerstunde für jede Klasse in der Sekundarstufe I: 1622 Klassen = 74 Stellen.
3. Verbesserung in der Stundenzuweisung für die Oberstufe = 254 Stellen.
4. Vertreter- und Dispositionsstunden in Höhe von 5% der jeder Schule zugewiesenen Lehrerstunden = 230 Stellen.

5. Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten durch Anhebung der Zahl der Beförderungsstellen auf zunächst 50% der Stellen. Weiterhin wird die Angleichung an den übrigen Öffentlichen Dienst mit einem Stellenkegel von 68:32 A14 zu A13 gefordert.

6. Rücknahme der Streichung bei Förder-, Differenzierungs- und Teilungsstunden."

Die Resolution wurde einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.

Studenten lassen nicht locker

Streikaktionen haben erste Erfolge gebracht

chs. Die anhaltenden Kampfaktionen der Studenten haben die Behörden auf Trab gebracht. Auf zwei großen Studentenversammlungen mußte Senator Sinn sich den Forderungen der Studenten stellen. Streikaktionen an verschiedenen Instituten, ein zentraler Warnstreik ein Go-in zum Hochschulamt und eindeutige Stellungnahmen auf einer öffentlichen Ausschußsitzung der Bürgerschaft hatten den nötigen Druck gemacht. Diese Erfolge konnten die Studenten schon erreichen: 100000 DM wurden für zusätzlichen Unterricht bei den Maschinenbau-Erstsemestern rausgerückt. 1 Mio. DM für die schlimmsten Engpässe an der Uni bei der Chemie und beim Zentralen Fremdspracheninstitut. Das Hamburger Hochschulgesetz wurde novelliert, indem alle Ausschlußfristen herausgenommen, aber (vorläufig) keine neue Zwischenprüfungsregelung aufgenommen wurde. Die Beitrags- und Wahlordnung der Verfaßten Studentenschaft an der Fachhochschule wurde vom Senat anerkannt. Außerdem schrieb Senator Sinn einen Brief an andere Senatoren und an den Bildungsminister Schmude, in dem er die Rücknahme der BAFöG-Einfrierung und des Wohnheim-Baustops verlangt.

Fachhochschule, 25.11.: Unter tosendem Beifall übergibt ein Fachschaftsrat dem Hochschulsenator Sinn eine Groschensammlung der „Initiative: Rettet die notleidende Fachhochschule". 500 Studenten hatten „gespendet", der Senator soll die restlichen Millionen dazutun. Illustration zur Lage auf derselben Versammlung: 2 Dozenten für physikalische Chemie sind krank geworden. Folge: der Unterricht in diesem Fach soll um ein Jahr verschoben werden. Der Fachbereichssprecher findet diesen Vorschlag „machbar" und will damit nicht den Senator belästigen, die Studenten lehnen das ab. „Erregt" springt Senator Sinn auf: „Seien Sie doch solidarisch! Rufen Sie bei mir an, diese 4 Stunden kann ich auch noch locker machen!" Der Fachbereichssprecher ist blamiert. Auf derselben Versammlung empfiehlt der Senator den Studenten, die geltende Prüfungsordnung zu vergessen, nur die Hälfte zu studieren, dafür aber gründlich.

An der Universität: 3500 Studenten im überfüllten Audimax, auf dem Podium vor Sinn ein Teller mit kaltgewordenem Mensabratfisch in der bekannten ätzenden Sauce, hinter ihm ein Transparent: „Schuß in den Ofen".

Die Studenten merken, daß sie Erfolge haben können und lassen nicht locker. Die meisten Forderungen allerdings gehen über die Zuständigkeit der Landesregierung hinaus und müssen gegen die Bundesregierung durchgesetzt werden. Für Donnerstag ist in Hamburg eine Demonstration aller Studenten angesetzt.

Studenten lassen nicht locker
Streikaktionen haben erste Erfolge gebracht
chs. Die anhaltenden Kampfaktionen der Studenten haben die Behörden auf Trab gebracht. Auf zwei großen Studentenversammlungen mußte Senator Sinn sich den Forderungen der Studenten stellen. Streikaktionen an verschiedenen Instituten, ein zentraler Warnstreik ein Go-in zum Hochschulamt und eindeutige Stellungnahmen auf einer öffentlichen Ausschußsitzung der Bürgerschaft hatten den nötigen Druck gemacht. Diese Erfolge konnten die Studenten schon erreichen: 100000 DM wurden für zusätzlichen Unterricht bei den Maschinenbau-Erstsemestern rausgerückt. 1 Mio. DM
de vom Senat anerkannt. Außerdem schrieb Senator Sinn einen Brief an andere Senatoren und an den Bildungsminister Schmude, in dem er die Rücknahme der BAFöG-Einfrierung und des Wohnheim-Baustops verlangt.
Fachhochschule, 25.11.: Unter tosendem Beifall übergibt ein Fachschaftsrat dem Hochschulsenator Sinn eine Groschensammlung der „Initiative: Rettet die notleidende Fachhochschule". 500 Studenten hatten „gespendet", der Senator soll die restlichen Millionen dazutun. Illustration zur Lage auf derselben Versammlung:
kann ich auch noch locker machen!" Der Fachbereichssprecher ist blamiert. Auf derselben Versammlung empfiehlt der Senator den Studenten, die geltende Prüfungsordnung zu vergessen, nur die Hälfte zu studieren, dafür aber gründlich.
An der Universität: 3500 Studenten im überfüllten Audimax, auf dem Podium vor Sinn ein Teller mit kaltgewordenem Mensabratfisch in der bekannten ätzenden Sauce, hinter ihm ein Transparent: „Schuß in den Ofen".
brochen wider, mit welchen Problemen sich die einfachen Mitglieder befassen müssen. Beantragt wurde: die ganztägige Betreuung von Kindern im dreigliedrigen Schulsystem anzustreben (angenommen); die Erweiterung der schulischen Mitbestimmung und Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten von Schülervertretungen, Schülerzeitungen und politischen Schülergruppen (überwiesen an Landesausschuß); die Einführung der flexiblen Altersgrenze ab 55 Jahre für Polizeivollzugsbeamte (abgelehnt weil zu teuer); die Verbesserung der Familiendarlehen
Nach den bisher vorliegenden Beschlüssen der Bundes- und Landesregierung zeichnet sich eine drastische Senkung der Gemeindefinanzen in Schleswig-Holstein ab. Die Landesregierung hat letzte Woche die Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs um 50 Mio. DM, das sind ca. 5%, angekündigt. Bei dem sich immer deutlicher abzeichenden Konjunktureinbruch werden die Gemeinden teilweise mit einem Rückgang der Gewerbesteuer, ihrer Haupteinnahme, rechnen müssen. Zusätzlich hat die Landesregierung be-
Volksmassen eingreifen. Die Widersprüche zwischen den Organen der Kommune und der Landes- bzw. Bundesregierung werden sich auf dieser Grundlage um einiges verschärfen. Das Konzept der CDU in Schleswig-Holstein, sich bei der Durchsetzung der Maßnahmen auf ihre „Basis"organisationen zu stützen, wird kaum aufgehen können. Zur strafferen Führung der Partei hat der Parteitag dazu passend mit Reichardt einen Generalsekretär mit Befehlserfahrung erkoren. Er ist, wie Vorgänger Dallmeyer, Oberstleutnant bei der Bundeswehr.
haltsausschußmitglied Eberlein, bereits etwas hektisch, auf der Personalversammlung der Gymnasiallehrer am Donnerstag vergangener Woche die Bildungspolitik des SPD-Senats zu rechtfertigen. Folgendes hatte er der gut 500 Lehrer umfassenden Versammlung mitgeteilt: Im Hamburger Haushalt für 1981 sind an Verbesserungen im Schulbereich vorgesehen:
1. 20 Lehrerstellen im Sonderschulbereich (sogenannte Feuerwehrstellen)
2. noch nicht genau definierte Verbesserungen an VR-Schulen in Hamburg-Altona, Mitte und Wilhelmsburg zur Ausländerförderung.
Diese seine vom Inhalt her absolut dürftigen Auskünfte wurden von den Lehrern mit Enthüllungen über die katastrophale Lage an Hamburger Gymnasien und mit politischen Angriffen auf die Politik der SPD-Regierung beantwortet:
– Der Stundenausfall an Hamburger Gymnasien beträgt 9%, d.h. jede 11. Stunde fällt aus.
– Leistungskurse in der gymnasialen Oberstufe, die nach den Richtlinien 6 Wochenstunden umfassen müssen, finden z.T. gegenwärtig nur 3-stündig statt, weil Lehrer fehlen. D.h. die Abiturienten dieses Jahrgangs müssen Abituranforderungen, die auf 6 Wochenstunden berechnet sind, mit nur 3 Wochenstunden Unterricht bewältigen.
– In Hamburg wurde die Zahl der an der Studienstufe unterrichtenden Lehrer um 284 gesenkt.
perte im wesentlichen nur noch zweierlei zu sagen: der Fehlbedarf an der Studienstufe solle ab 1982 auf 72 Fehlstellen 'verbessert' werden; die Bildungspolitik habe heute nicht mehr die Priorität (anhaltendes Lachen im Publikum).
Die Personalversammlung verabschiedete eine Resolution, die Herr Eberlein dem Haushaltsausschuß überbringen soll. In der Resolution werden folgende Forderungen an den Haushalt 1981 gestellt:
„1. Senkung der Pflichtstundenzahl aller an den Gymnasien tätigen Lehrer auf 22 pro Woche.
3740 Lehrer, Senkung von 23 auf 22 = 170 Stellen.
400 Lehrer, Senkung von 26 auf 22 = 73 Stellen. (Das betrifft die VR-Lehrer, die an Gymnasien unterrichten (meist Mangelfächer), und die VR-Pflichtstundenzahl von 26 Wochenstunden unterrichten müssen.)
2. Eine Klassenlehrerstunde für jede Klasse in der Sekundarstufe I: 1622 Klassen = 74 Stellen.
3. Verbesserung in der Stundenzuweisung für die Oberstufe = 254 Stellen.
4. Vertreter- und Dispositionsstunden in Höhe von 5% der jeder Schule zugewiesenen Lehrerstunden = 230 Stellen.
5. Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten durch Anhebung der Zahl der Beförderungsstellen auf zunächst 50% der Stellen. Weiterhin wird die

Tischlerlehrlinge fordern Fachpraxis

Die Lehrlinge der G6 (Tischler) kämpften schon lange mit der GHK Jugend für eine qualifizierte Ausbildung, die umfassend und gründlich die gesamte Breite der handwerklichen Fertigkeiten vermittelt. Während die Lehrlinge als billige Hilfskräfte in den Buden ausgebeutet werden, konnte zumindest ein fachpraktischer Unterricht an der Berufsschule erkämpft werden. Dieser war mit 25iger Gruppen und zu wenig Werkmeistern schon schlecht genug. Schulsenator Grolle ließ nun den Fachpraxisunterricht von 12 auf 8 Wochenstunden kürzen, weil die Lehrer fehlen würden. Gegen eine Ausbildung zum Tischler oder Kunststoffhelfer organisierten die Tischlerlehrlinge über ihre Gewerkschaft GHK und den Schülerrat den Kampf. Am 28.11., als Grolle die G6 besuchte, wurde eine Vollversammlung organisiert, die Forderungen nach Einstellung von zwei Fachlehrern und mindestens 12 Wochenstunden Fachpraxis beschlossen. Diese wurden Grolle auf einer Pressekonferenz überreicht, mitsamt der Attrappe einer blutenden Hand, die demonstrieren sollte, was es bedeutet, wenn die Ausbildung an den Maschinen nicht umfassend ist. Grolle wurde sichtlich blaß und konnte sich nur durch gezielte Hasenfußtaktik dem Angriff mit den Forderungen entziehen. Zusammen mit Lehrern und GHK soll der Kampf weiter organisiert werden.

Vertreter des „Anti-H-Block-Komitees" in Hamburg

hek. Etwa 250 Menschen nahmen an der Veranstaltung in der ESG mit Vertretern des irischen „Anti-H-Block Komitees" teil. Berichtet wurde vor allem vom Kampf der politischen Gefangenen in Long Kesh und dem Frauengefängnis in Armagh. Seit dem 27. Oktober sind Gefangene des H-Blocks in den Hungerstreik getreten, um bessere Haftbedingungen und die Anerkennung als Kriegsgefangene durchzusetzen. Dieser Kampf wird mit Massendemonstrationen von den irischen Volksmassen unterstützt. Die Anerkenung als Kriegsgefangene wäre eine Niederlage der britischen Regierung in dem Versuch, den Kampf des irischen Volkes für Selbstbestimmung zu kriminalisieren.

Der Flugverkehr in Fuhlsbüttel stagniert

are. Der Hamburger Senat will zwar weiterhin am Projekt Großflughafen Kaltenkirchen festhalten, aber seinen Finanzbeitrag kürzen. Der Bau des Flughafens wurde vor über 10 Jahren geplant als Ergänzung zum Hamburger Flughafen. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die damals angenommenen Planzahlen weit verfehlt waren. Aus den Verkehrsdaten des Hamburger Flughafens läßt sich der vorsichtige Rückzug des Hamburger Senats erklären. Die Anzahl der Starts und Landungen hat sich von 1970 (89788) bis 1979 (98199) mit leichten Schwankungen kaum verändert, lediglich 1972 wurden über 100000 Flugzeugbewegungen gezählt. Der Anteil des gewerblichen Flugverkehrs betrug dabei ca. 70% und blieb in dem Zeitraum im wesentlichen konstant. Die Passagierzahlen stiegen im gleichen Zeitraum von 3,1 Mio. auf 4,5 Mio. pro Jahr. Die Planungen für Kaltenkirchen sahen über 20 Mio. Passagiere vor. Die Luftfracht einschließlich Luftpost stieg von 42338 t auf 54379 t im Jahr 1979. Die Einnahmen des Hamburger Flughafens beliefen sich 1979 auf ca. 100 Mio. DM, davon 40 Mio. aus Start- und Landegebühren. Ein Großflughafen in der Nähe Hamburgs würde einen erheblichen Teil des Flugverkehrs aus Hamburg abziehen, was dem Senat wohl einige Sorgen bereitet, da er ja mit 64% an der Flughafen-GmbH beteiligt ist (Schleswig-Holstein 10% und der Bund 26%), die Existenzfähigkeit wäre direkt gefährdet.

Kiel: Prozeß gegen SS-Sturmführer begann

jöf. Nach 17-jährigen Ermittlungen begann jetzt einer der letzten Nazi-Verbrecher-Prozesse. Angeklagt der Beihilfe zum Mord an rund 10000 belgischen Juden ist nur noch der ehemalige SS-Sturmführer Asche; sein damaliger Chef Obersturmführer Ehlers, zuletzt Richter am Verwaltungsgericht in Schleswig, hat sich kürzlich umgebracht, der oberste SS-Offizier für Belgien, Standartenführer Canaris, hat es geschafft dauernd verhandlungsunfähig geschrieben zu werden. Daß der Prozeß überhaupt noch stattfindet, ist schon ein Erfolg der antifaschistischen Kräfte: 1975 hatte das Landgericht Flensburg die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt, weil angeblich eine Verurteilung unwahrscheinlich sei. Asche kann sich an nichts erinnern und hat von Judenmorden angeblich nie was gehört. Seit 1935 war er 'Judenreferent', zuerst beim Sicherheitsdienst in Berlin, dann nach dem Einmarsch in Polen, ab 1941 in Belgien. Nach dem Krieg hat er bis 1954 unter falschem Namen gelebt – obwohl er doch angeblich gar nichts getan hatte. Verurteilung unwahrscheinlich?

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119551, 6000 Frankfurt am Main, Telex 4 13080 kuehl d, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/394904; Verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 - 10, 14 - 16: Bernhard Peters, für die Seiten 11 - 13 Lutz Plümer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltung GmbH & Co Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Erscheint wöchentlich. Zu beziehen über die Geschäftsstelle des Regionalverbandes, Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, gegen Einzahlung des Abonnementpreises von 11 DM pro Vierteljahr oder 44 DM pro Jahr; Commerzbank 4036794, BLZ 20040000.



Zum Prozeßbeginn gegen den ehem. SS-Sturmführer Asche demonstrierten in Kiel 200 belgische Juden und 150 deutsche Antifaschisten für eine gerechte Bestrafung. SPD-Stadtpräsident Johanning lud die Belgier zu einem Empfang, die CDU erhob dagegen Einwände.

Berufsgrundbildungsjahr

Dahinter: ganz entgegengesetzte Interessen

reb. Erstmals in die Diskussion kam das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) 1971. In vom Bundesausschuß für Berufsbildung verfaßten Thesen wurde beabsichtigt, das BGJ als 1. Jahr der Berufsausbildung einzuführen. Die Richtung kündigte sich aber bereits mit dem KMK-Beschluß vom 3.7.69 an, wonach an den Hauptschulen das Fach 'Arbeitslehre' und teilweise Betriebspraktika in der 9. Klasse eingeführt wurden. Hintergrund der sich anbahnenden Auseinandersetzung war die Tatsache, daß die Kapitalisten mit der ersten großen Krise 1966/67 wieder verstärkt dazu übergingen, ihren Konkurrenzkampf mittels Rationalisierung, d.h. Ersetzung lebendiger Arbeit durch Maschinerie, zu führen. Diese Umwälzung schaffte nicht nur neue Anforderungen an die Fähigkeiten der Arbeiter. Mit der Ersetzung handwerklicher Fähigkeiten durch Maschinen sanken auch diese Anforderungen von Seiten der Kapitalisten. Gestützt auf diese Tatsache und mittels Druck der aus der Krise hervorgegangenen industriellen Reservearmee versuchten sie den Wert der Arbeitskraft zu drücken, indem sie die Ausbildungskosten und damit die Qualität der Ausbildung drückten. Für sie war das BGJ von Anfang an Ersatz und zugleich Ausleseinstrument für die dreijährige Fachausbildung.

Die Arbeiterbewegung sah sich angesichts dieser Entwicklung vor die Aufgabe gestellt, den gesellschaftlichen Wert ihrer Arbeitskraft zu verteidigen, und sie reagierte ziemlich schnell. Im November 1968 organisierte die Gewerkschaftsjugend in Hamburg die erste große Lehrlingsdemonstration. Unterstützt vom DGB bildeten sich 1970 über 50 Lehrlings- und Jungarbeiterzentren. Bis Ende 1971 stieg die Zahl auf 120. Inhaltlich beschränkte man sich dabei keineswegs auf die Verteidigung des Bestehenden. Im April 1972 legte der DGB in 111 Punkten die „Forderungen des DGB zur beruflichen Bildung" vor. Gefordert wurde die Aufhebung des dreigliedrigen Schulsystems durch ein Gesamtbildungssystem, das „die Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung aufhebt. (...) Bereits in der Sekundarstufe I (5. bis 10. Schuljahr) soll eine vorberufliche Bildung vermittelt werden. Danach anschließen soll sich als 11. Schuljahr und damit 1. Jahr der Sekundarstufe II ein Berufsausbildungsjahr als Grundlage für weitere Bildungswege (...). Der Abschluß der Sekundarstufe II, deren Durchführung in schulischen und betrieblichen Einrichtungen (bei Ausschaltung der Unternehmerkammern) vorgeschlagen wird, soll sowohl zur Ausübung eines Berufs als auch zur Aufnahme eines weiterführenden Studiums berechtigen." Das soll auf der Grundlage der „Demokratisierung des Bildungswesens" geschehen. Vor Abschluß der Sekundarstufe II ist eine Entlassung aus der Schule nicht vorgesehen. (aus: 'Berufliche Bildung – Politik des DGB') In diesem Rahmen fordert der DGB die flächen- und berufsfelddeckende Einführung des BGJ als 1. Jahr einer dreijährigen Berufsausbildung in schulischer Form bei gleichzeitiger Einführung eines 10. Schuljahres. Die Kapitalisten haben begriffen, daß es sich hier um Bestandteile eines Konzepts handelt, das bereits wesentliche Züge einer einheitlichen Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr enthält, theoretische und praktische Grundkenntnisse der Produktion vermittelt und einen qualifizierten Berufsabschluß garantiert und mit ihren Vorstellungen gar nichts gemein hat.

Hetzkampagne gegen die Arbeitslosenversicherung

Vorbereitung weiterer Verschärfungen im Arbeitsförderungsgesetz

wiv Seit September läuft in der bürgerlichen Presse eine breit angelegte publizistische Kampagne gegen die Bundesanstalt für Arbeit (BfA). Es begann Anfang September in der Frankfurter Rundschau unter der Überschrift „Regierung und Bundesanstalt würgen die Selbstverwaltung ab". In der Öffentlichkeit wurde eine „Untersuchung" lanciert, in der es heißt: „Besonders vernichtend äußerten sich in dem Gutachten die Arbeitgebervertreter in den Selbstverwaltungsgremien. Alles Strittige würde auf der jeweils höchsten Ebene unter vier Augen geklärt" und weiter: „Im Prinzip ist die Selbstverwaltung vor Ort auch deshalb lahmgelegt, weil der ganze Apparat inzwischen darauf eingestellt ist, von Nürnberg und vom Landesarbeitsamt detaillierte Anweisungen zu erhalten."(FR 1.9.)

Die Kampagne wurde weitergeführt in der „Welt" am 28.10. und den „Kieler Nachrichten" am 11.11. In beiden Artikeln werden die Statistiken der Arbeitsämter in Zweifel gezogen. Beide sind von der „Vereinigung der Unternehmensverbände Schleswig-Holstein" und richten sich gegen die in ihren Augen zu hohen Arbeitslosenzahlen. Der Kern läge darin, daß in den Arbeitslosenstatistiken Arbeitslose geführt würden, die gar nicht arbeiten wollten, z.B.:

– arbeitslose junge Frauen, die ihre Teilzeit-Arbeitswünsche so legen, daß sie nicht vermittelt werden können,
– ältere Arbeiter, die, bevor sie in Rente gehen, noch ein Jahr „stempeln" ohne Chance auf Vermittlung,
– „Mobilitäts-Arbeitslose", die sich weigern, umzuziehen.

Das Ergebnis: Die Arbeitslosenzahlen liegen nach den Kapitalistenvorstellungen um 35% zu hoch.

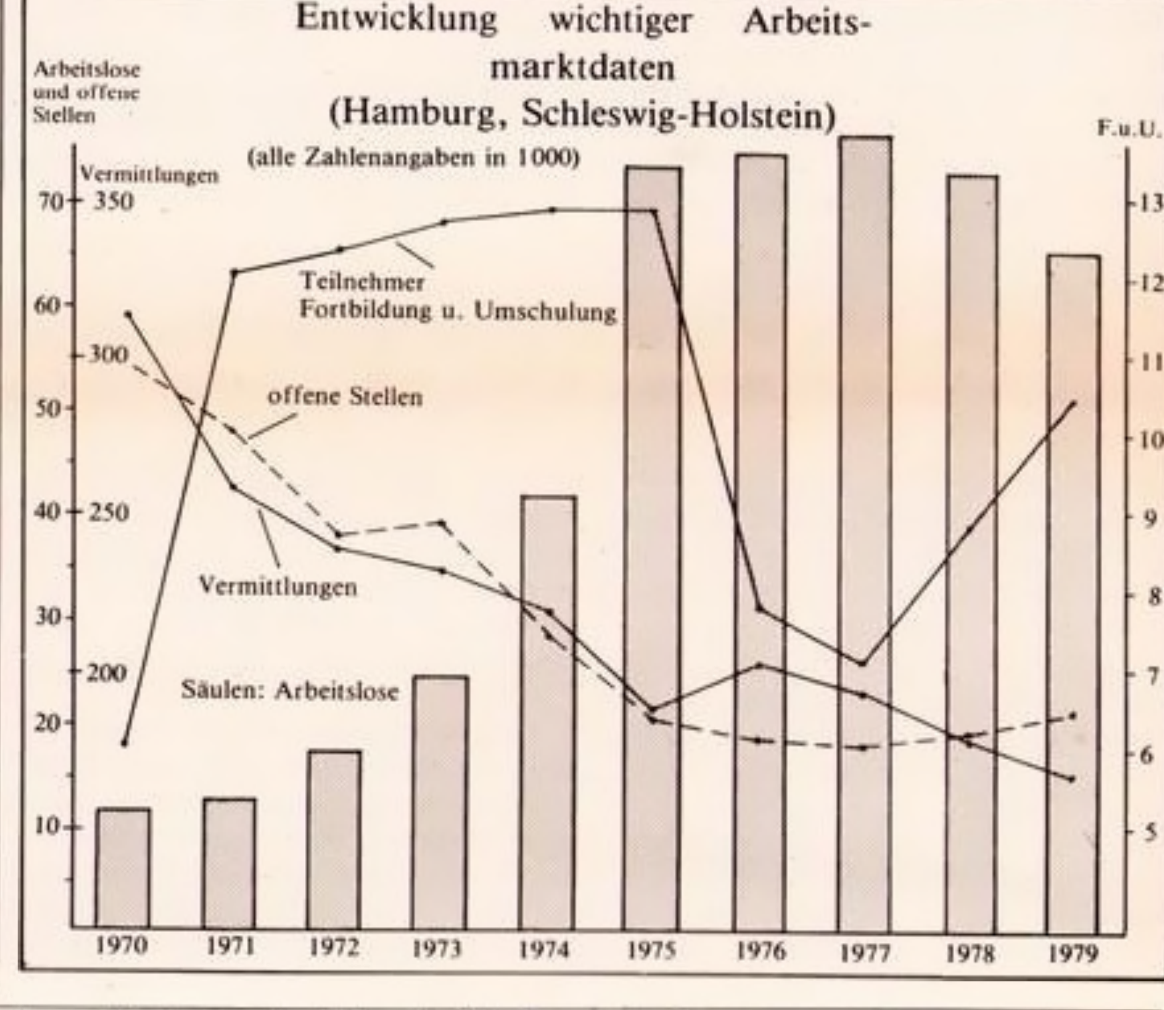
Tatsache ist, daß die Zahlen der BfA windig sind, aber in *umgekehrter* Richtung. Jeder, der kein Arbeitslosengeld kriegt oder schlechte Erfahrungen gemacht hat, meldet sich gar nicht erst und erscheint auch nicht in der Statistik. Die industrielle Reservearmee ist also um einiges *größer* als in den offiziellen Statistiken angegeben. Deren wichtigste Zahlenreihen von 1970 bis 1979 haben wir für den Landesarbeitsamtbezirk Schleswig-Holstein/Hamburg im Schaubild zusammengestellt.

Das Gerede von falschen Zahlen ist ein Manöver. Was den Kapitalisten stinkt, ist eine große industrielle Reservearmee, die aber für sie nicht ohne weiteres nutzbar ist zur schrankenlosen Lohndrückerei. Zwar besteht die „Selbstverwaltung" aus Gewerkschaften, Kapitalisten und der „öffentlichen Hand", aber trotzdem sind die Arbeitslosen *nicht* gezwungen, jede Arbeit unter allen Bedingungen aufzunehmen oder zugrunde zu gehen. Genau diesen Zustand herzustellen, darum geht es den Kapitalisten mit ihrem Propagandafeuer, was nicht ungeschickt ist: Denn weder sind die Arbeitsämter beliebt, noch glaubt jemand an die offiziellen Zahlen.

Jetzt, nach den Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und FDP, wollen die Kapitalisten nachsetzen. Sie wissen genau, daß die Sozialversicherungen trotz ihrer staatlich beaufsichtigten und bürokratischen Form ihrem Streben nach Höchstprofit Grenzen gezogen haben. Ebenso, wie die Arbeitszeitordnung und das Niveau der erkämpften Lohntarife.

Dabei war 1969 mit dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) bereits ein entscheidender Schritt getan, um die Arbeitslosenversicherung für die Kapitalisten weiter zu öffnen, als dies mit dem alten AVAVG möglich gewesen war. § 1 AFG legt fest, daß die Maßnahmen nach dem Gesetz auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung auszurichten seien, damit vor allem das „Wachstum der Wirtschaft" gefördert wird. Der gesamte Bereich Fortbildung und Umschulung wurde erheblich ausgebaut, dessen Kern darin besteht, den Kapitalisten aus Versicherungsgeldern die Anpassung der Arbeitskräfte nach ihren Bedürfnissen zu finanzieren. Gekürzt wurde drastisch mit dem Haushaltsstrukturgesetz 1976, nämlich die Gelder, die die Umschüler als Unterhaltsgeld erhalten (von vorher 90% des Nettolohns auf 58% bzw. 80% bei Arbeitslosigkeit bzw. Ungelernten). Gegen die Beschneidung des Unterhaltgeldes und die vielfältigen Schikanen wird seit langem der Kampf geführt.

1979 dann sind die Kapitalisten auf's Maul gefallen mit dem berüchtigten Runderlaß 230, der praktisch die schrankenlose Verfügbarkeit der Ware Arbeitskraft sichern sollte. Er mußte aufgrund des heftigen Drucks aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zurückgenommen werden und so gefaßt werden, daß in jedem Fall eine Einzelfallprüfung in Bezug auf die Zumutbarkeit einer angebotenen Arbeit durchgeführt werden muß. Das heißt für die Arbeitsverwaltung ein enormer Aufwand, und für die Kapitalisten heißen die Ergebnisse dann „Nachtwandler-Arbeitslose", „Saison-Kellner" oder „fleißige Drückeberger". Das reicht den Kapitalisten nicht. Sie wollen *einfache und allgemeine* Regelungen bei gleichzeitiger drastischer Verschärfung, insbesondere der Zumutbarkeit. Die Arbeiterklasse dagegen braucht zur Verteidigung ihres Existenzniveaus wie auch für die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise die *tatsächliche* Selbstverwaltung durch die Arbeiter bzw. die Gewerkschaften und deren Zahlung durch die Kapitalisten.



praktika in der 9. Klasse eingeführt wurden. Hintergrund der sich anbahnenden Auseinandersetzung war die Tatsache, daß die Kapitalisten mit der ersten großen Krise 1966/67 wieder verstärkt dazu übergingen, ihren Konkurrenzkampf mittels Rationalisierung, d.h. Ersetzung lebendiger Arbeit durch Maschinerie, zu führen. Diese Umwälzung schaffte nicht nur neue Anforderungen an die Fähigkeiten der Arbeiter. Mit der Ersetzung handwerklicher Fähigkeiten durch Maschinen sanken auch diese Anforderungen von Seiten der Kapitalisten. Gestützt auf diese Tatsache und mittels Druck der aus der Krise hervorgegangenen industriellen Reservearmee versuchten sie den Wert der Arbeitskraft zu drücken, indem sie die Ausbildungskosten und damit die Qualität der Ausbildung drückten. Für sie war das BGJ von Anfang an Ersatz und zugleich Ausleseinstrument für die dreijährige Fachausbildung.

Die Arbeiterbewegung sah sich angesichts dieser Entwicklung vor die Aufgabe gestellt, den gesellschaftlichen Wert ihrer Arbeitskraft zu verteidigen, und sie reagierte ziemlich schnell. Im November 1968 organisierte die Gewerkschaftsjugend in Hamburg die erste große Lehrlingsdemonstration. Unterstützt vom DGB bildeten sich 1970 über 50 Lehrlings- und Jungarbeiterzentren. Bis Ende 1971 stieg die

aufhebt. (...) Bereits in der Sekundarstufe I (5. bis 10. Schuljahr) soll eine vorberufliche Bildung vermittelt werden. Danach anschließen soll sich als 11. Schuljahr und damit 1. Jahr der Sekundarstufe II ein Berufsausbildungsjahr als Grundlage für weitere Bildungswege (...). Der Abschluß der Sekundarstufe II, deren Durchführung in schulischen und betrieblichen Einrichtungen (bei Ausschaltung der Unternehmerkammern) vorgeschlagen wird, soll sowohl zur Ausübung eines Berufs als auch zur Aufnahme eines weiterführenden Studiums berechtigen." Das soll auf der Grundlage der „Demokratisierung des Bildungswesens" geschehen. Vor Abschluß der Sekundarstufe II ist eine Entlassung aus der Schule nicht vorgesehen. (aus: 'Berufliche Bildung – Politik des DGB') In diesem Rahmen fordert der DGB die flächen- und berufsfelddeckende Einführung des BGJ als 1. Jahr einer dreijährigen Berufsausbildung in schulischer Form bei gleichzeitiger Einführung eines 10. Schuljahres. Die Kapitalisten haben begriffen, daß es sich hier um Bestandteile eines Konzepts handelt, das bereits wesentliche Züge einer einheitlichen Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr enthält, theoretische und praktische Grundkenntnisse der Produktion vermittelt und einen qualifizierten Berufsabschluß garantiert und mit ihren Vorstellungen gar nichts gemein hat.

wollten, z.B.:

– arbeitslose junge Frauen, die ihre Teilzeit-Arbeitswünsche so legen, daß sie nicht vermittelt werden können,
– ältere Arbeiter, die, bevor sie in Rente gehen, noch ein Jahr „stempeln" ohne Chance auf Vermittlung,
– „Mobilitäts-Arbeitslose", die sich weigern, umzuziehen.

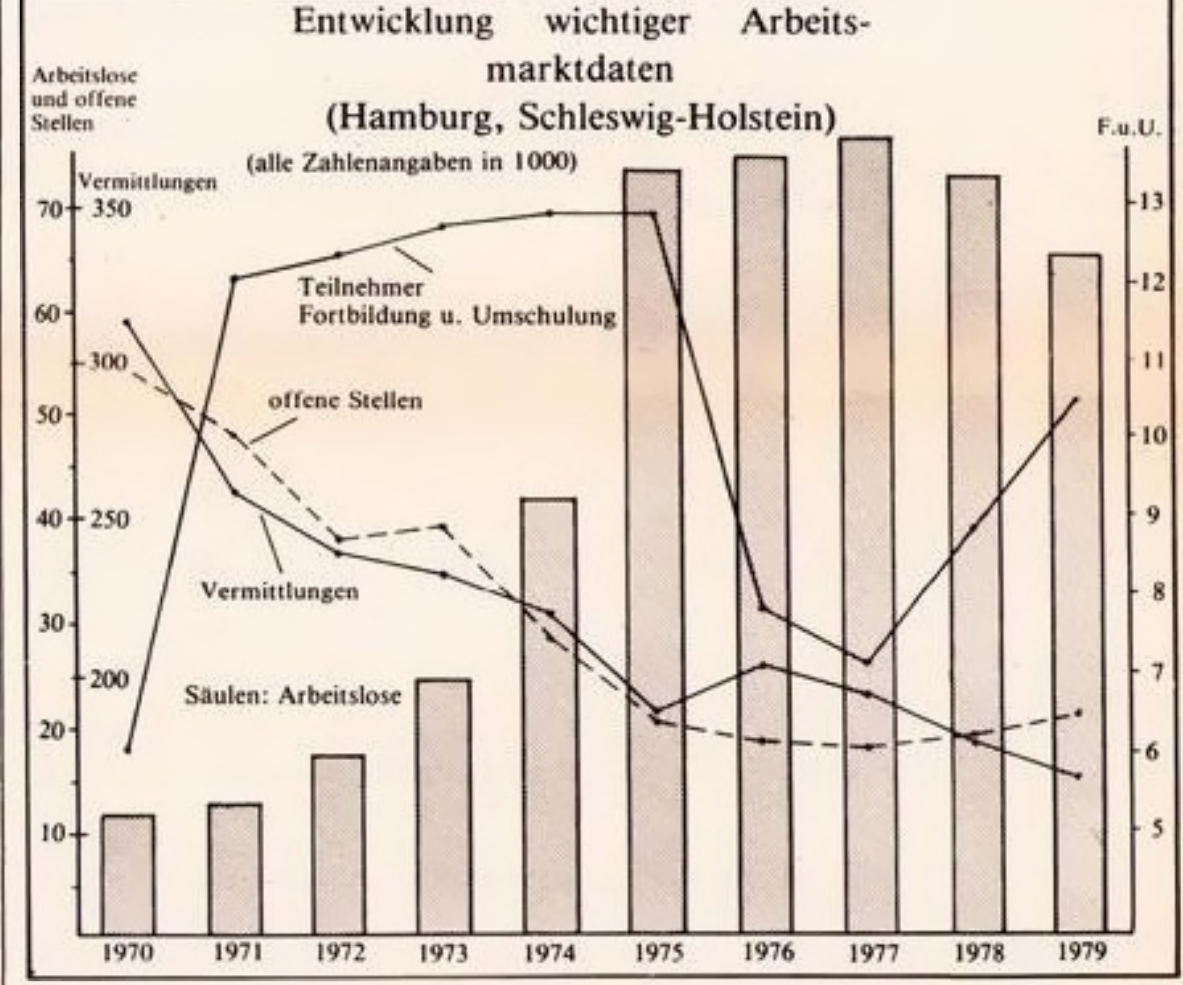
Das Ergebnis: Die Arbeitslosenzahlen liegen nach den Kapitalistenvorstellungen um 35% zu hoch.

Tatsache ist, daß die Zahlen der BfA windig sind, aber in *umgekehrter* Richtung. Jeder, der kein Arbeitslosengeld kriegt oder schlechte Erfahrungen gemacht hat, meldet sich gar nicht erst und erscheint auch nicht in der Statistik. Die industrielle Reservearmee ist also um einiges *größer* als in den offiziellen Statistiken angegeben. Deren wichtigste Zahlenreihen von 1970 bis 1979 haben wir für den Landesarbeitsamtbezirk Schleswig-Holstein/Hamburg im Schaubild zusammengestellt.

Das Gerede von falschen Zahlen ist ein Manöver. Was den Kapitalisten stinkt, ist eine große industrielle Reservearmee, die aber für sie nicht ohne weiteres nutzbar ist zur schrankenlosen Lohndrückerei. Zwar besteht die „Selbstverwaltung" aus Gewerkschaf-

lem das „Wachstum der Wirtschaft" gefördert wird. Der gesamte Bereich Fortbildung und Umschulung wurde erheblich ausgebaut, dessen Kern darin besteht, den Kapitalisten aus Versicherungsgeldern die Anpassung der Arbeitskräfte nach ihren Bedürfnissen zu finanzieren. Gekürzt wurde drastisch

barkeit. Die Arbeiterklasse dagegen braucht zur Verteidigung ihres Existenzniveaus wie auch für die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise die *tatsächliche* Selbstverwaltung durch die Arbeiter bzw. die Gewerkschaften und deren Zahlung durch die Kapitalisten.



Beschlüsse von IGM-VKs zum Lohnkampf

MBB Finkenwerder: 8,5% mindestens 200 DM, 100 DM für alle Ausbildungsjahre gleich. – Siemens ZN Hamburg: 8% mindestens 200 DM, 100 DM für alle Ausbildungsjahre gleich. – Valvo RHW: 120 DM plus 6%, Erhöhung des Weihnachtsgeldes auf 100%, Streichung der Lohngruppe II (K1, T1, K2, T2). Für alle Lehrjahre gleich den DM-Betrag, den die LG V erhält. – AEG Telefunken N4 Hamburg: 150 DM plus 5% des Ecklohns, mindestens aber um 150 DM. – Still AG: 235 DM Festgeld für alle gleich. – Ortmann und Herbst: 235 DM Festgeld für alle gleich. – Arbeitskreis der Vertrauensleute und Betriebsräte der IG Metall bei Philips (überbetrieblicher Zusammenschluß bei Philips VKs in Hamburg), Diskussionsstand: 100 DM plus 5%, Erhöhung der Ausbildungsvergütung um den DM-Betrag, den LG V erhält.

Bürgerinitiative gegen Aldi-Zentral-Lager

mas. Am 12.11. fand in Bargteheide die erste Informationsveranstaltung des Magistrats zu einer schon länger geplanten Ansiedlung des Aldi-Konzerns im Ort statt. Es soll eine riesige Lagerhalle gebaut werden, von der aus die im Umkreis liegenden Aldi-Filialen versorgt würden. Gegen diese Pläne hat sich eine Bürgerinitiative gebildet, weil das Lager neben einem Wohngebiet gebaut werden soll und der aufkommende LKW-Verkehr erhebliche Lärm- und Abgasbelästigungen mit sich bringen würde. Die Bürgerinitiative machte Fahrten zu vergleichbaren schon bestehenden Lagern in Nortorf und Seevetal und stellte dort starke Belästigungen der Anwohner fest. Die Argumente von Magistrat und Aldi-Vertreter hinterließen zwar Wirkung, die BI hält aber an ihren Forderungen fest.

Betriebsversammlungen bei AEG N4

edd. Der IG Metall Vertrauenskörper begründete seine Forderung nach 150 DM plus 4%. Dabei wurden die Absichten von Gesamtmetall angegriffen, ein Lohndiktat zur Senkung der Reallöhne zu organisieren. VK-Sprecher forderten die Belegschaft unter großem Beifall auf, dagegen Kampfmaßnahmen wie spontane Arbeitsniederlegungen durchzuführen. Der Betriebsrat griff die Forderung der IGM VK nach Einrichtung eines Betriebskindergartens, als Ergebnis einer Fragebogenaktion unter Kolleginnen in unteren Lohngruppen, auf.

IGM Tarifkommission: Anhebung unterer Lohngruppen

edd. Auf der Sitzung der Tarifkommission Hamburg und Umgebung (Bergedorf, Harburg, Stade) sprach sich die Mehrheit der Redner für eine überproportionale Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen aus. Einen ausdrücklichen Beschluß hat die Tarifkommission nicht gefaßt, da wichtige Betriebe wie MAN, HDW, B&V u.a. noch ohne Beschlußlage waren. Das Spektrum der beschlossenen Forderungen lag zwischen 6% und 235 DM Festgeld und bei den Ausbildungsvergütungen zwischen 50% vom Ecklohn, mindestens 150 DM bis 60 DM. Die Forderung nach Streichung der LG II, die mehrheitlich erhoben wurde, soll nicht gestellt werden, wurde in der Diskussion betont. Die Absicherung der Anhebung unterer Lohngruppen soll über Mindest-, Sockel- bzw. Festgeldbeträge geschehen. Für den Lohnrahmentarif und den Manteltarif soll eine Extra-Tarifbewegung organisiert werden.

Mit der Erweiterung der Rotschlammdeponie begonnen

are. Die Aluminium Oxid Stade (AOS) hat in der letzten Woche mit den Vorbereitungen zur Erweiterung der Rotschlammdeponie begonnen, obwohl beim Verwaltungsgericht Stade noch Verfahren gegen diese Erweiterung laufen. Der Rotschlamm ist ein Nebenprodukt bei der Erzeugung von Aluminiumoxid, was zu Reinaluminium weiterverarbeitet wird. Für die Herstellung von 1 t Reinaluminium werden ca. 2 t Aluminiumoxid benötigt, die wiederum aus ca. 4 t Bauxit gewonnen werden. Demnach fallen bei der Produktion von 1 t Aluminiumoxid jeweils 1 t Rotschlamm an, der aus Eisenoxid (daher die Rotfärbung), Kieselsäure und Titandioxid besteht. Der Eisengehalt kann bis 60% betragen und sich mit Eisenerz messen. Da den Kapitalisten die Aufbereitung zu Roheisen wenig profitabel erscheint, wird der Schlamm deponiert. Die jetzige Deponie nimmt eine Fläche von 72 ha ein und soll nach Aussagen der AOS Mitte nächsten Jahres voll sein. Die Kapitalisten drohen mit Betriebsstillegung, wenn der Bau der Erweiterung verzögert würde. Der Betrieb begann vor 8 Jahren mit der Produktion von Aluminiumoxid, bei Ausweitung der Produktion wird die jetzt geplante Deponie, die auch ca. 70 ha groß ist, bereits früher gefüllt sein. Die nächste Erweiterung ist damit vorprogrammiert. Der Rotschlamm zerstört die Tier- und Pflanzenwelt vollständig.

Ein 13. Gehalt und Steuerfreiheit wäre vielen lieber

1977 unterschied Lumoprint beim sogenannten „Weihnachtsgeld" noch 9 Sorten Beschäftigte. Das Weihnachtsgeld war in 5 Prozentschritten ab 15 % gestaffelt. 50% erhielt man erst nach 7 Jahren, 40% ab 4 Jahren und 30% ab 2 Jahren Betriebszugehörigkeit. Noch 1978 wurden Überstunden und Provisionen bei der Weihnachtsgeldberechnung nicht berücksichtigt, obwohl das die Bestimmungen des Manteltarifvertrages vorschreiben. Seit 1979 nun wird auch bei Lumoprint bzw. Pelikan mehr Weihnachtsgeld gezahlt. Keineswegs freiwillig. Die IG Metall erreichte am 1.1.77 gegen den Verband der Metallindustriellen Hamburgs einen neuen Tarifvertrag über betriebliche Sonderzahlungen, in dem die jetzige Staffelung festgehalten ist (ab 6 Monate 20%, bis 50% nach 36 Monaten). Daß Pelikan lediglich die Tarifmindestbedingungen erfüllt, kritisieren viele Kollegen. Von 16 Millionen Beschäftigten erhalten heute nur 400000 die Sonderzahlung als Weihnachtsgeld. In vielen Betrieben haben die Belegschaften zusätzliche Zahlungen erkämpft, z.B. 13,5 Monatsgehälter bei Hoechst. In der Stahlindustrie gibt es gar einen Tarifvertrag über 110% Sonderzahlung.

Veranstaltungskalender

Mittwoch, 3.12.1980
Hamburg: Probe der Musikgruppe zur Vorbereitung der Kampuchea-Sammlung. 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer.

Samstag, 6.12.1980
Hamburg: Großveranstaltung der norddeutschen IG Metall-Jugend. Ab 15 Uhr Treffen der norddeutschen Jugendgruppen der IG Metall: Für die Durchsetzung eines neuen MTV für Auszubildende, Bericht über die Arbeit. Ab 19 Uhr Rock-Theater-Song-Chor-Revue: Kollegen packt an. Audi Max der Universität Hamburg. (Karten bei der IG Metall Verwaltungsstelle Hamburg, 4 DM)

Mittwoch, 10.12.1980
Hamburg: Grundsatzdebatte der Musikgruppe und Wahl. 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer.

Sonntag, 14.12.1980
Kiel: Marx „Lohnarbeit und Kapital". Universität, Alte Mensa, 9 Uhr.

„Schleswig-Holstein macht Unternehmern ein Angebot"

Kapitalistische Umwälzung der Produktivkräfte und der Produktion im Unterelbegebiet

wiv. Gerhard Keussen, Landesbeauftragter der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, wirbt bei den Kapitalisten für die Ansiedlung in Schleswig-Holstein. Rein äußerlich meint man, auf dem Kiez in St. Pauli zu sein: „Mit dem Bau des Elbehafens hat das Land Brunsbüttels Sex-Appeal so steigern können, daß die Freier nicht widerstehen konnten".

Auch die Aufdringlichkeit der abgedruckten Anzeige sticht ins Auge, und neuerdings muß so manches Bürgermeister-Gesicht für die Werbung herhalten. Der nackte Kern: Schleswig-Holstein *zahlt* für die Ansiedlung der Kapitalisten im Unterelbegebiet, und zwar kräftig:

– *Investitionsbeihilfen* in Höhe von 20% der Gesamtinvestitionssumme

– *Aufbau der Infrastruktur,* z.B.: 170 Mio. DM für den Ausbau des Brunsbütteler Hafens, 94 Mio. DM für die geplante Bayer-Mülldeponie in Ecklak, 207 Mio. DM für die Küstenautobahn, 62 Mio. DM für den Aus- und Neubau von Industriestraßen und Gleisen, 223 Mio. DM für Grunderwerb und Aufspülungsmaßnahmen.

Im „Raumordnungsplan für Schleswig-Holstein" wird das so begründet: „Auch zukünftig werden zur *Sicherung der Absatzchancen* im In- und Ausland *und damit* zur Sicherung der Arbeitsplätze weitere Produktionssteigerungen erforderlich sein." „Sicherung der Absatzchancen" heißt nichts weiter als Sicherung der Realisierung der Profite für die Kapitalisten. Auf den durch das „und damit" angedeuteten Zusammenhang zu den Arbeitsplätzen kommen wir noch weiter unten.

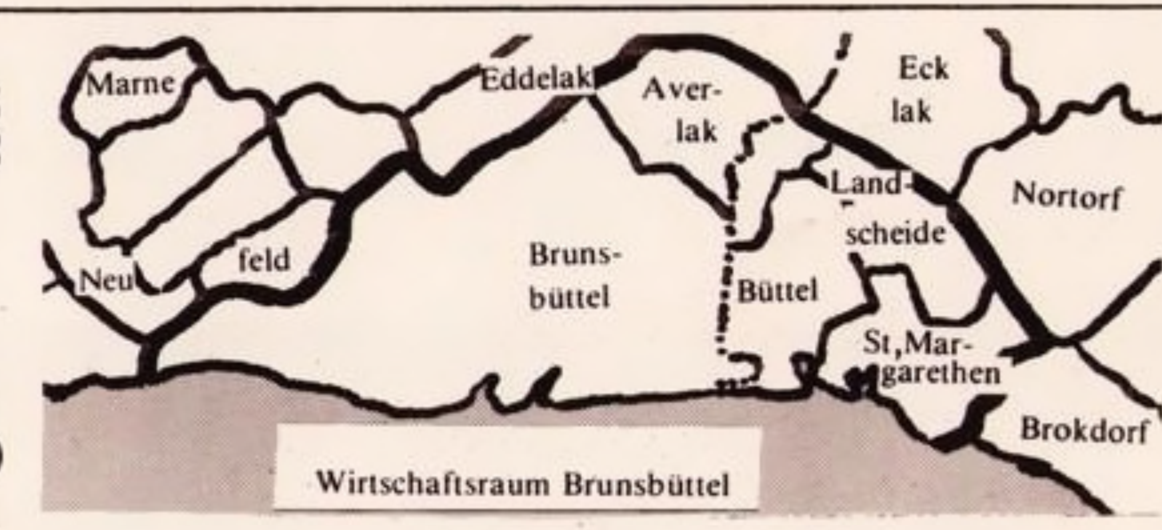
Dem Bayerkonzern ging es bei seinen Standortüberlegungen folglich darum, möglichst *günstige* Bedingungen bezüglich aller dieser Punkte zu finden, oder anders: ein Gebiet ausfindig zu machen, in dem das zu investierende Kapital einen maximalen Profit abzuwerfen verspricht. Keineswegs also handelte der Bayerkonzern aus „Sorge um Arbeitsplätze", sondern allein aus Sorge um den Profit. Dennoch: mit der Arbeit hat die Sorge etwas zu tun, nur nicht mit Arbeits*plätzen*, sondern mit Arbeits*kräften*. Auch da die Lösung: je billiger und williger, desto besser. Die Landesregierung wußte das wiederum im „Raumordnungsplan" 1979 folgendermaßen zu formulieren: „Diese Politik (des Arbeitsmarktes, Red.) bedarf, um wirksam werden zu können, der flankierenden Unterstützung durch ein ebenfalls an den längerfristigen Arbeitsmarktbedingungen orientiertes Verhalten der Tarifpartner. Nur dann ist die erforderliche nachhaltige Steigerung der privaten Investitionstätigkeit und damit eine nachhaltige Zunahme des Angebots an Arbeitsplätzen erreichbar ...".

Und so schritten Landesregierung, der Bayerkonzern und die anderen „Ansiedler" zur Tat. Der *erste* Schritt in diese Richtung mußte die Beseitigung *vorhandener*, nämlich landwirtschaftlich und handwerklich geprägter Strukturen sein. Es war ja beileibe nicht so, daß im Unterelbegebiet *nicht* gearbeitet wurde, bevor der Bayerkonzern kam. Dieser erste Schritt liest sich in dem Gutachten „Agrarstrukturelle Verplanung für den Nahbereich Brunsbüttel" der Landwirtschaftskammer vom Mai 1974 so:

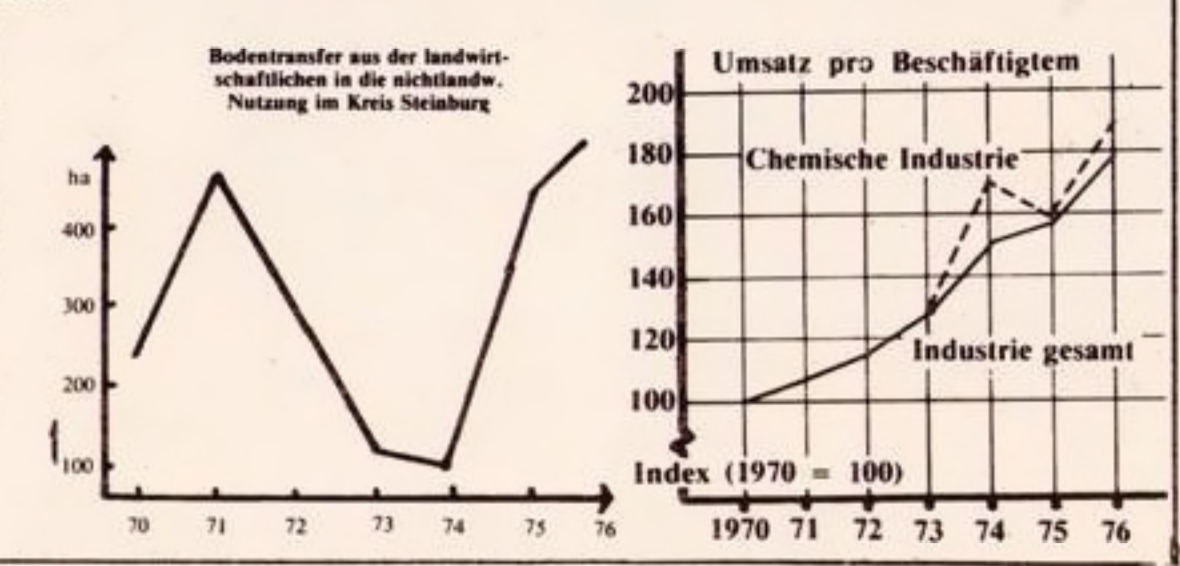
– in Brunsbüttel wird mit der Schließung von 12 Betrieben mit zusammen 381 ha gerechnet
– in Büttel wird 21 Betrieben mit zusammen 421 ha durch die Industrialisierung jegliche Basis für den Betrieb entzogen
– in Averhall gaben 4 Betriebe (85 ha) auf.

Die Bauern wollten natürlich nicht aufgeben, weil sie genau wußten, daß mit der Entschädigung kein neuer Betrieb aufgebaut werden kann. Das Ende waren dann oft Zwangsenteignungen mit Zahlungen von 2 DM/m², deren Grundlage der §57, Abs.4 des Städtebauförderungsgesetzes und die entsprechenden §§ des Bundesraumordnungsgesetzes, der abgeleiteten Ländergesetze usw. sind. Der *zweite* Schritt war die Beschaffung der billigen Arbeitskräfte. Im „Raumordnungsplan" wird dazu unter dem Punkt Wirtschaftsbereiche/Industrie ausgeführt: „Steigerung der Leistungsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft durch strukturbedingte Umstellungen und Anpassungen, Förderung entsprechender Rationalisierungsvorhaben sowie Verbesserung des Aus- und Fortbildungsstandes und der beruflichen Mobilität der Arbeitskräfte".





Das linke Bild zeigt, wie die Landesregierung die Kapitalisten anlockt, das obere Bild zeigt den Wirtschaftsraum Brunsbüttel in den Gemeindegrenzen. In der Mitte unten ist dargestellt, wie im Gefolge der Industrieansiedlung der Boden verstärkt der landwirtschaftlichen Produktion entzogen wird, rechts unten am Beispiel der Umsatzentwicklung pro Beschäftigten das Profitinteresse der Kapitalisten.



Das Arbeitsamt Heide mit der Nebenstelle Brunsbüttel ist weitgehend zuständig für das Unterelbegebiet. Es hat bereits 1977 veröffentlicht, daß statt der zunächst propagierten 14000 und dann 1974 auf 7500 Arbeitsplätze reduzierten Annahme bis 1985 höchstens 2200 „geschaffen" werden. Aus dem Schaubild rechts unten wird deutlich, daß es dem Bayerkonzern um die verstärkte Auspressung von Mehrarbeit geht; und zwar aus möglichst wenig Arbeitern bei gegebenem Kapitaleinsatz. Schicht-, Nacht- und Akkordarbeit sind dann auch der Normalfall. Vor allem qualifizierte Arbeiter, Techniker und Ingenieure wurden aus den anderen Werken nach Brunsbüttel zwangsversetzt bei gleichzeitiger Entlassungswelle in den alten Stammwerken. Die Rekrutierung der Arbeitskräfte aus dem Unterelbegebiet lief zu einem Gutteil so: „Im Jahr 1973 war jeder zweite durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigte Arbeitslose in Schleswig-Holstein im AA Heide tätig ..." (Messerschmidt, Dissertation, Kiel 1979).

Noch im Dezember 1977 waren mit 461 Arbeitern 26 mehr als in den Arbeitsamtbezirken Kiel und Lübeck zusammen in AB-Maßnahmen gesteckt, im Mai 1979 lagen in Heide mehr als doppelt soviele Anträge wie in Kiel und Lübeck zusammen vor.

In der schon zitierten Doktorarbeit heißt es weiter: „Die regionalen Probleme im Bereich der Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit sowie im Bereich der Erwerbslosigkeit älterer Arbeitnehmer dürften sich vielmehr verschärfen." Die Arbeitslosigkeit im Arbeitsamtbezirk zählt ungebrochen zu den höchsten in Schleswig-Holstein.

Es geht dem Bayerkonzern und ebenso den anderen sich in Brunsbüttel ansiedelnden Konzernen darum, das Unterelbegebiet in ein Reservoir billiger industrieller Arbeitskraft zu verwandeln. Verbesserung ist mit der Schaffung entsprechender Arbeitsplätze allein für die Profitrate und die weitere Steigerung des Umsatzes pro Beschäftigten zu erwarten. Jeden Pfennig der bislang über 750 Millionen Investitionsbeihilfen aus Steuermitteln hat die Landesregierung genau auch dafür ausgegeben.

Diese gewaltige und gewaltsame Umwälzung der Produktivkräfte und der Produktion ist diktiert vom Interesse nach Profitmaximierung und sonst nichts. Die Folge ist eine allseitige Verschärfung der Widersprüche:
– Der Chemiearbeiter in der Kontischicht wird immer mehr zum bloßen Anhängsel der Maschine und die Ausbeutung seiner Arbeitskraft führt zur Anhäufung immer größerer Kapitalmassen, die verwertet sein wollen.
– Die Umweltzerstörungen (großräumige Vergiftung der Elbe und Nordsee, Grundwasserabsenkungen, radioaktive Strahlung aus den Kernkraftwerken) verschlechtern zusehends die Reproduktionsbedingungen der Volksmassen wie die Produktionsbedingungen der noch verbliebenen Fischer und Bauern.
– Die finanzielle und politische Auszehrung der Gemeinden verschärft den Widerspruch zwischen ihnen und dem zentralen Teil des Staatsapparates, der Widerspruch zwischen Stadt und Land wird größer und nicht kleiner.

Diese allseitige Verschärfung und Überlagerung der Widersprüche erklärt nicht nur die Zähigkeit und den Umfang der Kämpfe im Unterelbegebiet, sondern beweist vor allem die Notwendigkeit der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise.

Maxim Gorkis „Kinder der Sonne"

Im Karolinenviertel „herrscht Ruhe"

Die Staaatsmacht versucht die „Punk-Szene" kleinzukriegen

Im „Raumordnungsplan für Schleswig-Holstein" wird das so begründet: „Auch zukünftig werden zur *Sicherung der Absatzchancen* im In- und Ausland *und damit* zur Sicherung der Arbeitsplätze weitere Produktionssteigerungen erforderlich sein." „Sicherung der Absatzchancen" heißt nichts weiter als Sicherung der Realisierung der Profite für die Kapitalisten. Auf den durch das „und damit" angedeuteten Zusammenhang zu den Arbeitsplätzen kommen wir noch weiter unten.

Dem Bayerkonzern ging es bei seinen Standortüberlegungen folglich darum, möglichst *günstige* Bedingungen bezüglich aller dieser Punkte zu finden, oder anders: ein Gebiet ausfindig zu machen, in dem das zu investierende Kapital einen maximalen Profit abzuwerfen verspricht. Keineswegs also handelte der Bayerkonzern aus „Sorge um Arbeitsplätze", sondern allein aus Sorge um den Profit. Den-

ßung von 12 Betrieben mit zusammen 381 ha gerechnet
– in Büttel wird 21 Betrieben mit zusammen 421 ha durch die Industrialisierung jegliche Basis für den Betrieb entzogen
– in Averhall gaben 4 Betriebe (85 ha) auf.

Die Bauern wollten natürlich nicht aufgeben, weil sie genau wußten, daß mit der Entschädigung kein neuer Betrieb aufgebaut werden kann. Das Ende waren dann oft Zwangsenteignungen mit Zahlungen von 2 DM/m², deren Grundlage der §57, Abs.4 des Städtebauförderungsgesetzes und die entsprechenden §§ des Bundesraumordnungsgesetzes, der abgeleiteten Ländergesetze usw. sind. Der *zweite* Schritt war die Beschaffung der billigen Arbeitskräfte. Im „Raumordnungsplan" wird dazu unter dem Punkt Wirtschaftsbereiche/Industrie ausgeführt: „Steigerung der Leistungsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft durch strukturbedingte Umstellungen und Anpassungen, Förderung entspre-

Das Arbeitsamt Heide mit der Nebenstelle Brunsbüttel ist weitgehend zuständig für das Unterelbegebiet. Es hat bereits 1977 veröffentlicht, daß statt der zunächst propagierten 14000 und dann 1974 auf 7500 Arbeitsplätze reduzierten Annahme bis 1985 höchstens 2200 „geschaffen" werden. Aus dem Schaubild rechts unten wird deutlich, daß es dem Bayerkonzern um die verstärkte Auspressung von Mehrarbeit geht; und zwar aus möglichst wenig Arbeitern bei gegebenem Kapitaleinsatz. Schicht-, Nacht- und Akkordarbeit sind dann auch der Normalfall. Vor allem qualifizierte Arbeiter, Techniker und Ingenieure wurden aus den anderen Werken nach Brunsbüttel zwangsversetzt bei gleichzeitiger Entlassungswelle in den alten Stammwerken. Die Rekrutierung der Arbeitskräfte aus dem Unterelbegebiet lief zu einem Gutteil so: „Im Jahr 1973 war jeder zweite durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigte Arbeitslose in Schleswig-Holstein im AA Heide tätig ..." (Messerschmidt, Dissertation, Kiel 1979).

im Mai 1979 lagen in Heide mehr als doppelt soviele Anträge wie in Kiel und Lübeck zusammen vor.

In der schon zitierten Doktorarbeit heißt es weiter: „Die regionalen Probleme im Bereich der Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit sowie im Bereich der Erwerbslosigkeit älterer Arbeitnehmer dürften sich vielmehr verschärfen." Die Arbeitslosigkeit im Arbeitsamtbezirk zählt ungebrochen zu den höchsten in Schleswig-Holstein.

Es geht dem Bayerkonzern und ebenso den anderen sich in Brunsbüttel ansiedelnden Konzernen darum, das Unterelbegebiet in ein Reservoir billiger industrieller Arbeitskraft zu verwandeln. Verbesserung ist mit der Schaffung entsprechender Arbeitsplätze allein für die Profitrate und die weitere Steigerung des Umsatzes pro Beschäftigten zu erwarten. Jeden Pfennig der bislang über 750 Millionen Investitionsbeihilfen aus Steuermitteln hat die Landesregierung genau auch dafür ausgegeben.

sonst nichts. Die Folge ist eine allseitige Verschärfung der Widersprüche:
– Der Chemiearbeiter in der Kontischicht wird immer mehr zum bloßen Anhängsel der Maschine und die Ausbeutung seiner Arbeitskraft führt zur Anhäufung immer größerer Kapitalmassen, die verwertet sein wollen.
– Die Umweltzerstörungen (großräumige Vergiftung der Elbe und Nordsee, Grundwasserabsenkungen, radioaktive Strahlung aus den Kernkraftwerken) verschlechtern zusehends die Reproduktionsbedingungen der Volksmassen wie die Produktionsbedingungen der noch verbliebenen Fischer und Bauern.
– Die finanzielle und politische Auszehrung der Gemeinden verschärft den Widerspruch zwischen ihnen und dem zentralen Teil des Staatsapparates, der Widerspruch zwischen Stadt und Land wird größer und nicht kleiner.

Diese allseitige Verschärfung und Überlagerung der Widersprüche erklärt nicht nur die Zähigkeit und den Umfang der Kämpfe im Unterelbegebiet, sondern beweist vor allem die Notwendigkeit der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise.

Maxim Gorkis „Kinder der Sonne"

Von der Unbequemlichkeit, auf 2 Stühlen gleichzeitig zu sitzen

cls. Das Kieler Theater führt momentan das 1905 von Maxim Gorki geschriebene Stück „Kinder der Sonne" auf, das der sog. „frühen" Schaffensperiode des sozialistischen Schriftstellers zugerechnet wird. Gerhard Hess, Oberspielleiter des Schauspiels, hat es als „eines der aktuellsten Stücke momentan überhaupt" inszeniert, da es die „psychische Verelendung von Intellektuellen zeigt, die dauernd ihre eigenen Probleme reflektieren", und „in deren Leben die Brutalität der Wirklichkeit in Gestalt des Schlossers Jegor eingreift."

Das Stück spielt in Rußland im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts, in der Endzeit des zaristischen Despotismus. Seit Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland im Jahre 1861 begann sich der Kapitalismus schnell zu entwickeln, das Proletariat wuchs rasch und mit ihm ein unerträgliches Leben unter kapitalistischer Ausbeutung, Unterdrückung unter dem Joch von Gutsbesitzern, Kulaken und dem Despotismus des Zarentums. In den 70er Jahren entstanden die ersten sozialistischen Arbeiterbünde, Anfang der 80er die Sozialdemokratische Partei, die sich die Befreiung von der Autokratie und die sozialistische Revolution zum Ziel gesetzt hatte. Damit war die Arbeiterklasse zur Führerin der revolutionären Bewegung in Rußland geworden, nachdem zuvor, seit Beginn des Jahrhunderts, wesentliche Anstöße, die Selbstherrschaft abzuschütteln, von revolutionär-mokratisch gesinnten Teilen der Intelligenz ausgegangen und sämtlich gescheitert waren (so der Dekabristenaufstand von 1825, oder die Narodnowolzen-Bewegung der 60er Jahre). Mit Beginn der 80er Jahre setzte eine Massenstreikbewegung ein, an der sich ca. 325000 Arbeiter beteiligten.

Dies ist die Ausgangslage des Stücks „Kinder der Sonne", das vom Autor als eine Kritik an der Intelligenz vorgeführt wird, die solange keine positiven fortschrittlichen Ideale verwirklichen, die Welt nicht wirklich ändern kann, solange sie die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung nicht erkennt und nicht eindeutig Partei ergreift.

Der Chemiker Protassov – Privatgelehrter, der sich zum Ziel gesetzt hat, Eiweiß zu synthetisieren, gleichzeitig ein weltfremder, naiver Humanist – lebt mit seiner Frau Jelena, seiner Schwester Lisa und den Dienstboten im ehemals eigenen Haus zur Miete. Da er völlig in seinen Forschungen aufgeht, hat er kaum Zeit, sich um seine Frau zu kümmern, die Schwester Lisa, die allgemein als „krank" gilt, fällt ihm mit gelegentlichen Anfällen zur Last, das Personal wird beständig zur Ruhe gemahnt, und der einzige Kontakt zur Wirklichkeit findet über den Schlosser Jegor statt, der zwar in der Herstellung technischen Geräts begabt ist, aber – leider – seine Frau schlägt – diese Bestie!

Protassov fällt als Hausherr die Aufgabe zu, den Schlosser zur Vernunft zu mahnen, da die Frau ja schließlich auch ein Mensch sei ... So fühlt er sich, zusammen mit der ganzen übrigen, in Langeweile fast erstickenden Gesellschaft, dazu berufen, die Menschheit zu erleuchten, mit hohen Idealen von der All-Liebe, der Vernunft, der Wissenschaft, der Kunst, usw. zu erwärmen. An den Punkten, wo er aber mit der tatsächlichen Wirklichkeit in Berührung kommt, versagt er hoffnungslos – so gegenüber dem Schlosser Jegor, der natürlich seine Frau weiter schlägt, wie auch gegenüber der ausbrechenden Cholera-Epidemie.

Die einzige, die mit dem Volk anläßlich eines blutigen Aufstandes in Kontakt gekommen ist, Lisa, ist krank geworden und bekommt jedesmal Anfälle, wenn sie an den „tierischen Haß" in den Augen der Menschen denkt.

Gorki zeigt in diesem Stück, daß die „Kinder der Sonne" unfähig sind, mit ihrem „philantropischen" Humanismus des Mitleids irgendetwas Positives bei den Massen auszurichten, weil sie vom Volk und vom sozialen Kampf isoliert sind. Ihre Überzeugung, die Menschheit glücklich machen zu können, wird als ideologische Verirrung und Produkt eines falschen Bewußtseins dargestellt – ätzend ist die Langeweile in dieser Treibhausatmosphäre!

Die Rolle der Intelligenz so erkannt und dargestellt zu haben, darin besteht die Aktualität des Stückes. Empfehlenswert: Am 7.12. in der Pumpe in Kiel – Verfilmung des dritten Teils der Gorki-Biografie.

Im Karolinenviertel „herrscht Ruhe"

Die Staaatsmacht versucht die „Punk-Szene" kleinzukriegen

two. „Wir bleiben solange im Viertel, bis endgültig Ruhe herrscht" drohte Polizeidirektor Kruschka vor 2 Monaten in der „Bild-Zeitung" an. Gemeint war das Karolinenviertel und gemeint war die sogenannte „Punk-Scene". Ähnlich wie in den 50er Jahren gegen die „Rocker", hetzt heute die herrschende Klasse gegen die „Punker" und versucht, dieser Bewegung unter den Jugendlichen, vor allem aus der Arbeiterklasse, das Kreuz zu brechen. Anknüpfungspunkte finden sich natürlich, wie sich für die Bourgeoisie immer Anknüpfungspunkte gegen Bewegungen finden, die sich gegen ihre Unterdrückung und verlogene Moral richten. Im Karolinenviertel bildeten diese Punkte vor allem Schlägereien, Zerstörungen und Lärm.

Jetzt „herrscht Ruhe" im Viertel. Die Punker sind weg. Einer ihrer wesentlichen Treffpunkte, ein Punker-Laden, ist geschlossen, den Rest erledigte die Polizei, mit wahllosen Festnahmen, Razzien, Hausdurchsuchungen, Verfolgungen etc. Mitte Dezember wird die Gruppe „AC/DC" in Hamburg auftreten, eine Punk-Gruppe, wenn auch schon eine „etablierte", und es wird sich zeigen, daß die Polizei mit ihren Aktionen eine Verlegung der „Scene" erreicht hat, mehr aber nicht.

„Punk" oder weiter gefaßt „New Wave" (neue Welle) bildet eine Sammelbewegung individueller Rebellion Jugendlicher gegen das Leben, welches ihnen die imperialistische Klassengesellschaft verheißt. „Seh' Dir die Leute auf der Oxford Street an. Die sehen alle gleich aus, tragen Jeans, weiße Schals und so. Ich will nicht zu diesen Leuten gehören, ich will sagen können ‚Seht her, hier bin ich, und so sehe ich aus! Ich will meine Identität bewahren, meine Individualität!" Das ist der einzige Anspruch, der hinter unserer Musik steht. Ich habe Angst, in der großen Masse unterzugehen. Wir in der Gruppe fühlen alle so," Bob Geldorf von den BOOMTOWN RATS, eine der ersten bekannten „Punk-New-Wave" Gruppen. Und, „Sofern es einen sozialen Hintergrund bei der Punkbewegung gibt, dann ist es die Arbeitslosigkeit, die materielle Armut, eben diese Angst, in der Masse unterzugehen, sein ganzes Leben in den Slums und Ghettos verbringen zu müssen." Die Spontaneität dieser Auflehnung, ihr Verhaften in dem Streben nach Individualität, das gleichzeitig den gemeinsamen Verknüpfungspunkt bildet, erklärt auch die Vielfältigkeit der Erscheinungen, unter denen diese Auflehnung stattfindet.

Und wenn es auch Erscheinungen in dieser Bewegung gibt, die faschistisch sind, ihrem Wesen entspricht es nicht. Die „Punkerblocks" bei allen größeren Demonstrationen gegen diesen Staatsapparat und seine Politik sind dafür ein Ausdruck. Schätzungen sprechen von ca. 2000 Punks in Hamburg. Es ist eine Aufgabe der demokratischen und revolutionären Bewegung in Hamburg, zu verhindern, daß die Polizei solche Treibjagden wie im Karolinenviertel auf einen Teil der Jugendbewegung durchführen kann. Andernfalls wird dies nicht unerhebliche Auswirkungen auf die Kämpfe der Jugend für ihre Rechte und Interessen gegen diesen Staatsapparat haben.

Der Staat als Initiator, Großfamilie als prägende Form

Bestimmende Momente in der besonderen Entwicklung des Kapitalismus in Japan

wos. Japan ist das einzige hochentwickelte kapitalistische Land in Asien. Seine Arbeiterbewegung ist stark. Um ihren Weg beurteilen zu können, muß man ihre Herkunft aus der besonderen Entwicklung des Kapitalismus in Japan betrachten.

Als 1853 die ,,schwarzen Schiffe" der USA unter Commodore Perry drohend ihre Geschütze auf die Befestigungsanlagen der Bucht von Uraga (in der Nähe von Edo, dem heutigen Tokyo) richteten, war dies der Fanfarenstoß für den endgültigen Zusammenbruch der Feudalordnung in Japan. Die erzwungene Öffnung der Häfen durch die westlichen Länder, die bald darauf durch eine Reihe ungleicher Verträge besiegelt wurde, bildete den letzten, noch notwendigen Anlaß für diesen Zusammenbruch. Japan wurde für den Weltmarkt mit Gewalt geöffnet, hatte aber im Innern bereits Ansätze der kapitalistischen Produktionsweise herausgebildet. Die auf Naturalwirtschaft beruhende Feudalordnung war durch die Ausbreitung des Geldes und die entstehende Warenproduktion schon ausgehöhlt worden. Ein Handelskapital hatte sich, teilweise in freien Städten wie Osaka, entwickelt, Geldverleiher die herrschende Kriegerklasse in ökonomische Abhängigkeit gebracht. Die Polarisierung der Bauernschaft hatte begonnen, nachdem es trotz ausgetüftelter Maßnahmen des Militäradels nicht gelungen war, sie von der entstehenden Warenwirtschaft gänzlich fernzuhalten. Auch die rigorose Abschließungspolitik gegenüber allen ausländischen Einflüssen über 200 Jahre lang konnte nicht verhindern, daß über die einzige erlaubte Verbindung zur Außenwelt, eine winzige Handelsniederlassung der Holländer vor Nagasaki, Kenntnisse der Naturwissenschaften aus Europa einsickerten und mit zur Entwicklung der Produktivkräfte besonders in der Landwirtschaft beitrugen. Besonders die untere Schicht der Kriegerklasse, die einfachen *samurai*, gerieten unter dem starren Friedensregime der Tokugawa-Familie, in dem ihre kriegerischen Fähigkeiten nun keinen Platz mehr hatten, in eine Krise. Sie waren es, die aufgrund ihrer Bildungsmöglichkeiten die Lage analysieren konnten und die Opposition gegen die Tokugawa-Herrschaft schürten. Überall flammten auch Bauernaufstände auf, die sich gegen die immer drückenderen Abgaben und Steuerlasten richteten. Als sich das Shogunat – die Regierung in Edo – dem ausländischen Druck beugte, hatte seine Stunde geschlagen: unter Anführung eines Teils der herrschenden Kriegerklasse selber wurde es gestürzt und eine neue Regierung mit

klasse in ökonomische Abhängigkeit gebracht. Die Polarisierung der Bauernschaft hatte begonnen, nachdem es trotz ausgetüftelter Maßnahmen des Militäradels nicht gelungen war, sie von der entstehenden Warenwirtschaft gänzlich fernzuhalten. Auch die rigorose Abschließungspolitik gegenüber allen ausländischen Einflüssen über 200 Jahre lang konnte nicht verhindern, daß über die einzige erlaubte Verbindung zur Außenwelt, eine winzige Handelsniederlassung der Holländer vor Nagasaki, Kenntnisse der Naturwissenschaften aus Europa einsickerten und mit zur Entwicklung der Produktivkräfte besonders in der Landwirtschaft beitrugen. Besonders die untere Schicht der Kriegerklasse, die einfachen *samurai*, gerieten unter dem starren Friedensregime der Tokugawa-Familie, in dem ihre kriegerischen Fähigkeiten nun keinen Platz mehr hatten, in eine Krise. Sie waren es, die aufgrund ihrer Bildungsmöglichkeiten die Lage analysieren konnten und die Opposition gegen die Tokugawa-Herrschaft schürten. Überall flammten auch Bauernaufstände auf, die sich gegen die immer drückenderen Abgaben und Steuerlasten richteten. Als sich das Shogunat – die Regierung in Edo – dem ausländischen Druck beugte, hatte seine Stunde geschlagen: unter Anführung eines Teils der herrschenden Kriegerklasse selber wurde es gestürzt und eine neue Regierung mit
dem aus bisheriger Bedeutungslosigkeit am Hof in Kyoto herbeigeholten Kaiser an der Spitze gebildet. Diese politische Revolution von 1867 etablierte eine neue Oligarchie, die die Aufgaben der bürgerlichen Revolution in Angriff nahm, vor allem dem Kapitalismus freie Bahn eröffnete, indem sie alle feudalen Barrieren beiseite räumte.

Von Anfang an hat die herrschende Klasse der Meiji-Zeit ihr Ziel darin gesehen, dem Druck der westlichen Mächte zu widerstehen, indem Japan ein ,,reiches Land mit einer starken Armee" würde – wie eine der Parolen damals lautete. Dazu mußte das Land vor allem rasch eine Industrie aufbauen. Eine andere Wahl gab es nicht. Ito Hirobumi (1841 – 1909), der die japanische Reichsverfassung von 1889 nach preußischem Modell ausgearbeitet hatte und erster Ministerpräsident war, erklärte, das ganze Land müsse nun ,,eine große Fabrik" werden. Die Meiji-Regierung selbst ergriff die Initiative beim Aufbau der Industrie, aber auch bei der Schaffung der Infrastruktur (einheitliche Währung, Post, Verkehrswege, Häfen usw.), da sich eine eigenständige Bourgeoisie noch nicht hatte entwickeln können. 1872 wurde die erste Eisenbahnlinie zwischen Tokyo und Yokohama eröffnet. Während die Reichsbahn auch weiter in staatlicher Regie betrieben wurde (durch privates Kapital geschaffene Linien entstanden erst nach 1880), verkaufte die Regierung die von ihr geplanten und aufgebauten Betriebe im Erz- und Kohlebergbau, in der Textilindustrie und in anderen Zweigen an Privatleute. Der Staat selbst führte also moderne industrielle Techniken und Betriebsführungsmethoden ein und bildete Arbeiter zu modernen Industriearbeitern aus. Dies alles finanzierte er aus den den Bauern abgepreßten Steuereinnahmen, nachdem er zuvor die Naturalabgaben an die Feudalherren abgeschafft, das Land zentralisiert und ein einheitliches Steuersystem eingeführt hatte. Wirtschafteten diese Unternehmen erst einmal einigermaßen rentabel, gingen sie für einen Spottpreis in die Hände bereits recht starker Handelskapitalisten über. Damit wurde in den Schlüsselindustrien die Basis für die späteren Familienkonzerne (*zaibatsu*), wie z.B. Mitsui und Mitsubishi, gelegt. Erst darauf entstand eine industrielle Bourgeoisie, die sich teilweise aus Ex-Samurai rekrutierte und nach und nach auch politische Macht erlangte.

Nach dem Krieg gegen China 1894 – 95 meldete die junge Arbeiterklasse unüberhörbar ihre Forderungen an. Schon ab 1880 sah sich die Regierung gezwungen, ein für die Kapitalisten verbindliches Gesetz über die Einführung von Arbeitsverträgen auszuarbeiten. Es blieb allerdings beim Entwurf. Damals zeigte sich z.B. der Präsident der Handelskammer von Tokyo besorgt über den Verlust der ,,schönen Sitte", derzufolge die ,,Herren ihre Lehrlinge freundlich behandelten, und umgekehrt die Arbeiter niemals ihre Dankesschuld gegenüber ihren Vorgesetzten vergaßen." Jetzt aber, mit der ,,ansteckenden Krankheit der Arbeitskämpfe" (so 1897 Baron Dan, der Chef der Mitsui-Gruben) führten die Kapitalisten, die sich jeglicher Fabrikgesetzgebung widersetzten, verstärkt die ,,Einzigartigkeit" des Verhältnisses von Kapital und Arbeit in Japan als Gegenargument ins Feld. Man brauche hier keine Fabrikgesetzgebung, und wenn sie schon eingeführt werde, dann auf keinen Fall jetzt, wo das Land sich diesen Luxus noch lange nicht leisten könne. Worin sollte diese ,,Einzigartigkeit" bestanden haben?

Der Chef der Shimano-Spinnerei, eines führenden Textilbetriebes: ,,Von alters her bestehen in unserem Land herzliche Gefühle zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das ist eine Beziehung ähnlich derjenigen zwischen Feudalherr und Gefolgsmann. Der Herr behandelt den Vasall ganz wie eines seiner eigenen Kinder. Der Gefolgsmann lebt, außer daß er seine Pflichten als Gegenleistung für seinen Unterhalt (durch den Herrn) ausführt, ganz in der Bereitschaft, sein Leben ohne Zögern für seinen Herrn hinzugeben, wenn es erforderlich sein sollte." Die Kapitalisten versuchten also, die konfuzianische Ideologie der Liebe und Verehrung gegenüber den Eltern sowie der unbedingten Treue zum Herrn zur Basis des Verhältnisses zwischen ihnen und den Arbeitern zu ma-

Dankesschuld gegenüber ihren Vorgesetzten vergaßen." Jetzt aber, mit der ,,ansteckenden Krankheit der Arbeitskämpfe" (so 1897 Baron Dan, der Chef der Mitsui-Gruben) führten die Kapitalisten, die sich jeglicher Fabrikgesetzgebung widersetzten, verstärkt die ,,Einzigartigkeit" des Verhältnisses von Kapital und Arbeit in Japan als Gegenargument ins Feld. Man brauche hier keine Fabrikgesetzgebung, und wenn sie schon eingeführt werde, dann auf keinen Fall jetzt, wo das Land sich diesen Luxus noch lange nicht leisten könne. Worin sollte diese ,,Einzigartigkeit" bestanden haben?

Der Chef der Shimano-Spinnerei, eines führenden Textilbetriebes: ,,Von alters her bestehen in unserem Land herzliche Gefühle zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das ist eine Beziehung ähnlich derjenigen zwischen Feudalherr und Gefolgsmann. Der Herr behandelt den Vasall ganz wie eines seiner eigenen Kinder. Der Gefolgsmann lebt, außer daß er seine Pflichten als Gegenleistung für seinen Unterhalt (durch den Herrn) ausführt, ganz in der Bereitschaft, sein Leben ohne Zögern für seinen Herrn hinzugeben, wenn es erforderlich sein sollte." Die Kapitalisten versuchten also, die konfuzianische Ideologie der Liebe und Verehrung gegenüber den Eltern sowie der unbedingten Treue zum Herrn zur Basis des Verhältnisses zwischen ihnen und den Arbeitern zu ma-
chen. Dies war einerseits ein bewußter Vorstoß auf ideologischem Gebiet, nachdem Zwangsmaßnahmen in den Fabriken und selbst die staatliche Polizeigewalt allein die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht niederzuhalten vermochten; andererseits konnte sich dieser Vorstoß aber auch auf einige gesellschaftliche Bedingungen stützen, die aus der vorkapitalistischen Periode stammten.

Die wichtigste Bedingung war natürlich die, daß die Masse der industriellen Arbeitskräfte aus dem Agrarsektor gezogen wurde. Auf dem Land hielten sich aber alte Formen der Loyalität gegenüber dem Dorfältesten und später dem Großgrundbesitzer noch länger. Der Anbau von Reis auf bewässerten Feldern brachte als arbeitsintensive Produktion sowieso eine Form starker Gruppensolidarität in der einzelnen Familie wie auch zwischen den das Dorf bildenden Familien untereinander hervor. Individuelle Interessen spielten hier eine untergeordnete Rolle. Außerdem stellten zunächst Frauen den größten Teil der Arbeiterklasse, auch wenn das Gewicht der Textilindustrie, wo sie besonders beschäftigt waren, später zurückging. Für die unverheirateten Frauen errichteten die Kapitalisten kasernenmäßig organisierte Wohnbaracken und gaben dies als Fürsorge aus. Die Textilarbeiterinnen führten heftige Kämpfe gegen diese demütigenden Bedingungen, doch konnte sich die Mehrzahl von ihnen noch nicht von den Fesseln ihrer untergeordneten Stellung in der Gesellschaft befreien. Drittens waren die meisten der neu entstehenden Betriebe Klein- und Kleinstbetriebe, in denen sich die Kapitalisten durch persönlichen Kontakt mit den Arbeitern paternalistisch aufführen konnten. Alles dies konnten sie nutzen.

Aber je mehr sich die große Industrie in Japan entwickelte, umso brüchiger wurden diese ,,familistischen" und ,,paternalistischen" Beziehungen. Klassenbewußte Arbeiter schlossen sich zusammen, erhielten Unterstützung von Intellektuellenzirkeln, die die Ideen des Sozialismus verbreiteten. In dieser Arbeiterbewegung war zu Beginn der anarcho-syndikalistische Einfluß beherrschend. Nachdem an einem ihrer Führer, Kotoku Shusui, 1911 unter dem Vorwand eines Attentatplanes gegen den Kaiser die Todesstrafe vollstreckt wurde, blieb für Jahre nur die 1912 gegründete ,,Yuaikai" (Bruderschaftsorganisation) als gewerkschaftliche Organisation übrig. Ihr Führer Suzuki Bunji verfolgte einen klassenversöhnlerischen Kurs, den er 1918 folgendermaßen begründete:

,,Ich glaube, daß der japanische Arbeiter sich vom europäischen oder amerikanischen Arbeiter in seiner persönlichen Art, seiner Ausgangssituation und seinen Gefühlen unterscheidet ... Dies liegt meiner Meinung nach wahrscheinlich an den großen Unterschieden im Nationalcharakter. Im Westen herrscht überall der Individualismus, aber wir in Japan haben Familismus – auch in den Arbeitsbeziehungen." So jemanden brauchten die japanischen Kapitalisten, und sie unterstützten Suzuki folglich. Selbst der führende Industrielle jener Epoche, Shibusawa Eiichi (1840 – 1931) erkannte aber 1919, daß jetzt eine neue ideologische Verbrämung des Klassengegensatzes notwendig wurde, und forderte ausdrücklich die Legalisierung der Gewerkschaften – allerdings nur solcher auf der Linie Suzukis: ,,Das (neue) Prinzip von Harmonie und Aussöhnung betont, daß jede Klasse in der Gesellschaft, insbesondere Kapital und Arbeit, die Rechte der anderen auf Basis der Gleichheit der Personen respektieren sollte." Anerkennung des bürgerlichen Prinzips der formalen Gleichheit also bei gleichzeitiger Festlegung auf versöhnlerischen Kurs – damit sollte der anschwellenden Arbeiterbewegung der Wind aus den Segeln genommen werden. Dasselbe Ziel verfolgte auch die in diesen Jahren begonnene Sozialgesetzgebung der Regierung.

Von Anfang an hatten sich die Gewerkschaften auf Betriebsebene gebildet. Übergreifende Zusammenschlüsse in einem Industriezweig gelangen nur mühsam und waren nicht stabil. – Parallel zu den Unterdrückungs- und Spaltungsmaßnahmen der Regierung und Kapitalisten gegen die Arbeiterbe-

lismus, aber wir in Japan haben Familismus – auch in den Arbeitsbeziehungen." So jemanden brauchten die japanischen Kapitalisten, und sie unterstützten Suzuki folglich. Selbst der führende Industrielle jener Epoche, Shibusawa Eiichi (1840 – 1931) erkannte aber 1919, daß jetzt eine neue ideologische Verbrämung des Klassengegensatzes notwendig wurde, und forderte ausdrücklich die Legalisierung der Gewerkschaften – allerdings nur solcher auf der Linie Suzukis: ,,Das (neue) Prinzip von Harmonie und Aussöhnung betont, daß jede Klasse in der Gesellschaft, insbesondere Kapital und Arbeit, die Rechte der anderen auf Basis der Gleichheit der Personen respektieren sollte." Anerkennung des bürgerlichen Prinzips der formalen Gleichheit also bei gleichzeitiger Festlegung auf versöhnlerischen Kurs – damit sollte der anschwellenden Arbeiterbewegung der Wind aus den Segeln genommen werden. Dasselbe Ziel verfolgte auch die in diesen Jahren begonnene Sozialgesetzgebung der Regierung.

Von Anfang an hatten sich die Gewerkschaften auf Betriebsebene gebildet. Übergreifende Zusammenschlüsse in einem Industriezweig gelangen nur mühsam und waren nicht stabil. – Parallel zu den Unterdrückungs- und Spaltungsmaßnahmen der Regierung und Kapitalisten gegen die Arbeiterbe-
wegung wurden auch die sozialrevolutionären Parteien – die Kommunistische Partei wurde 1922 gegründet – niedergehalten, aufgelöst und illegalisiert. Besonders die Kommunisten, die inzwischen die Führung in der Arbeiterbewegung errungen hatten, wurden verfolgt. Zwischen 1910 und 1930 trat mit der Herausbildung der Monopole der japanische Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium. Die japanische Wirtschaft war jetzt nicht mehr nur einfach in den Weltmarkt einbezogen, sondern auch von seinen Schwankungen abhängig geworden. Dies bekamen die Arbeiter und Bauern in der Weltwirtschaftskrise 1929 voll zu spüren. Besonders die Agrarkrise war tief und führte zu einer Massenverelendung der Bauern. Obwohl die industrielle Produktion wieder stieg, konnte die Industrie diese Arbeitskräfte nicht absorbieren.

Zunehmend ging die Bourgeoisie mit wenn auch zersplitterten faschistischen Gruppen gegen die Arbeiterklasse vor. Die Lösung der sich häufenden und vertiefenden Krisen suchte sie in der Expansion nach außen, der Unterwerfung der asiatischen Völker, dem Sieg über den Hauptkonkurrenten im pazifischen Raum, den USA. Im Innern war ihr Ziel, eine ,,neue Ordnung" zu errichten. 1940 wurden auch die letzten noch scheinbar selbständigen Gewerkschaftsverbände verboten, die allgemeine Mobilisierung für den totalen Krieg eingeleitet und die gesamte arbeitende Bevölkerung in eine ,,Arbeitsfront" gezwängt. Erst in der Niederlage der japanischen Imperialisten 1945 sprengten die japanischen Arbeiter diese Fesseln und packten sofort überall den Aufbau unabhängiger Gewerkschaften an.



Ein Aufpasser überwacht Arbeiterinnen beim Aussortieren von erzhaltigem Gestein einer Mine auf der Insel Sado, um die Jahrhundertwende. – In der Anfangsphase der Industrialisierung in Japan stellten die Frauen den Hauptteil der Arbeitskräfte. Sie lebten nie völlig von ihrem Dorf getrennt und waren daher keine modernen städtischen Proletarierinnen.

N. Tokunaga: Die Straße ohne Sonne

Polizei und Zivilbeamte rannten umher und drängten die Massen zurück. Den Arbeiter konnten sie aber nicht wiederfinden.
,,Habt ihr die Blätter, die eben geworfen wurden, beschlagnahmt?" fragte keuchend der Mann mit dem gelben Mantel die Polizisten. – ,,Ich habe keine mehr gesehen." – ,,Ich auch nicht."
,,Unmöglich! Dummheit!"
Bös und unzufrieden wollte er sich umdrehen. ,,Ach, da ist eins."
Eine alte Frau, die gestürzt war, wollte mit dem Papier ihre Kleider reinigen.
,,Das ist es!" Um die ahnungslose Alte drängten sich die Menschen. Ein Zivilbeamter riß der Frau das Flugblatt aus der Hand.

An die lieben Bürger vom Verwaltungsbezirk Kochikawa und alle Bürger Tokyos!
Wir 3 000 streikenden Arbeiter von der Daido-Druckerei, mit unseren 15 000 Familienmitgliedern, kämpfen schon 50 Tage gegen den Großkapitalisten Okawa, der in gemeinster Weise 38 Schriftgießer entlassen hat, um so die besten Kräfte unserer Druckereigewerkschaft zu vernichten und unseren 15 000 Familienangehörigen den Mund vertrocknen zu lassen. Mit der stärksten Unterstützung des Hyogikai, des Rates der revolutionären japanischen Gewerkschaften und der anderen Arbeiterorganisationen werden wir bis zum Sieg gegen den großen Finanzblock des Okawa kämpfen und unser Bollwerk, das in der vordersten Reihe der japanischen Arbeiterbewegung steht, bis zum Tod verteidigen.
Bürger des Verwaltungsbezirks Kochikawa und Bürger Tokyos, wir glauben, daß ihr an unserer Seite steht und das Recht der Streikenden unterstützen werdet.
Seiner privaten Interessen wegen ließ Okawa die 15 000 Leute hungern, wurden die Händler der Straßen Tosaki, Hisakata, Hakusangoten in die Not gejagt. Okawa, der sich dieser Taten nicht schämt, soll endgültig geschlagen werden.
Wir bitten euch im Namen des Rechts, daß ihr durch eure Unterstützung für uns und durch eure öffentliche Meinung diesen schamlosen Kerl beseitigen helft und für unseren Sieg eintretet.
Oktober 1926.
Die Versammlung der streikenden Arbeiter der Daido-Druckerei — Die Kommission der sympathisierenden Bürger des Verwaltungsbezirks Kochikawa
Die Augen des Kriminalkommissars sprangen über die Zeilen wie Vögel zwischen den Ästen. ,,Ja, das ist es."
Er flüsterte mit den Polizisten, ging in einen Laden, schleppte ein Fahrrad heraus und verschwand.
Die Hupen der Autos lärmten wieder, die Straßenbahn setzte sich in Bewegung, aber die Massen blieben in Gruppen an der Straßenkreuzung stehen.

Bös und unzufrieden wollte er sich umdrehen. ,,Ach, da ist eins."
Eine alte Frau, die gestürzt war, wollte mit dem Papier ihre Kleider reinigen.
,,Das ist es!" Um die ahnungslose Alte drängten sich die Menschen. Ein Zivilbeamter riß der Frau das Flugblatt aus der Hand.

An die lieben Bürger vom Verwaltungsbezirk Kochikawa und alle Bürger Tokyos!
Wir 3 000 streikenden Arbeiter von der Daido-Druckerei, mit unseren 15 000 Familienmitgliedern, kämpfen schon 50 Tage gegen den Großkapitalisten Okawa, der in gemeinster Weise 38 Schriftgießer entlassen hat, um so die besten Kräfte unserer Druckereigewerkschaft zu vernichten und unseren 15 000 Familienangehörigen den Mund vertrocknen zu lassen. Mit der stärksten Unterstützung des Hyogikai, des Rates der revolutionären japanischen Gewerkschaften und der anderen Arbeiterorganisationen werden wir bis zum Sieg gegen den großen Finanzblock des Okawa kämpfen und unser Bollwerk, das in der vordersten Reihe der japanischen Arbeiterbewegung steht, bis zum Tod verteidigen.
Bürger des Verwaltungsbezirks Kochikawa und Bürger Tokyos, wir glauben, daß ihr an unserer Seite steht und das Recht der Streikenden unterstützen werdet.
Seiner privaten Interessen wegen ließ Okawa die 15 000 Leute hungern, wurden die Händler der Straßen Tosaki, Hisakata, Hakusangoten in die Not gejagt. Okawa, der sich dieser Taten nicht schämt, soll endgültig geschlagen werden.
Wir bitten euch im Namen des Rechts, daß ihr durch eure Unterstützung für uns und durch eure öffentliche Meinung diesen schamlosen Kerl beseitigen helft und für unseren Sieg eintretet.
Oktober 1926.
Die Versammlung der streikenden Arbeiter der Daido-Druckerei — Die Kommission der sympathisierenden Bürger des Verwaltungsbezirks Kochikawa
Die Augen des Kriminalkommissars sprangen über die Zeilen wie Vögel zwischen den Ästen. ,,Ja, das ist es."
Er flüsterte mit den Polizisten, ging in einen Laden, schleppte ein Fahrrad heraus und verschwand.
Die Hupen der Autos lärmten wieder, die Straßenbahn setzte sich in Bewegung, aber die Massen blieben in Gruppen an der Straßenkreuzung stehen.

Aus: N. Tokunaga, ,,Die Straße ohne Sonne", Dt. Erstveröffentlichung ,,Rote Fahne", Berlin 1931

Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Manifest der Toyota Motor Co., Ltd., vom 24. 2. 1962

wos. Als das nachstehende ,,Manifest" 1962 unterzeichnet wurde, mußten die japanischen Kapitalisten mehr oder weniger mit ausländischer Konkurrenz auf dem Inlandsmarkt rechnen, da bestehende Handelsbarrieren im Interesse der in- und ausländischen Monopole gerade beiseitegeräumt wurden. Toyota, 1937 gegründet, ist heute hinter GM der zweitgrößte Automobilhersteller der Welt. Von 45 000 Beschäftigten wurden 1979 knapp 3 Mio. Fahrzeuge hergestellt, davon knapp 1,4 Mio. exportiert (4831 sind in der Verkaufsorganisation beschäftigt). Die ,,Föderation aller Toyota-Gewerkschaften" umfaßt ca. 150 000 Mitglieder in 183 Betriebsgewerkschaften. Demnach arbeiten über ⅔ in Zulieferbetrieben, die direkt dem Monopol untergeordnet sind, nicht jedoch dieselben betrieblichen Leistungen wie die Beschäftigten des Monopols erhalten. Die ,,Föderation" ist der ,,Föderation der japanischen ,,Automobilarbeitergewerkschaften" angeschlossen, die 550 000 Mitglieder hat, und deren jetziger Präsident der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaft des drittgrößten Automobilherstellers Nissan ist.

Schon ist in Europa und Amerika die Automobilindustrie als Mittelpunkt der nationalen Wirtschaft Symbol des industriellen Potentials; sie ist zum Barometer geworden, das den Stand von Industrie und Technik anzeigt. Auch in unserem Land ist, parallel zur Entwicklung der Wirtschaftsstruktur das Auf und Ab der Automobilindustrie als Schlüsselindustrie direkt mit den Tendenzen des Wirtschaftspotentials Japans verknüpft, und die Automobilindustrie erlangte als ein Träger der Wirtschaft unseres Landes hohe Popularität. Aber der vor ihr liegende Weg ist keineswegs einfach. Die Handelsliberalisierung bei Personenkraftwagen steht bevor, und in naher Zukunft werden wir auf dem internationalen Markt unweigerlich einer scharfen Konkurrenz ausgesetzt sein. Hinzu kommt, daß die Wirtschaft selbst seit dem vergangenen Jahr in eine Phase der Regulierung eingetreten ist, und wir uns einer Lage gegenübersehen, wo wir neue Entscheidungen fällen müssen.

Seit Gründung der Firma ist unser Ziel ununterbrochen der Bau von Fahrzeugen für die breite Bevölkerung in nationaler (d.h. japanischer, d. Übers.) Produktion. Tag und Nacht erfüllen wir unsere Aufgaben aus unserer traditionellen Überzeugung heraus, in breitem Umfang der Gesellschaft und der Bevölkerung zu dienen. Daß wir auf diese Weise schon heute im Bereich der Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge hinsichtlich Leistungsfähigkeit, Qualität und Preis den internationalen Standard erreicht haben, in alle Regionen der Welt vorgedrungen sind

Die Gewerkschaftsbewegung Japans am Wendepunkt

Weitere Zersplitterung oder Einheit auf dem Boden des Klassenkampfs?

wos. Letzte Woche hat der IG-Metall-Vorsitzende Loderer die Metallkapitalisten vor der Einführung ,,japanischer Verhältnisse" gewarnt. Wenn er damit Bestrebungen zur Ausdehnung des Arbeitstages oder zum ,,freiwilligen Verzicht" auf zustehenden Urlaub meint, so kann er die ,,japanischen Verhältnisse" zu Recht als Beispiel, das die westdeutschen Arbeiter ablehnen, anführen. Daß die japanische Arbeiterklasse insgesamt und durchschnittlich eine höhere Arbeitsleistung in Arbeitsstunden pro Monat erbringen muß, ist eine von mehreren Tatsachen, die sie u.a. wegen der Struktur ihrer Gewerkschaften noch nicht hat umstoßen können. Welche historisch bedingte Struktur ist dies?

Die von den Unternehmern sorgfältig eingesetzte Ideologie der Betriebsgemeinschaften als ,,Großfamilie" prägte auch nach 1945 die Gründung von Gewerkschaften. Neben dem Rückgriff auf die betrieblichen ,,Arbeitsgemeinschaften" der Vorkriegsperiode kam hinzu, daß angesichts des Hungers, der Arbeitslosigkeit, der Inflation die Arbeiter ihre elementaren Interessen am schnellsten und einfachsten durch den Aufbau von Gewerkschaften auf Betriebsebene wahrnehmen konnte. Zahlreiche Kämpfe um ,,Produktionskontrolle" stellten ebenfalls den Betrieb in den Mittelpunkt. – Heute bestehen über 34000 Betriebsgewerkschaften. In ihnen sind die meisten der 12,3 Mio. organisierten Arbeiter und Angestellten. Der Organisationsgrad beträgt 32,6% bei gegenwärtig leicht abnehmender Tendenz.

Die *Betriebsgewerkschaften*, autonom und finanziell auf sich gestellt, organisieren alle Beschäftigten eines Unternehmens bzw. der Werke eines Unternehmens, unabhängig von der Berufssparte. Es kommt vor, daß im Verlauf betrieblicher Kämpfe klassenbewußte Arbeiter gegen einen versöhnlerischen Kurs der Betriebsgewerkschaft eine neue, zweite Gewerkschaft aufbauen; wie umgekehrt auch die Kapitalisten gegen eine bestehende, klassenbewußte Gewerkschaft eine neue, gelbe Gewerkschaft hochziehen. Von ungleichen Positionen aus ringen dann in derselben Firma zwei Gewerkschaften um die Unterstützung der Belegschaft.

Nur in den wenigen Großbetrieben (7% aller Betriebe beschäftigen jeweils über 1000 Leute) und in einigen mittleren existieren Gewerkschaften. Die in Japan weitaus überwiegenden Klein- und Kleinstbetriebe, meistens Zulieferer, kennen nur in seltenen Fällen eine Gewerkschaft. Außerdem sind bis heute nur die die regulären oder ,,Stammarbeiter" Gewerkschaftsmitglieder; Saisonarbeiter, Teilzeitkräfte usw. werden von den Gewerkschaften nicht aufgenommen.

Die großen Betriebsgewerkschaften sind häufig nach dem union-shop-Prinzip organisiert: aufgrund einer Vereinbarung mit den Kapitalisten wird automatisch jeder neu Eingestellte Mitglied. Eine Untersuchung des Arbeitsministeriums ergab 1978, daß 50% von befragten 1700 Gewerkschaften solche Vereinbarungen getroffen hatten; unter diesen waren 79% der Betriebe mit über 1000 Beschäftigten und 59% in der Größenklasse von 500 – 999.

Gerade für den Haupttypus – Betriebsgewerkschaften in Großunternehmen – bildet das besondere japanische Beschäftigungssystem immer noch eine mehr oder weniger tragfähige Basis: der Kapitalist garantiert den frisch von Schule oder Universität Eingestellten bei zunächst niedrigen Anfangslöhnen eine lebenslange Beschäftigung, dann Lohn- oder Gehaltserhöhungen nach dem Senioritätsprinzip, d.h. entsprechend der wachsenden Zahl der ,,Dienstjahre". Dieses System, zu dem noch jährlich zwei über den Grundlohn hinausgehende Monatsgehälter (,,Bonus") sowie betriebsintern vereinbarte Sonderzahlungen kommen, soll die Arbeiter und Angestellten an ,,ihren" Betrieb binden. Bei einem Firmenwechsel würden sie zudem den Anspruch auf die Betriebsrente verlieren (die staatlichen Rentenzahlungen sind miserabel), die ihm nach Ausscheiden mit 55 Jahren, neuerdings mit 60 oder 62, von der Firma en bloc ausgezahlt wird.

Es waren Großbetriebe, die dieses System zum ersten Mal in den zwanziger Jahren einführten, als sie angesichts des Mangels an Arbeitskräften diese anlocken wollten. Ab 1960, als die rund 10jährige Periode hoher Wachstumsraten begann, junge Arbeitskräfte von neuem knapp wurden, haben die Kapitalisten erneut auf dieses System zurückgegriffen. Trotz der weitverbreiteten Propaganda der ,,lebenslangen Anstellung" steht in Wirklichkeit aber nur ein Viertel aller Erwerbstätigen, d.h. 10 Millionen (der öffentliche Dienst ausgenommen) in einem derartigen Beschäftigungsverhält-



Beschäftigte im Großhandel auf einer Kampfversammlung. Sie tragen die Parolen: ,,Zerschlagt die Offensive gegen die Marubeni-Gewerkschaft!" Und: ,,Schlagt die spalterischen Angriffe auf die Gewerkschaft zurück!" Die Kapitalisten des Großhandelskonzerns wollten eine gelbe Betriebsgewerkschaft aufziehen.

nis – gegenüber 3,3 Mio. nur zeitweilig Beschäftigen, hauptsächlich ,,Saisonarbeiter", die vom Land während der Sommermonate in die Stadt kommen und ohne alle betrieblichen ,,Garantien" sind. Für den Rest herrschen ähnliche Arbeitsverhältnisse wie in Europa, und in der Krise kann die ,,lebenslange Beschäftigung" sowieso nicht durchgehalten werden.

Mit allen Mitteln wollen die Kapitalisten die Spaltung der Arbeiterklasse in ,,Stamm-" und ,,Saisonarbeiter", in Frauen und Männer, in Alt und Jung aufrechterhalten, um ihr Ziel niedriger Löhne und schlechter Sozialleistungen leichter durchsetzen zu können. Die Hauptspaltungsmöglichkeit besteht für sie jedoch schon in der Form der Betriebsgewerkschaft im Gegensatz zur Industriegewerkschaft.

Aus der Notwendigkeit heraus, besonders den Lohnkampf branchenmäßig zu koordinieren, haben sich die Betriebsgewerkschaften landesweit zu über 100 *Branchenföderationen* zusammengeschlossen. Diese nehmen nicht selbst an Tarifverhandlungen teil – verhandelt wird stets auf Betriebsebene, wo weitere Zugeständnisse für die Lohnabhängigen herausgeholt werden können –, sondern organisieren nur gemeinsame, über den einzelnen Betrieb hinausgehende Kampfschritte. Seit 1956 führen diese Branchenföderationen im Rahmen einer abgestimmten Taktik, die auch vorher zeitlich festgelegte Streiks vorsieht, Rahmenverhandlungen mit den Kapitalistenverbänden. Die Ergebnisse dieser jährlich durchgeführten ,,Frühjahrsoffensive" beeinflussen maßgeblich die eigentlichen Lohnverhandlungen in den Betrieben, haben aber auch Signalwirkung auf den öffentlichen Dienst. – Die Branchenföderationen wiederum sind in insgesamt vier Dachverbänden oder *nationalen Zentren* zusammengefaßt.

Warum gibt es vier solcher ,,Zentren" statt nur einem, wie etwa dem DGB hier? Die Antwort liegt in der politischen Ausrichtung der Zentren. Damit ist eine zweite Spaltungslinie gegeben: die nach politischen Parteien.

Als erstes ,,nationales Zentrum" wurde 1946 Sodomei (Japanische Arbeiterföderation) in Kontakt mit der damals noch nicht in einen rechten und einen linken Flügel gespaltenen Sozialistischen Partei gebildet. Die erstmals unter der US-Besatzungsmacht legalisierte Kommunistische Partei baute den Sanbetsukaigi (Kongreß der japanischen Industriegewerkschaften) auf. Entlang den unterschiedlichen programmatischen Linien dieser beiden Parteien vollzog sich auch die Bildung von Betriebsgewerkschaften. Durch ihren Einfluß auf den Sanbetsukaigi und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes erlangte die Kommunistische Partei die Führung der gesamten Arbeiterbewegung. Die Arbeiter führten große Kämpfe um ihre Lebensbedingungen und vielfach auch gegen die Herrschaft der Kapitalisten, die sie für Krieg und Zerstörung verantwortlich machten. Die Besatzungsmacht selbst wurde zunächst aber nicht bekämpft. Den entscheidenden Durchbruch wollte die Arbeiterbewegung mit einem für den 1. Februar 1947 angesetzten Generalstreik erzielen, dem ersten in der Geschichte Japans. Einen Tag davor verbot der US-Oberkommandierende General MacArthur diesen Streik. Die Führung der Gewerkschaften beugte sich – das Ergebnis war ein Schlag, von dem die Arbeiterbewegung sich nur ganz langsam wieder erholen konnte. 1948 hatte der Sanbetsukaigi und mit ihm die Kommunistische Partei ihre führende Rolle eingebüßt.

Während die KPJ in den folgenden Jahren einen schwankenden Kurs einschlug, der die Unterstützung durch die Volksmassen abbröckeln ließ, sahen 1950 die US-Imperialisten die Stunde gekommen, einen ausdrücklich antikommunistischen Gewerkschaftsdachverband zu gründen: dies war Sohyo, der Allgemeine Generalrat der japanischen Gewerkschaften. Aber Sohyo entwickelte sich entgegen der ihm zugedachten Spalterrolle rasch nach links, zog die früher unter KPJ-Führung stehenden Gewerkschaften an sich und erhob insbesondere politische Forderungen. Der größte politische, von Sohyo geführte Kampf war der gegen die Verlängerung des US-Japanischen Sicherheitsvertrages 1958 – 60, der seine Kraft wegen der Teilnahme der Arbeitermassen entfaltete. Aber auch dieser Kampf konnte sein Ziel nicht erreichen.

Schon vorher hatten sich besonders die großen Gewerkschaften des privaten Sektors gegen eine allzu starke ,,Politisierung" der Arbeiterbewegung gewendet. Unter maßgeblichem ideologischen und später materiellen Einfluß der westdeutschen Sozialdemokratie gründete die sozialdemokratische Strömung in der Gewerkschaftsbewegung 1954 zunächst Zenro, dann 1964 Domei (Japanische Arbeitsföderation) als Dachverband gegenüber Sohyo. Zwischen diesen beiden Verbänden verläuft heute die politische Hauptspaltungslinie. Sohyo (4,5 Mio. Mitglieder oder 37% aller organisierten Beschäftigten) unterstützt ausdrücklich die Sozialistische Partei, einige Gewerkschaften innerhalb Sohyos auch die KP. Domei (2,1 Mio. Mitglieder oder 17,4%) unterstützt die rechtssozialdemokratische Demokratisch-Sozialistische Partei. Die zwei übrigen nationalen Zentren heißen Churitsuroren (Föderation unabhängiger Gewerkschaften Japans, 1,3 Mio. Mitglieder oder 10,9%) und Shinsanbetsu (Nationale Föderation der Industrieorganisationen, 0,6 Mio. Mitglieder oder 0,5%). Sie unterstützen von ihrer Programmatik her keine Partei. Den Rest bilden kleinere Dachverbände. Die politische Ausrichtung von Sohyo und Domei schlägt über die ihnen jeweils angeschlossenen Branchenföderationen, von denen entsprechend mehrere nebeneinander existieren, bis auf die Ebene der Betriebsgewerkschaften durch.

Am 3. April dieses Jahres haben sich über 20000 Arbeiter und Angestellte in Tokyo versammelt, auf Initiative der ,,Beratungskonferenz der Gewerkschaften für die Schaffung einer Arbeitereinheitsfront". Großen Beifall erhielt ein Redner, der erklärte: ,,Sohyo hat unsere zentrale, zusammenfassende Aktion heute hier kritisiert, weil sie Sand ins Getriebe der Frühjahrsoffensive streuen würde. Man muß aber ganze Eimer von Sand ins Getriebe dieses Kurses einer Forderung von 8% Lohnerhöhung schütten, der nur dem Monopolkapital dient!" Die Teilnahme der 20000 außerhalb der von Sohyo veranstalteten Versammlungen und in ausdrücklicher Kritik an ihr zeigt, daß die ,,Beratungskonferenz" eine gewisse Massenbasis schon hat.

Hinter dieser Aktion stand die Kommunistische Partei Japans. Nachdem sie jahrelang die Konzeption einer ,,demokratischen Koalitionsregierung" aus SPJ und KPJ vertreten hatte, um durch Wahlerfolge die Dauerherrschaft der LDP zu beenden, hat sie jetzt einen Kurswechsel vorgenommen. Ein Kampfbündnis mit der SPJ komme derzeit nicht in Frage, erklärte der Parteivorsitzende Miyamoto auf dem 15. Parteitag im März. Dem ging eine Umorientierung der SPJ voraus: die Sozialisten streben seit einiger Zeit eine Koalition mit der neobuddhistischen Komeito und der Demokratisch-Sozialistischen Partei an. Gebeutelt von Mißerfolgen in den Wahlen der letzten Jahre mit teilweise noch höheren Stimmverlusten als die KPJ, sucht sie jetzt ihr Heil in einer Koalition mit den ,,Parteien der Mitte". Die KPJ, an den Rand des parlamentarischen Geschehens gedrängt, muß sich deshalb über ihre eigenen Mitglieder hinaus eine Massenbasis aufbauen, will sie nicht noch weiter isoliert werden. Die ,,Beratungskonferenz" ist das Vehikel hierzu. Ein weiteres ,,nationales Zentrum" soll aus ihr geschaffen werden. Damit würde die japanische Gewerkschaftsbewegung noch einmal politisch gespalten. Das Hauptproblem der Betriebsgewerkschaften ist damit auch nicht gelöst. Gegenüber diesen Tendenzen gibt es jetzt immer stärkere Bestrebungen, einheitliche Industriegewerkschaften aufzubauen. Dafür wird es höchste Zeit.

riode kam hinzu, daß angesichts des Hungers, der Arbeitslosigkeit, der Inflation die Arbeiter ihre elementaren Interessen am schnellsten und einfachsten durch den Aufbau von Gewerkschaften auf Betriebsebene wahrnehmen konnte. Zahlreiche Kämpfe um ,,Produktionskontrolle" stellten ebenfalls den Betrieb in den Mittelpunkt. – Heute bestehen über 34000 Betriebsgewerkschaften. In ihnen sind die meisten der 12,3 Mio. organisierten Arbeiter und Angestellten. Der Organisationsgrad beträgt 32,6% bei gegenwärtig leicht abnehmender Tendenz.

Die *Betriebsgewerkschaften*, autonom und finanziell auf sich gestellt, organisieren alle Beschäftigten eines Unternehmens bzw. der Werke eines Unternehmens, unabhängig von der Berufssparte. Es kommt vor, daß im Verlauf betrieblicher Kämpfe klassenbewußte Arbeiter gegen einen versöhnlerischen Kurs der Betriebsgewerkschaft eine neue, zweite Gewerkschaft aufbauen; wie umgekehrt auch die Kapitalisten gegen eine bestehende, klassenbewußte Gewerkschaft eine neue, gelbe Gewerkschaft hochziehen. Von ungleichen Positionen aus ringen dann in derselben Firma zwei Gewerkschaften um die Unterstützung der Belegschaft.

Nur in den wenigen Großbetrieben (7% aller Betriebe beschäftigen jeweils über 1000 Leute) und in einigen mittleren existieren Gewerkschaften. Die in Japan weitaus überwiegenden Klein-

ge Basis: der Kapitalist garantiert den frisch von Schule oder Universität Eingestellten bei zunächst niedrigen Anfangslöhnen eine lebenslange Beschäftigung, dann Lohn- oder Gehaltserhöhungen nach dem Senioritätsprinzip, d.h. entsprechend der wachsenden Zahl der ,,Dienstjahre". Dieses System, zu dem noch jährlich zwei über den Grundlohn hinausgehende Monatsgehälter (,,Bonus") sowie betriebsintern vereinbarte Sonderzahlungen kommen, soll die Arbeiter und Angestellten an ,,ihren" Betrieb binden. Bei einem Firmenwechsel würden sie zudem den Anspruch auf die Betriebsrente verlieren (die staatlichen Rentenzahlungen sind miserabel), die ihm nach Ausscheiden mit 55 Jahren, neuerdings mit 60 oder 62, von der Firma en bloc ausgezahlt wird.

Es waren Großbetriebe, die dieses System zum ersten Mal in den zwanziger Jahren einführten, als sie angesichts des Mangels an Arbeitskräften diese anlocken wollten. Ab 1960, als die rund 10jährige Periode hoher Wachstumsraten begann, junge Arbeitskräfte von neuem knapp wurden, haben die Kapitalisten erneut auf dieses System zurückgegriffen. Trotz der weitverbreiteten Propaganda der ,,lebenslangen Anstellung" steht in Wirklichkeit aber nur ein Viertel aller Erwerbstätigen, d.h. 10 Millionen (der öffentliche Dienst ausgenommen) in einem derartigen Beschäftigungsverhält-

ähnliche Arbeitsverhältnisse wie in Europa, und in der Krise kann die ,,lebenslange Beschäftigung" sowieso nicht durchgehalten werden.

Mit allen Mitteln wollen die Kapitalisten die Spaltung der Arbeiterklasse in ,,Stamm-" und ,,Saisonarbeiter", in Frauen und Männer, in Alt und Jung aufrechterhalten, um ihr Ziel niedriger Löhne und schlechter Sozialleistungen leichter durchsetzen zu können. Die Hauptspaltungsmöglichkeit besteht für sie jedoch schon in der Form der Betriebsgewerkschaft im Gegensatz zur Industriegewerkschaft.

Aus der Notwendigkeit heraus, besonders den Lohnkampf branchenmäßig zu koordinieren, haben sich die Betriebsgewerkschaften landesweit zu über 100 *Branchenföderationen* zusammengeschlossen. Diese nehmen nicht selbst an Tarifverhandlungen teil – verhandelt wird stets auf Betriebsebene, wo weitere Zugeständnisse für die Lohnabhängigen herausgeholt werden können –, sondern organisieren nur gemeinsame, über den einzelnen Betrieb hinausgehende Kampfschritte. Seit 1956 führen diese Branchenföderationen im Rahmen einer abgestimmten Taktik, die auch vorher zeitlich festgelegte Streiks vorsieht, Rahmenverhandlungen mit den Kapitalistenverbänden. Die Ergebnisse dieser jährlich durchgeführten ,,Frühjahrsoffensive" beeinflussen maßgeblich die eigentlichen Lohnverhandlungen in den

Warum gibt es vier solcher ,,Zentren" statt nur einem, wie etwa dem DGB hier? Die Antwort liegt in der politischen Ausrichtung der Zentren. Damit ist eine zweite Spaltungslinie gegeben: die nach politischen Parteien.

Als erstes ,,nationales Zentrum" wurde 1946 Sodomei (Japanische Arbeiterföderation) in Kontakt mit der damals noch nicht in einen rechten und einen linken Flügel gespaltenen Sozialistischen Partei gebildet. Die erstmals unter der US-Besatzungsmacht legalisierte Kommunistische Partei baute den Sanbetsukaigi (Kongreß der japanischen Industriegewerkschaften) auf. Entlang den unterschiedlichen programmatischen Linien dieser beiden Parteien vollzog sich auch die Bildung von Betriebsgewerkschaften. Durch ihren Einfluß auf den Sanbetsukaigi und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes erlangte die Kommunistische Partei die Führung der gesamten Arbeiterbewegung. Die Arbeiter führten große Kämpfe um ihre Lebensbedingungen und vielfach auch gegen die Herrschaft der Kapitalisten, die sie für Krieg und Zerstörung verantwortlich machten. Die Besatzungsmacht selbst wurde zunächst aber nicht bekämpft. Den entscheidenden Durchbruch wollte die Arbeiterbewegung mit einem für den 1. Februar 1947 angesetzten Generalstreik erzielen, dem ersten in der Geschichte Japans. Einen Tag davor verbot der US-Oberkommandierende General MacArthur diesen Streik.

auch die KP. Domei (2,1 Mio. Mitglieder oder 17,4%) unterstützt die rechtssozialdemokratische Demokratisch-Sozialistische Partei. Die zwei übrigen nationalen Zentren heißen Churitsuroren (Föderation unabhängiger Gewerkschaften Japans, 1,3 Mio. Mitglieder oder 10,9%) und Shinsanbetsu (Nationale Föderation der Industrieorganisationen, 0,6 Mio. Mitglieder oder 0,5%). Sie unterstützen von ihrer Programmatik her keine Partei. Den Rest bilden kleinere Dachverbände. Die politische Ausrichtung von Sohyo und Domei schlägt über die ihnen jeweils angeschlossenen Branchenföderationen, von denen entsprechend mehrere nebeneinander existieren, bis auf die Ebene der Betriebsgewerkschaften durch.

Am 3. April dieses Jahres haben sich über 20000 Arbeiter und Angestellte in Tokyo versammelt, auf Initiative der ,,Beratungskonferenz der Gewerkschaften für die Schaffung einer Arbeitereinheitsfront". Großen Beifall erhielt ein Redner, der erklärte: ,,Sohyo hat unsere zentrale, zusammenfassende Aktion heute hier kritisiert, weil sie Sand ins Getriebe der Frühjahrsoffensive streuen würde. Man muß aber ganze Eimer von Sand ins Getriebe dieses Kurses einer Forderung von 8% Lohnerhöhung schütten, der nur dem Monopolkapital dient!" Die Teilnahme der 20000 außerhalb der von Sohyo

---

und mit den Ländern Europas und Nordamerikas um die Führung kämpfen, dürften die rasch ansteigenden Exportzahlen wohl beweisen.

Seit Gründung des Unternehmens haben wir in dieser mutigen Haltung und angesichts dieser strahlenden Leistungen Selbstvertrauen und Überzeugung gewonnen und rechnen voller Zuversicht damit, daß wir die Handelsliberalisierung bei PKWs gut durchstehen, diese Prüfung aktiv meistern und auf dem internationalen Markt einen großen Sprung nach vorn machen werden. In dieser wichtigen Phase erklären Firma und Gewerkschaft

– in vollem Bewußtsein der gesellschaftlichen Mission, die dem Unternehmen als Teil der japanischen Automobilindustrie und zugleich ihr Topmaker aufgebürdet ist, sowie der großen Bedeutung der Aufgaben,

– ausgehend von unserer stolzen Geschichte und Tradition

die folgenden Punkte, um die schwierige Situation – Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam und entschlossen – zu überwinden:

1. Durch das Gedeihen der Automobilindustrie leisten wir einen Beitrag zur Entwicklung der Volkswirtschaft. In der Erkenntnis der Mission der Automobilindustrie als einer Schlüsselindustrie unseres Lebens und des Ranges, den sie in der Volkswirtschaft einnimmt, unternehmen wir für dieses Ziel die größten Anstrengungen in gegenseitiger Kooperation zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern. Insbesondere ist uns der gemeinnützige Charakter des Unternehmens bewußt, wie wir auch erfüllt sind von dem Geist des Dienens für die Gesellschaft, die Wirtschaft und die breite Bevölkerung.

2. Die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer basieren auf gegenseitigem Vertrauen. Wir haben sie unter dem Motto von Treue und Redlichkeit durch zahlreiche Wechselfälle hindurch in der Vergangenheit aufgebaut. Wir werden diese, auf gegenseitigem Verständnis und gegenseitig geübter Redlichkeit gründenden, gesunden und gerechten Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen noch weiter verstärken, die gegenseitigen Rechte und Pflichten respektieren, und auf Frieden und Stabilität zwischen beiden Seiten hinarbeiten.

3. Wir erstreben Erhaltung sowie Verbesserung der Prosperität des Unternehmens und der Arbeitsbedingungen mittels Produktivitätsfortschritt. Zu diesem Zweck zeigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegenseitiges Verständnis für den Standpunkt des anderen, stellen sich auf eine gemeinsame Basis, bemühen sich um den Fortschritt der Produktivität und die Ausweitung der Ergebnisse; hiervon ausgehend erstreben sie Beschäftigungsstabilität und Erhaltung sowie Verbesserung der Arbeitsbedingungen; sie müssen die Motivation für weitere Schritte nach vorn schaffen. Die Firma geht von dem Verständnis aus, daß die Quelle der Unternehmensprosperität in den Menschen liegt, und bemüht sich von daher um Erhaltung sowie Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die Gewerkschaft wiederum geht von der Erkenntnis der Notwendigkeit des Produktivitätsfortschritts aus und arbeitet zum Zweck der Unternehmensprosperität aktiv mit bei den verschiedenen Maßnahmen der Firma.

Die obigen drei Grundgedanken beherzigend streben wir (1) Fortschritte in Qualität und Leistung, (2) Senkung der Kosten und (3) Errichtung eines Systems der Massenproduktion. Wir geloben hiermit, uns noch mehr die gemeinnützige Mission der Automobilindustrie klarzumachen, die bevorstehende Liberalisierung mit wirkungsvollen, geeigneten Maßnahmen durchzustehen, bei der Entwicklung der japanischen Automobilindustrie und der Volkswirtschaft mit frischen Kräften zusammenzuarbeiten und uns gemeinsam – Firma und Gewerkschaft – anzustrengen, daß sich das Unternehmen auf dem Weg von ,,Toyota in Japan" zu ,,Toyota in der Welt" in strahlendem Glanz zeigen kann.

(Eigene Übersetzung aus dem Japanischen)

Lu Xun: „Proletarier sollten realistisch gezeichnet werden, so wie sie sind – es gibt keinen Grund, ihre Fäuste größer als ihre Köpfe zu machen“

evt. Lu Xun gilt als zentrale Gestalt der chinesischen Bewegung für eine neue Kultur, als bedeutender revolutionärer Schriftsteller und Denker. Sein Leben (1881-1936) fällt in die Zeit halbfeudaler und halbkolonialer Herrschaft in China, großer gesellschaftlicher Kämpfe und Wandlungen.

„Tagebuch eines Verstörten“ (1918)

Mit dieser ersten und späteren Erzählungen verhilft Lu Xun der Umgangssprache (Pai Hua) und der modernen Erzählform zum Durchbruch. Der Einfluß von Gogols gleichnamiger Novelle ist unverkennbar. Das „Tagebuch eines Verstörten“ brandmarkt den Konfuzianismus, die Staatsideologie des alten China, als Aufforderung zum Menschenfressen. Indem Lu Xun die Vorbemerkung des Autors in klassischer Literatursprache verfaßt und die Tagebuchaufzeichnungen selbst im Pai Hua, schafft er – ironisch – eine Distanz zwischen sich und den „wilden und außergewöhnlichen Behauptungen“ des an „Verfolgungswahn“ Leidenden.

„Was für einen Grund zu Feindschaft kann es zwischen mir und Dschao Guiwong geben, frage ich mich. Und welchen zwischen mir und den Leuten auf der Straße? Vor zwanzig Jahren hatte ich die Buchhaltung des Herrn Gu Djiu mit Füßen getreten, ein Umstand, den er mir höchst übelnahm. Wiewohl Dschao Gui-Wong Herrn Gu Djiu nicht kannte, muß er von dem Zwischenfall gehört und in seiner Entrüstung das Volk auf der Straße veranlaßt haben, sich gegen mich zu stellen ...“ (2. Tagebucheintragung).

„Gu Djiu“ bedeutet „Alte Zeiten“. Seit sich der Verstörte also gegen die feudale Tradition auflehnte, wird er von der Gesellschaft verfolgt. „Ich glaube, irgendwo gelesen zu haben, in uralten Zeiten sei Menschenfressen allgemein Brauch gewesen, doch war ich dessen nicht so sicher und beschloß, in meinem Lehrbuch der Geschichte nachzuschlagen. Diese Geschichte enthält jedoch keine Zeitangaben, nur die Worte ‚Wohlwollen und Rechtlichkeit‘ stehen über jeder Seite. Nicht ehe ich die halbe Nacht gelesen hatte – Schlaf fand ich ja doch keinen – fielen mir die Worte zwischen den Zeilen auf und ich entdeckte, daß das Buch nur die zwei Worte enthielt: ‚Menschen essen!‘ Alle die Worte, die in dem Buch geschrieben, alle die Worte, die unser Pächter gesprochen, blicken mich mit seltsamen, rätselhaft lächelnden Augen an. Auch ich bin ein Mensch, also wollen sie mich fressen! ...“ (3. Tagebucheintragung)

„Wohlwollen“ und „Rechtlichkeit“ sind zentrale Begriffe der konfuzianischen Ethik, die im 19./20. Jahrhundert zu einer Fessel wird.

„Auch verdächtigte ich meinen eigenen Bruder nicht zu Unrecht. Als er mich unterrichtete, sagte er mit seinem eigenen Mund, daß während Hungersnöten die Menschen ihre Kinder austauschten, um sie zu essen, und als er einmal über einen bestimmten Bösewicht sprach, meinte er, daß dieser nicht nur den Tod verdiene, sondern auch, daß man sein Fleisch esse und auf seiner Haut schlafe. ...“ (5. Tagebucheintragung).

Beide Äußerungen des Bruders entstammen dem klassischen Werk „Dsuo Dschuan“ (722 – 454 v.u.Z.) Das zweite Zitat spielt auf Konfuzius' kurze Amtszeit als Justizminister an, in der er den berühmten Reformer Schao-scheng Mao hinrichten ließ. Von ihm hieß es, er verdiene nicht nur den Tod, sondern auch, daß man sein Fleisch esse und auf seiner Haut schlafe. Die Behauptung der 11. Tagebucheintragung, der ältere Bruder wolle nicht nur ihn fressen, sondern habe auch die kleine Schwester getötet, kritisiert die von Konfuzius eingeführte strikte Unterordnung des jüngeren unter den älteren Bruder und Wertlosigkeit der Mädchen.

Ein Ziel der 1919 beginnenden Bewegung des 4. Mai wird die Reform der überkommenen Familienstruktur. Die Bewegung entsteht aus Studentendemonstrationen gegen die Überschreibung der deutschen Kolonie in China an Japan durch den Versailler Vertrag, erfaßt als antiimperialistische und antifeudale Bewegung das ganze Land und ruft zahlreiche Schriftstellergruppen und Literaturzirkel ins Leben. Das „Tagebuch eines Verstörten“ wird zu ihrer zentralen Schrift. Es wirft zugleich ein Schlaglicht auf Lu Xuns Selbstverständnis als Aufklärer.

„Die Wahre Geschichte des A Q“ (1922)

In diesem Kurzroman verarbeitet Lu Xun seine Enttäuschung an der Revolution von 1911, die zwar die Qing-

den Leuten auf der Straße? Vor zwanzig Jahren hatte ich die Buchhaltung des Herrn Gu Djiu mit Füßen getreten, ein Umstand, den er mir höchst übelnahm. Wiewohl Dschao Gui-Wong Herrn Gu Djiu nicht kannte, muß er von dem Zwischenfall gehört und in seiner Entrüstung das Volk auf der Straße veranlaßt haben, sich gegen mich zu stellen ...“ (2. Tagebucheintragung).

„Gu Djiu“ bedeutet „Alte Zeiten“. Seit sich der Verstörte also gegen die feudale Tradition auflehnte, wird er von der Gesellschaft verfolgt. „Ich glaube, irgendwo gelesen zu haben, in uralten Zeiten sei Menschenfressen allgemein Brauch gewesen, doch war ich dessen nicht so sicher und beschloß, in meinem Lehrbuch der Geschichte nachzuschlagen. Diese Geschichte enthält jedoch keine Zeitangaben, nur die Worte ‚Wohlwollen und Rechtlichkeit‘ stehen über jeder Seite. Nicht ehe ich die halbe Nacht gelesen hatte – Schlaf fand ich ja doch keinen – fielen mir die Worte zwischen den Zeilen auf und ich entdeckte, daß das Buch nur die zwei Worte enthielt: ‚Menschen essen!‘ Alle die Worte, die in dem Buch geschrieben, alle die Worte, die unser

auf seiner Haut schlafe. Die Behauptung der 11. Tagebucheintragung, der ältere Bruder wolle nicht nur ihn fressen, sondern habe auch die kleine Schwester getötet, kritisiert die von Konfuzius eingeführte strikte Unterordnung des jüngeren unter den älteren Bruder und Wertlosigkeit der Mädchen.

Ein Ziel der 1919 beginnenden Bewegung des 4. Mai wird die Reform der überkommenen Familienstruktur. Die Bewegung entsteht aus Studentendemonstrationen gegen die Überschreibung der deutschen Kolonie in China an Japan durch den Versailler Vertrag, erfaßt als antiimperialistische und antifeudale Bewegung das ganze Land und ruft zahlreiche Schriftstellergruppen und Literaturzirkel ins Leben. Das „Tagebuch eines Verstörten“ wird zu ihrer zentralen Schrift. Es wirft zugleich ein Schlaglicht auf Lu Xuns Selbstverständnis als Aufklärer.

„Die Wahre Geschichte des A Q“ (1922)

In diesem Kurzroman verarbeitet Lu Xun seine Enttäuschung an der Revolution von 1911, die zwar die Qing-

Käthe Kollwitz, Folge „Bauernkriege“, „Losbruch“, 1903



Holzschnitt von Cao Paili mit Lu Xuns Portrait und Motiven aus seinem Erzählband „Kampfruf“.

Dynastie beseitigte, aber schnell die revolutionär-demokratischen Ziele verrät. A Q ist Beispiel für den geknechteten chinesischen Bauern, für den es keinen Namen gibt – deshalb A Q. Zugleich gilt es als Metapher für das gedemütigte China.

A Q, Tagelöhner und zeitweise aus Not Bandit, will sich der Revolution anschließen, wird aber zurückgewiesen. Der Verdacht, an einem Raubüberfall beteiligt zu sein, führt zu seiner Hinrichtung durch die neuen Militärmachthaber. Lu Xun arbeitet die Verständnislosigkeit zwischen den „Revolutionären“ und dem Bauern heraus, der bis zuletzt nicht begreift, daß es um seinen Kopf geht.

„Daraufhin trat einer der Langgewandeten zu A Q und wollte ihm ein Blatt Papier mit einem Schreibpinsel reichen. Dies verwirrte A Q so sehr, daß er beinahe den Verstand verlor, denn es wäre das erstemal in seinem Leben gewesen, daß seine Hand mit einem Schreibpinsel in Berührung gekommen wäre. Er fragte sich, wie man so etwas hielt, als der Mann schon auf eine Stelle auf dem Blatt Papier zeigte und ihm zu unterschreiben befahl. ‚Ich...ich...kann nicht schreiben‘, sagte A Q eingeschüchtert und beschämt und nahm den Pinsel in die Hand. ‚Wir haben es dir leichtgemacht. Du kannst einfach einen Kreis zeichnen‘. A Q nahm sich zusammen, aber der Pinsel in seiner Hand zitterte, also legte der Mann das Papier auf den Boden vor ihm. A Q neigte sich vor und versuchte, so sorgfältig, als ob sein Leben davon abhinge, den befohlenen Kreis zu zeichnen. Er fürchtete, die Leute würden ihn auslachen, und er war entschlossen, den Kreis schön rund zu machen, aber der verdammte Pinsel war nicht nur schwer, sondern gehorchte ihm auch nicht. Eben, als A Q mit zitternder Hand den Kreis schließen wollte, rutschte der Pinsel zur Seite und das Ergebnis war etwas, das die Gestalt eines Melonensamens hatte. A Q schämte sich, weil er keinen saube-

ständnislosigkeit zwischen den „Revolutionären“ und dem Bauern heraus, der bis zuletzt nicht begreift, daß es um seinen Kopf geht.

„Daraufhin trat einer der Langgewandeten zu A Q und wollte ihm ein Blatt Papier mit einem Schreibpinsel reichen. Dies verwirrte A Q so sehr, daß er beinahe den Verstand verlor, denn es wäre das erstemal in seinem Leben gewesen, daß seine Hand mit einem Schreibpinsel in Berührung gekommen wäre. Er fragte sich, wie man so etwas hielt, als der Mann schon auf eine Stelle auf dem Blatt Papier zeigte und ihm zu unterschreiben befahl. ‚Ich...ich...kann nicht schreiben‘, sagte A Q eingeschüchtert und beschämt und nahm den Pinsel in die Hand. ‚Wir haben es dir leichtgemacht. Du kannst einfach einen Kreis zeichnen‘. A Q nahm sich zusammen, aber der Pinsel in seiner Hand zitterte, also legte der Mann das Papier auf den Boden vor ihm. A Q neigte sich vor und versuchte, so sorgfältig, als ob sein Leben davon abhinge, den befohlenen Kreis zu zeichnen. Er fürchtete, die Leute würden ihn auslachen, und er war entschlossen, den Kreis schön rund zu machen, aber der verdammte Pinsel war nicht nur schwer, sondern gehorchte ihm auch nicht. Eben, als A Q mit zitternder Hand den Kreis schließen wollte, rutschte der Pinsel zur Seite und das Ergebnis war etwas, das die Gestalt eines Melonensamens hatte. A Q schämte sich, weil er keinen saube-

ren runden Kreis zusammengebracht hatte, aber der Langgewandete nahm das Papier, ohne daran etwas auszusetzen. Worauf A Q zum drittenmal hinter die Gittertür gezerrt wurde. Wieder in der Zelle, fühlte er sich gar nicht besonders verzweifelt. Wahrscheinlich, nahm er an, es gäbe in jedermanns Leben Zeiten, in denen man festgenommen und in den Kerker gesteckt wird; für ebenso selbstverständlich hielt er es, daß man von ihm verlangte, er möge auf ein Blatt Papier einen Kreis zeichnen. Aber daß er keinen wirklich runden Kreis hatte zeichnen können, das empfand A Q als einen Schandfleck auf seinem Wappenschild ....“

Rückblickend schreibt Lu Xun 1933: „Das Material für meine Schriften entnehme ich hauptsächlich dem Milieu der unglücklichen Menschen der kranken Gesellschaft und ich stelle mir das Ziel, diese Menschen zu studieren und die Aufmerksamkeit auf sie zu lenken, damit ihnen Heilung gebracht werden möge ...“ Er ergreift für das Volk Partei, verherrlicht es aber nicht, sondern zeigt es, noch befangen in Fatalismus und Aberglauben.

Für eine nationale Einheitsfront

Mit der Machtübernahme Tschiang Kai-scheks 1927, dem Zusammenbruch der Einheitsfront und der Ermordung Tausender Kommunisten, verschärft sich auch die Verfolgung national eingestellter linker Schriftsteller. Lu Xun entwickelt sich zum Marxisten. Er schreibt überwiegend Essays, übersetzt europäische und russische Werke. Sein Hauptziel wird der Zusammenschluß der fortschrittlichen Schriftsteller und die Revolutionierung des populären Holzschnitts als Aufklärungsmittel für die analphabetischen Volksmassen. Er führt u.a. Werke von Käthe Kollwitz und Meffert in China ein, um den Hori-



Li Hua. „Schrei auf, China“, 1936

zont des Volkes über die Grenzen des Landes hinaus zu erweitern.

Lu Xun tritt früh für eine nationale Einheitsfront gegen Japan ein. Sein dialektisches Verständnis des Nationalismus zeigt sich, indem er einerseits Kollaborieren und Nachäffen alles Ausländischen anprangert, sich aber gleichzeitig gegen einen falschen Nationalismus unter Berufung auf die chinesische Tradition wendet:

„Aufgrund der langen Jahre ausländischer Invasion hassen wir alles ‚ausländische Benehmen‘. Mehr als das; wir tun sogar das genaue Gegenteil. Da die Ausländer aktiv sind, bestehen wir darauf, still dazusitzen; sie sind wissenschaftlich, also glauben wir an Geister; sie tragen kurze Jacken, also tragen wir lange Gewänder; sie achten auf Hygiene, also essen wir Fliegen; sie sind gesund, also werden wir weiterhin krank. Dies ist der einzige Weg, Chinas alte Kultur zu bewahren, Patriotismus zu beweisen und uns vor einem Sklavendasein zu retten ...“ (Gedanken über Kinderfotos, 1934). Diese ironische Auseinandersetzung Lu Xuns mit der Verdammung aller ausländischen „Teufeleien“ paßt auch auf die Abschottung Chinas nach außen zu Zeiten der „Viererbande“.

1930 wird Lu Xun Mitbegründer und Führer der Liga Linker Schriftsteller, die im Inneren die Guomindang-Regierung und im Äußeren die imperialistischen Kräfte bekämpft:

„Meiner Meinung nach verwandeln sich linke Schriftsteller heute sehr leicht in rechte Schriftsteller. Warum? Erstens ist es nicht schwer, wenn man sich in seine vier Wände einschließt, und keinerlei Kontakt zu den realen Konflikten der Gesellschaft hat, äußerst radikal oder ‚links‘ zu sein, aber bei der ersten Berührung mit der Wirklichkeit lösen sich diese Ideen in Nichts auf ... Zweitens ist es leicht, ein Rechter zu werden, wenn man nicht weiß, was eine Revolution wirklich bedeutet. Eine Revolution ist eine schmerzhafte Angelegenheit, vermischt mit Blut und Dreck, nicht so schön und interessant, wie die Dichter sie sich vorstellen; eine Revolution ist eine äußerst handgreifliche Sache, die viele häßliche und mühselige Aufgaben mit sich bringt, nicht so romantisch, wie die Dichter sie sich vorstellen ...“. (Rede auf der Gründungsversammlung der Liga, 1930)

Ebenso wie gegen Idealismus und Kapitulantentum unter den Schriftstellern wendet sich Lu Xun gegen linkssektiererische Auffassungen. 1936 widerlegt er die „linke“ Kritik des Herrn Dick (Pseudonym für Zhang Chunqiao, später Vizepremier und 1976 als Mitglied der „Viererbande“ gestürzt), an dem Roman „Ein Dorf im August“. Aus Lu Xuns Abschlußbemerkung können wir auch hier und heute für unsere eigene Kulturkritik lernen, die mehrmals im linken Gewande zugeschlagen hat.

„Natürlich verfolgt Herr Dick mit seinem Aufruf zur ‚Selbstkritik‘ die besten Absichten, denn ‚jene Schriftsteller gehören zu uns‘. Dabei dürfen wir jedoch, meine ich, nie ‚jene anderen‘ aus den Augen verlieren, die ‚nicht zu uns gehören‘, noch sollten wir allein ‚jene‘ in unseren Reihen angreifen. Ein Kritiker sollte beide Seiten kritisieren und auf gute wie auf schlechte Punkte hinweisen. Wenn wir in der Welt der Literatur, wo zwei Lager existieren, uns bloß selbst herabsetzen, um unsere ‚Korrektheit‘ oder unsere selbstkritische Haltung zu beweisen, dann heißt das in Wahrheit nichts anderes, als sich bei ‚jenen anderen‘ lieb Kind machen oder unsere eigenen Kräfte in ihrem Interesse zu entwaffnen“. („Die internationale Niederlassung im März“).



Li Hua. „Schrei auf, China“, 1936

zont des Volkes über die Grenzen des Landes hinaus zu erweitern.

Lu Xun tritt früh für eine nationale Einheitsfront gegen Japan ein. Sein dialektisches Verständnis des Nationalismus zeigt sich, indem er einerseits Kollaborieren und Nachäffen alles Ausländischen anprangert, sich aber gleichzeitig gegen einen falschen Nationalismus unter Berufung auf die chinesische Tradition wendet:

„Aufgrund der langen Jahre ausländischer Invasion hassen wir alles ‚ausländische Benehmen‘. Mehr als das; wir tun sogar das genaue Gegenteil. Da die Ausländer aktiv sind, bestehen wir darauf, still dazusitzen; sie sind wissenschaftlich, also glauben wir an Geister; sie tragen kurze Jacken, also tragen wir lange Gewänder; sie achten auf Hygiene, also essen wir Fliegen; sie sind ge-

Kapitulantentum unter den Schriftstellern wendet sich Lu Xun gegen linkssektiererische Auffassungen. 1936 widerlegt er die „linke“ Kritik des Herrn Dick (Pseudonym für Zhang Chunqiao, später Vizepremier und 1976 als Mitglied der „Viererbande“ gestürzt), an dem Roman „Ein Dorf im August“. Aus Lu Xuns Abschlußbemerkung können wir auch hier und heute für unsere eigene Kulturkritik lernen, die mehrmals im linken Gewande zugeschlagen hat.

„Natürlich verfolgt Herr Dick mit seinem Aufruf zur ‚Selbstkritik‘ die besten Absichten, denn ‚jene Schriftsteller gehören zu uns‘. Dabei dürfen wir jedoch, meine ich, nie ‚jene anderen‘ aus den Augen verlieren, die ‚nicht zu uns gehören‘, noch sollten wir allein ‚jene‘ in unseren Reihen angreifen. Ein Kritiker sollte beide Seiten kritisieren und auf gute wie auf schlechte Punkte hinweisen. Wenn wir in der Welt der Literatur, wo zwei Lager existieren, uns bloß selbst herabsetzen, um unsere ‚Korrektheit‘ oder unsere selbstkritische Haltung zu beweisen, dann heißt das in Wahrheit nichts anderes, als sich bei ‚jenen anderen‘ lieb Kind machen oder unsere eigenen Kräfte in ihrem Interesse zu entwaffnen“. („Die internationale Niederlassung im März“).



Li Hua: Folge „Flut des Zorns“, „Erhebt Euch!“, 1947